

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Sonnabend, den 21. Januar 1905.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Wie die Regierung in Oesterreich vorging.

Aus Wien wird uns vom 19. Januar geschrieben:
Wohl als die merkwürdigste Neuerung, die zu dem Generalstreik der deutschen Bergarbeiter bernommen worden ist, erscheinen dem ausländischen Beobachter die Worte, womit der Handelsminister Möller am Dienstag im preussischen Abgeordnetenhause die Passivität der Regierung zu rechtfertigen suchte. Die Streitpunkte zwischen den Verbänden der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer, erklärte er, können ohne schwere Krisisprobe nicht ausgeglichen werden. Solche Dinge, sagte er bei, kann man nur durchsetzen durch einen schärferen Ausstand wie den jetzigen, und dazu vorher Stellung zu nehmen, wäre ein ganz vergebliches Bemühen. Der preussische Minister erklärte also ganz trocken, daß der Staat unfähig sei, einen so schweren Ausstand überflüssig zu machen, und schreit sich nicht, einzusetzen, daß der Staat des „sozialen Christentums“ hier keine Aufgabe gegeben sieht. . . . Es wird also mählich sein, der deutschen Öffentlichkeit in Erinnerung zu rufen, wie eine andere Regierung im gleichen Falle vorging, wie sich die österreichische Regierung des Herrn v. Koerber bei dem Generalausstand der Kohlengräber in Oesterreich bemüht hat.

Die österreichischen Bergarbeiter traten im Januar 1900 in den Streik, und von einigen lokalen Forderungen abgesehen war der Zweck des Kampfes die Eringung der Achtstundenschicht. Die erste Maßregel, womit die Regierung auf den Streik einwirken wollte, war die, daß vom Ackerbauministerium (dem in Oesterreich die staatlichen Gruben unterstehen) in dem dem Staate gehörigen norddeutschen Braunkohlenrevier (in den drei Julius-Schächten im Prager Revier), das etwa 1500 Arbeiter beschäftigt, der Achtstundentag eingeführt wurde. Die Regierung gab durch dieses Zugeständnis ein Beispiel, das eingeständenermaßen als solches gemacht war. Auch die Erfüllung der zweiten Forderung der Arbeiter dieser Gruben, die wöchentliche Lohnzahlung, wurde sofort (ehestens) in Aussicht gestellt. Die Regierung begnügte sich aber nicht mit dieser Demonstration, sondern nahm auch die Vermittlung energisch in die Hand. Nach einer Novelle zum Berggesetz vom Jahre 1896 bestanden im Bergbau Genossenschaftsausschüsse, also gewisse Vertretungen der Unternehmer und der Arbeiter. Die Regierung regte an, daß die Ausschüsse in jedem Revier zusammenzutreten und als Einigungsamt fungieren. Die Unternehmer lehnten die Verhandlungen natürlich hochmütig ab. Darauf richtete die Regierung im Amtsblatt folgende energische Mahnworte an die folgenden Herren:

Der Ackerbauminister hat die Bergbehörden, in deren Bezirk Kohlenarbeiter-Ausstände drohen oder bereits ausgebrochen sind, beauftragt, mit allem Nachdruck darauf hinzuwirken, daß sowohl die Bergbau-Unternehmer als auch die Bergarbeiter dem Zusammentritt des Einigungsamtes keinerlei Hindernis in den Weg legen, durch ihre Vertreter in die Verhandlungen im Einigungsamte eintreten, diese Verhandlungen sachgemäß führen und so alle Mittel erspöndlich anwenden, die das Gesetz zur Hintanhaltung oder Beilegung von Bergarbeiterausständen bietet. Ihren Parteien, die sich von vornherein weigern, in Verhandlungen vor dem Einigungsamte einzutreten, ist in nachdrücklicher Weise die hohe Verantwortlichkeit vorzuhalten, der sie sich angeht, die gegenwärtigen sehr ernstlichen Sachlage durch die Zurückweisung der gebotenen Verhandlungsmittel in bezug auf die Beurteilung ihres Verhaltens anzusehen.

Angeht die verwinkelten Sachlage, die in den vom Streik ergriffenen Kohlenrevieren herrscht, hat das Ackerbauministerium vor mehreren Tagen verfügt, daß sich die bei jeder Bergbauhauptmannschaft speziell mit der Bergwerksinspektion betrauten höheren Beamten in die Streikreviere begeben, um sich an Ort und Stelle über die eigentlichen Ursachen der Bewegung sowie über die Natur der von den Arbeitern oder den Arbeiterführern aufgestellten Forderungen zu informieren und so einen genauen Einblick in die Situation zu ermöglichen.

Es geht aus diesen Maßnahmen hervor, daß die Bergbehörde der Angelegenheit nach jeder Richtung hin die gebührende Beachtung schenkt und ihrerseits alle Anhaltspunkte für eine Beilegung der schwebenden Differenzen zu gewinnen trachtet.

Daß es ein vergebliches Bemühen wäre, Stellung zu nehmen, war überhaupt nicht die Meinung des Herrn v. Koerber, der damals etwa eine Woche Minister gewesen war. Vielmehr verfügte er sofort, daß vom Tage des Ausstandes des Berges unter dem Vorwort des Ministerpräsidenten (oder in dessen Verhinderung der Ackerbauminister) täglich eine Kommission zusammenzutreten habe, die aus Vertretern des Ministeriums des Innern, der Justiz, des Ackerbaues und des Eisenbahnministeriums bestehen soll, die sich, wie eine amtliche Mitteilung besagte, mit den Vorgängen in den Gebieten, wo ein Kohlenarbeiterstreik ausgebrochen ist, zu befassen haben wird. Alle die Ausstände betreffenden tatsächlichen Mitteilungen werden dieser Kommission sofort zur Kenntnis zu bringen sein. Sie hat ihrerseits die Aufgabe, die durch den Streik erforderlichen Maßnahmen und Verfügungen zu treffen, so daß sich hier der gesamte den Streik betreffende Verwaltungsdienst konzentriert. Und weiter verfügte die Regierung:

Um volle Klarheit über die Sache zu gewinnen, wurden schon vor einigen Tagen in die Streikgebiete höhere Beamte entsandt, die die in den einzelnen Revieren verschiednen gearteten Verhältnisse eingehend zu untersuchen und für die von der Regierung zu ergreifenden Maßnahmen die geeignete Grundlage zu schaffen haben. Angesichts der ungewöhnlichen Bedeutung des Ausstandes für das gesamte wirtschaftliche Leben werden sich außerdem bereits heute, mit den entsprechenden Vollmachten versehen, der Justizminister Freiherr v. Spens-Booden (der als früherer Statthalter in Mähren mit dem mährisch-schlesischen Bergbau Ähnlung hatte), in das mährisch-schlesische, id. Sektionschef v. Blumfeld in das böhmische Streikgebiet begeben.

Die Intervention der Regierung hatte vorläufig das Ergebnis, daß die Unternehmer an den Verhandlungen des Einigungsamtes überall teilnahmen — natürlich unter den unermesslichen Protesten gegen den „Kontraktbruch“ der Arbeiter. Sobald das Einigungsamt in Mährisch-Strau, im Hauptort für die österreichischen Steinkohlen, zusammentrat, wurde der aus dem Streikrevier zurückgekehrte Justizminister vom Kaiser empfangen und die maßgebenden Gewerke zu einer Konferenz beim Ministerpräsidenten versammelt. Bei den Verhandlungen des Einigungsamtes ließ die Regierung verkündigen, daß sie — es war anfangs Januar — spätestens am 1. März eine Kommission einberufen werde, die aus Vertretern der Behörde der Unternehmer und der Arbeiter bestehen und „die Aufgabe haben werde, ein Gesetz über die Verkürzung der Arbeitszeit im Bergbau vorzubereiten“. Mit diesem platonischen Versprechen wollten und konnten die Arbeiter sich nicht zufrieden geben, obwohl unter dem Druck der öffentlichen Meinung sich die Unternehmer zu weiteren Konzessionen bereit erklärt hatten. Sie verpflichteten sich, auch das zu hören ist vielleicht von Interesse: „der Arbeiterschaft außer den bisher zugeständnen Konzessionen eine weitere Lohnerhöhung zu gewähren (insgesamt von 30 bis 40 Proz. der Löhne) und anstatt der bisherigen einmaligen Vorkaufszahlung eine zweimalige an zwei passenden Sonntagen eintreten zu lassen.“ Ferner „ihre volle Bereitwilligkeit ausprechend, die Frage der Gehaltsstellung einer eingehenden Erörterung zu unterziehen und ein Mittel zu finden, damit für die diesbezüglichen Beschwerden der Arbeiterschaft Abhilfe geschafft werde.“

Da die Arbeiter auf eine präzisere Erklärung des Vertreters der Regierung drangen, gab der von der Regierung ernannte Vorsitzende des Einigungsamtes (der liberale Brünner Abgeordnete Dr. Elwent, dessen Rechtschaffenheit ihn auch den Arbeitern sympathisch machte) folgende bestimmte Erklärung der Regierung ab:

Die Regierung wird mit möglichster Beschleunigung, voraussichtlich in der Herbstsession, einen Gesetzentwurf über die Neuregelung und angemessene Verkürzung der Schichtdauer beim Bergbau im Reichsrate einbringen und auch vertreten. Um das hierfür erforderliche Material zu sammeln, tritt anfangs März die angekündigte Kommission zusammen, die den Interessenten die Möglichkeit bieten soll, ihr Gutachten über die geplante Aktion abzugeben.

Damit war der Streik im Wesen entschieden und er wurde nun, zwar zögernd, doch überall in richtiger Form beseitigt. Koerber hielt auch sein Wort und die Neunstundenschicht ist heute im österreichischen Bergbau Gesetz. Welcher bedeutungsvolle Schritt nach vorwärts damit gemacht wurde, zeigt ausreichend die Tatsache, daß die vor der Novelle geltende gesetzliche Bestimmung die Arbeitszeit im Bergbau mit 12 Stunden festgesetzt hatte. Die Regierung hat sogar die moralische Charakterfestigkeit aufgebracht, als Schichtdauer „nicht die individuelle Arbeitszeit der einzelnen Arbeiter, sondern nur die für die ganze Mannschaft des Bergwerks geltende Gesamtschicht“ zu bezeichnen und auf Verlangen der Arbeiter, die sie ihrer Auffassung bei der Verhandlung des Gesetzes im Abgeordnetenhause und im Herrenhause ausdrücklich verkündet, so daß diese Auffassung für die Rechtsprechung verpflichtenden Wert erhielt — was sehr wichtig war, da das Unternehmertum die Auffassung nach Jahr und Tag beim Verwaltungs-Gerichtshof zu belämpfen unternahm, damit aber natürlich abschlägig beschieden wurde. . . . Infolgedessen siegten die österreichischen Bergarbeiter — und die Gerechtigkeit gebietet, anzuerkennen und auszusprechen, daß sie die Erregungssache zum nicht geringen Teil der Regierung zu danken haben, die nicht gezögert hat, „Stellung zu nehmen“ — und eine Kulturforderung nicht deshalb für „unmöglich“ hielt, weil größenwahnsinnige Prozen ihr widersprachen.

Der Kanzler des Kohlenyndikats.

Die letzte Illusion ist zerstört! Die Hüter der Legende von dem christlichen Staat der ausgleichenden Sozialreform sind selbst des Spieles satt geworden und haben ausgesprochen das, was ist. Der ungeheure Arbeiterkampf, der im schwarzen Reiche sich abspielt und dessen Zustände durch die Welt sich fühlbar machen, dieser größte Ausstand, den man in Deutschland kennt, ist von der christlichen Regierung der monarchischen Sozialreform behandelt worden, wie irgend ein kleines Unwohlsein eines Kindes, dem man gut zuredet und Rezepte verschreibt.

Die sozialdemokratische Interpellation im Reichstag über den Kohlenstreik wurde nicht vom Reichs-Resortminister der Sozialpolitik beantwortet. Graf Poldovsky sah stumm, fast wie verlassen, an dem Bundesrats-Tische. Der Reichskanzler Graf Bülow, der den preussischen Minister des Kohlenyndikats mit demonstrativem Händedruck begrüßte, schien den Staatssekretär des Reiches kaum zu beachten. Das Ergebnis der Debatte war, daß mit aller Offenheit ausgesprochen wurde: Es gibt keine über den Interessengegensehen und über den Parteien stehende Regierung, sondern es gibt nur einen Kanzler und eine Regierung des Kohlenyndikats!

Schon äußerlich prägte sich der Charakter der Debatte aus. Auf der Abgeordneten-Tribüne beobachtete der angestellte Obercharfmacher des Kohlenyndikats, der Landtags-Abgeordnete Dirsch, die Reichstags-Debatte und schien im Auftrage seiner Herren sorgsam zu machen, ob auch Graf Bülow und der Minister Möller nicht irgend ein Wort sprächen, was die zarten Seelen der Herren Kirdorf, Stinnes und Thyssen verletzen könnte. Im Saale waren die großindustriellen Scharmacher zahlreich erschienen und in der Postge gestikulierten Herr Schlumberger im Interesse der elsässischen Industrie.

Man hatte erwartet, daß der Reichskanzler Graf Bülow Honig reden würde. Er hat ja immer ein paar schöne Worte zur Verfügung und warum sollte er nicht bei dieser Gelegenheit sein warmes Herz für die Bergarbeiter demonstrativ zur Schau tragen! Aber es scheint, daß das Kohlenyndikat seinen Ministern auch solche leeren Wohlwollensbezeugungen nicht mehr gestattet, und so waren die beiden Herren, welche die sozialdemokratische Interpellation beantworteten, zu einer nicht bloß geistigen und politischen, sondern auch zur sittlichen Ohnmacht verurteilt. Wenn der Graf Bülow Mitglied des Kohlenyndikats und der Herr Möller Grobaktionär der Kohlenwerke wären, sie hätten nicht anders reden können, als sie geredet haben.

In einer fast dreistündigen Rede, schlicht und in der natürlichen Schlichtheit besonders eindrucksvoll, an einzelnen Stellen die innere Empörung zu tiefer Ergriffenheit steigend, entwickelte unser Genosse Gue die Ursachen und die Ursachen dieses Niesenstreiks. Er schickte voraus, daß er nicht als Sozialdemokrat rede, er wolle nur die Klagen und Beschwerden seiner Kameraden vorbringen, er wolle keine gesetzgeberischen Vorschläge machen, keine weiter schauenden Ziele entwickeln, sondern nur das Anlagematerial vorlegen, das diesen Streit veranlaßt hat. Und Gue hielt dieses Programm inne. So wie er hätte jeder christliche und jeder freisinnige, liberale Bergarbeiter sprechen können. Er ging in keinem Punkte hinaus über die Schilderung der tatsächlichen Verhältnisse und über die unmittelbaren Forderungen, die von den Bergarbeitern gestellt waren, und dieses ungeheuerliche Material lebte und bebte durch sich selbst.

Die ganze Rede hielt alle politischen Erwägungen fern. Es war die Rede eines Mannes, der die Augenblicksbeschwerden einer mißhandelten Arbeiterkategorie vorbrachte. Aber gerade in dieser Beschränkung wirkte das Bild des Sklavenlebens im schwarzen Reiche mit erschütternder Gewalt. Nicht nur blieben politische Fragen unerörtert, sondern man kann sagen, auch irgendwelche gewerkschaftliche extreme Anschauung kam in der Begründung der Interpellation nicht zum Ausdruck.

Man hätte annehmen sollen, daß selbst eine konservativ-reaktionäre Regierung ihren höchsten und zugleich selbstverträchtlichen Ehrgeiz darin gesucht hätte, diese vorgetragenen Anklagen zu einer Aktion der Gesetzgebung und des Eingreifens der Verwaltung zu verichten. Auf die Guesche Rede gab es nur eine anständige Antwort einer Regierung, die mehr sein will, als der gehorjame Diener eines Duzend von Millionären. Die Regierung hätte einfach erklären müssen: Da das Unternehmertum es abgelehnt hat, gemeinsam mit uns und den Arbeitern über die Beschwerden zu verhandeln, hat die Regierung keinen Anlaß, an der Wahrheit der von den Arbeitern erhobenen Anklagen zu zweifeln und sie wird infolge dessen auf jede Weise dafür sorgen, daß dem Unternehmertum klar gemacht werde, wie es nicht in der Willkür eines Duzend Millionären liegt, mit der Wohlfahrt von Millionen Menschen und dem wirtschaftlichen Frieden des Deutschen Reiches frevelhaft zu spielen.

Eine solche Antwort hätte jedes konservative Ministerium geben müssen, jeder Kanzler, der sich frei weiß von der unmittelbaren bedingungslosen Unterwürfigkeit unter die Kapitalherrschaft. Was aber hörten wir? Graf Bülow hatte sich wieder einmal auf eine andere Rede vorbereitet, als sie der Sozialdemokrat wirklich hielt. Er hatte wohl eine scharf sozialistisch gefärbte Rede erwartet und sich auf diese präpariert. Da die Rede Gues anders geartet war, vermochte der geistvolle Kanzler mit keinem Worte auf Gues Rede einzugehen. Mit keiner Silbe wagte er auch nur ein laßes Versprechen, den Arbeitern entgegenzukommen. Dagegen proklamierte er schneidig die preussische Staatsgewalt der Polizisten und Gendarmen gegenüber etwaigen Aufrührungen. Das Tatsachenmaterial Gues tat er mit der Bemerkung ab, wenn es wahr wäre, dann würde es zu beklagen sein. Kein ernstes Wort gegen die unerhörte Annahme des Kohlenyndikats, das nicht einmal unterhandeln will.

Wir bringen an leiternder Stelle Erinnerungen, wie die österreichische Regierung mit den widerspenstigen Kohlenfürsten umsprang. Graf Bülow aber hielt es für notwendiger, die schwere sozialpolitische Belastung des Unternehmertums zu besetzen, den edlen Wohlfahrtschwandel der Millionäre zu preisen. Schließlich lenkte er wieder in seine Sozialistensterei ein, sprach vom Zukunftsstaat, bekannte seine Sehnsucht, daß die Arbeiter der politischen Aufklärung entzogen und im englischen Stil auf rein gewerkschaftliche Aufgaben beschränkt würden. Und in diesem Zusammenhang verriet er die erstaunliche Meinung, daß die Wohlgezogenheit der englischen Arbeiter Streiks verhindern. Der Sozialdemokratie warf er den Widerspruch vor, daß sie in ihrem Parteivorstands-Aufruf für die Bergarbeiter ihr Mißtrauen gegen die soziale Willfährigkeit der kapitalistischen Regierung ausgesprochen habe. Wenn die Sozialdemokratie das glaubte, dann solle sie sich nicht an die Regierung um Hilfe wenden. Die Bemerkung des Grafen Bülow hätte den Wert einer kleinen Böhse, wenn er gleichzeitig mit Laten und Konzessionen für die Bergarbeiter gekommen wäre. Aber seine ganze Rede war nur eine Verküpfung der mißtrauischen Auffassung der Sozialdemokratie. Der Reichskanzler fühlte offenbar gar nicht, wie sehr er sich selbst verhöhnte, wenn er es noch unterstrich, daß die Sozialdemokratie mit ihrer

Die Interpellations-Gebühr

Beträgt für die sechsgepaltenen Kolonellen ober deren Raum 40 Bfg. für politische und gewerkschaftliche Besuchs- und Besammlungs-Anzeigen 25 Bfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (stehende) Wort 10 Bfg., jedes weitere Wort 5 Bfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Sonntagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

bestimmte Voraussage recht behalten habe. So ward die beabsichtigte Forderung barer Unsum! Im übrigen verstehen wir die Ideenfindungen des Reichskanzlers nicht. Die Sozialdemokratie ist verpflichtet, alle verfassungsmäßigen Mittel zu versuchen, um den Arbeitern zu helfen. Wenn sie es offen ausspricht, daß sie an dem guten Willen der Regierung, zu helfen, zweifelt und deswegen an die Selbsthilfe der Arbeiter appelliert, so ist es nicht ein Widerspruch, sondern eine einfache Konsequenz, daß sie immer aufs neue der Regierung Gelegenheit gibt, diese Auffassung der Sozialdemokratie durch Taten zu strafen. Wir wären sehr froh, wenn der Graf Bülow hätte erklären wollen, daß jene Bemerkung im Parteivorstandes-Aufruf eine grundlose Verdächtigung der Regierung enthielte, die er durch sofortige Aufkündigungen von Maßregeln gegen das Unternehmertum hätte beweisen können. So aber bestätigt der Reichskanzler lediglich, daß er über alle Befürchtungen hinaus die Interessen des Kohlenyndikates für unendlich bedeutungsvoller hält, als die nationale Wohlfahrt des Reiches.

Und dann kam Herr Möller!
Jemand etwas ernsthaftes gegen das Anklagematerial Gues konnte er nicht anführen, aber es gelang ihm doch andererseits, den verblüffenden Eindruck der Bülow'schen Flucht in den Zukunftstaat zu verschärfen. Er erzählte dem staunenden Hause, daß die Kommission, die zur Vermittlung ins Ruhrrevier geschickt waren, unrichtigster Sache wieder nach Berlin zurückkehrten. Die weiteren Beschwerden der Arbeiter würden schriftlich entgegengenommen werden, nach diesem Rezept würde die Regierung weiter verfahren. Herr Möller behandelte den Bergarbeiterstreik offenbar nach dem Vorbild der Kurpfuscher, welche auch „schriftliche Behandlung“ (ohne Vernichtung der Regierung und des Syndikats!) als heilkräftig empfehlen.

Damit wollte Herr Möller die Erörterung der augenblicklichen Lage abbrechen. Und die Unternehmer? rief Bebel laut. Herr Möller hörte nicht. Und die Unternehmer?, wiederholte Bebel noch eindringlicher. Da bequimte sich der Minister, zu verstehen. Er errötete nicht, als er klipp und klar gestand, daß die Unternehmer jede kontraktliche Verhandlung mit den Arbeitern unter Leitung der Regierungskommissionen abgelehnt hätten. Und als neue erregte Zwischenrufe an sein Ohr drangen, raffte sich der Hibernia-Held zum äußersten auf und fügte großartig hinzu: „Was ich sehr bedauere“. Es schien sogar aus den Gesichtszügen Möllers hervorzugehen, daß das Kohlenyndikat es auch satt habe, selbst nur den Regierungskommissionen allein Rede zu stehen. Das war alles! Was brauchen wir eine Regierung? Genügt nicht das Kohlenyndikat?

Der Zentrums-Bergarbeiter S t ö y e l bestätigte vollständig die Darstellung Gues. Die Sitzung schloß mit einer durcheinander Erklärung des konservativen v. N o r m a n n, der in drei Worten die berühmte konservative Feindschaft gegen das Kohlenyndikat dadurch bekräftigte, daß er beteuerte, sich erst dann über die Affäre geistig anstrengen zu wollen, wenn die Arbeiter wieder zur Arbeit zurückgekehrt wären.

Am Sonnabend soll die Debatte fortgesetzt werden, nachdem zuvor die konservative Handelsvertrags-Interpellation erledigt ist.

Die allgemeine Bergarbeiter-Versammlung.

(Privat-Telegramm unseres Z.-Mitarbeiters.)

Bochum, 20. Januar.

Im Schützenhofe in Bochum, dem Lokale, in dem die Bergarbeiter schon 1889 und 1893 folgen schwere Beschlüsse faßten, fand heute vormittag eine allgemeine Bergarbeiter-Versammlung statt. Als ich gegen 1/10 Uhr, getragen von einem dichten Menschenstrom, endlich im Versammlungsorte ankam, konnte ich nur noch mit Hilfe meiner Legitimationskarte bis zum Rednerpult gelangen. Kopf an Kopf gedrängt stand die Menge, nicht einmal für die Leiter der Versammlung war ein Platz übrig geblieben; sie mußten hinter dem improvisierten Rednerpulte stehen, im Saale und auf den Galerien waren gut 7000 Menschen versammelt und dennoch war der weite Vorplatz des Versammlungsortes ebenfalls gedrängt voll.

Die Leitung der Versammlung wurde einstimmig den Vertretern der vier Organisationen übertragen.

Nach einigen einleitenden Worten des Einberufers Ludwig Schröder nahm Kühne vom christlichen Gewerksverein das Wort. Er ging die Forderungen der Bergarbeiter nochmals durch, sie kurz und knapp mit einigen Tatsachen begründend. An die Spitze seiner Darlegungen stellte er den Satz, daß der Kampf den Bergleuten aufgedrungen worden ist.

Nach ihm sprach Sachse, der in längerer Rede noch auf diese Tatsachen und vor allem auf die Entwidlung des Streits einging, um die Grundlosigkeit der Behauptung zu erweisen, daß die Führer den Streik veranlaßt hätten. Der Streik ist gekommen, weil man die Klagen nicht gehört hat, die seit drei, vier Jahren von den Arbeitern in zahlreichen Belegschaftsversammlungen immer wieder erhoben worden sind. Auch Kommissionen hat man gewählt, die bei den Unternehmern vorstellig geworden sind. Erst hat man sie nicht angehört, wie auf Zeche „Engelsburg“ bei Vaare. Als Herr Vaare damals dann endlich für die Kommission zu sprechen war, wurden ihr geringfügige Versprechungen gemacht, aber nicht gehalten. Die Kommission aber war bald darauf von dem Werke verschwunden. Bereits voriges Jahr war die Stimmung bis zur Siedehitze. Die Führer machten alle Anstrengungen und bemühten die Leute, dann kam der Anschlag auf Zeche „Bruchstraße“, der die Verlängerung der Seilfahrt anordnete, ohne die Arbeiter zu fragen. Im Dezember streikten die Leute auf „Bruchstraße“ zwei Tage. Eine Kommission ging zu Stimmes. Der war nicht zu sprechen. Dann ging sie zu Vergat Kemp. Dem war sie zu jung. Dabei war kein Mitglied unter 30 Jahren und viel älter werden die Bergleute im Durchschnitt überhaupt nicht.

Am Oberbergamt endlich belamen sie recht. Stimmes mußte den Anschlag zurückziehen, machte aber bald einen zweiten.

Dann wurde wieder eine Kommission gewählt. Stimmes behandelte sie wie Schulbuben. Er will mit dem Lumpenpack nicht verhandeln, das ihm seine Millionen schafft.

Am 7. Januar traten die Arbeiter von „Bruchstraße“ in den Streik. Daß am 9. Januar die Leute von „Kaiserstuhl“ entgegen den Beschlüssen der Organisation in den Streik traten, hat auch gute Gründe. Dort sind schon früher die Arbeiter erfolglos vorstellig geworden. Ähnlich wie die Kommission der Arbeiter von „Bruchstraße“ behandelt wurde, sind auch die Beauftragten der Revierkonferenz vom bergbäulichen Verein behandelt worden, was Sachse in großer Erregung schildert. Dieses Verhalten der Unternehmer hat es zuwege gebracht, daß die Verbände, die sich noch bei den Knappschaftswahlen schärf bekämpften, einig und geschlossen vorgehen, alle politischen Unterschiede vergebend.

Aus den tatsächlichen Angaben über die Zustände sei erwähnt: Vor zehn Jahren waren 54 Kranke unter 100 Bergleuten, jetzt 71.

Zu den sechziger Jahren trat die Invaldität bei durchschnittlich 51 Jahren ein, jetzt bei 40 Jahren. Die wachsende Tiefe der Schächte, die zunehmende Hitze, das Verbauen mit giftgeschwängerten Schladen, das Ueberdichten-weisen sind schuld. Deswegen ist achtstündige Schicht nötig. In Schlefien wird heute in 8 Stunden soviel gefördert wie früher in 12 Stunden. Hier werden bis zu 48 Schichten im Monat verfahren und dabei 110 Mark verdient. Es wurden Abrechnungen vorgelegt: 80 Schichten 101 Mark, 88 Schichten 98 Mark, 42 Schichten 109 Mark, 22 Schichten 33,40 Mark, davon gehen die Gefälle ab, oft noch Strafen bis zu 17 Mark im Monat. Das Wagemuße beträgt für die Kameraden, die es trifft, 8, 9 und 10 Proz. ihrer Förderung. Einer Kameradschaft in Oberhausen wurden 30 Proz. gemußt. Es wurden Zettel vorgelesen, daß Grubenkontrollen angemeldet wurden. Einer Kameradschaft auf Zeche „Freiberg“ wurden 10 Mark am Gebirge rechtswidrig gekürzt; als sie drohte, ans Berg-Gewerbegericht zu gehen, erhielt sie ihr Geld. — Die Abfahrgebirge müssen laut Berggesetz bis zum 15. festgestellt sein; trotzdem wird oft noch am 20. und noch später wieder abgerissen. Das ist ebenso Kontraktion wie die Verweigerung der Kohlenschiffe. Wenn die Regierung jetzt Beweise für die Behauptungen der Bergarbeiter verlangt, beweist dies nur, daß sie sich, wie Sachse ausführte, bisher nicht um die Vorgänge im Ruhrrevier gekümmert hat.

Bredost von den Polen sprach gleichfalls und erklärte die Solidarität der Polen mit den übrigen Arbeitern.

Alle Redner forderten zum Aushalten auf, sprachen die feste Zuversicht auf den Sieg aus und erklärten, daß die Unternehmer zur Anerkennung der Gleichberechtigung der Arbeiter gezwungen werden müßten. Der Kampf soll nicht eher abgebrochen werden, bis die Hauptforderungen erfüllt sind.

Die Redner fanden jubelnden Beifall.

Es wurde einstimmig folgende Resolution angenommen:

Die Versammlung protestiert gegen die prozige Abweisung unserer Forderungen und der Kommission der vier Verbände durch den Verein für bergbäuliche Interessen. Wir erklären, daß die Kommission unsere rechtmäßige Vertretung ist, und erwarten, daß sie anerkannt und mit ihr verhandelt wird, um im allgemeinen Interesse zum Frieden zu gelangen. Die von ihr gestellten Forderungen sind nur zu gerecht.

Von der Regierung erwarten wir Gehör, tatkräftigen Beistand und Hilfe, sowie Sicherung unserer Ansprüche durch gesetzliche Reformen. Die Versammelten geben das heilige Versprechen, auszuhalten im Lohnkampf und ihn in Ruhe, Ordnung und Disziplin durchzuführen, bis die Forderungen der Arbeiter anerkannt. Von den Behörden erwartet die Versammlung gerechte Behandlung bei Aufrechterhaltung der Ordnung und volle Versammlungsfreiheit, weil nur dadurch eine ruhige, regelrechte Erledigung ermöglicht wird. Die Versammlung ersucht alle Kollegen des Ruhrreviers, sich als Brüder dem Kampfe gegen die Zechenbarone anzuschließen und mitzukämpfen bis zum Siege.

Das rechtsdenkende Bürgertum bitten wir um Beistand in dem schweren Kampfe.

Die gleiche Resolution wurde in einer zweiten von etwa 3000 Personen besuchten Versammlung angenommen, die gleichzeitig in einem anderen Lokal tagte.

Die große Versammlung bewahrte musterhafte Ruhe und nach Schluß leerte sich der Saal ohne Räh.

Die mächtige Schar zog langsam nach Hause, noch längere Zeit die Straßen Bochums füllend. Es kam nicht die geringste Störung vor.

Die hiesige Polizei verhält sich taktvoll.

Streik-Totschläger.

(Privat-Depesche unseres E-Korrespondenten.)

Dortmund, 20. Januar.

Die ungefehrliche Anordnung des früheren Oberpräsidenten von Westfalen Studt vom 17. April 1891 gegen das Streikpostenstehen wird nun überall erneut und die Gendarmen und Polizisten handeln auch danach. Die Ordnungsmannschaften der Organisationen werden vertrieben und bedroht.

Der Bürgermeister von Witten dagegen hat sich in einer Belegschaftsversammlung ausdrücklich dahin erklärt, daß die bisherige Bewegung hinsichtlich der beobachteten Ruhe und Ordnung vollständiges Lob verdiene und er bitte, dafür zu sorgen, daß es auch so bleibe.

Der Landrat von Bochum dagegen hat die Sicherheitsbemühungen der Organisationen schlandweg verboten und dabei schwere Drohungen ausgesprochen. Auf Zeche „Kaiserstuhl“ sind 65 Totschläger angefertigt worden, die man den Arbeitswilligen als Waffe in die Hand drücken will. Die Totschläger bestehen aus abgehauenen Stücken von Förderseilen, die wieder aus 16 einzelnen Stahlstrahlen zusammengeschnitten sind. An den Enden sind diese Totschläger mit einem eisernen Ring umschlossen. Ein Exemplar dieser Idealwaffe nach dem Herzen der Scharfmacher ist auf Veranlassung der Redaktion der „Arbeiterzeitung“ heute Abend per Gilpalet nach Berlin geschickt worden und wird morgen auf dem Tisch des Hauses im Reichstage niedergelegt werden.

Bei der gestrigen Löhmung auf Zeche „Kaiserstuhl“ erschienen 80 Sicherheitsbeamte. Die Verwaltung, der diese Sicherheitswache selbst unheimlich war, schickte 25 Ordnungsdienere wieder weg. Es passierte kein Unglück, ebensowenig wie am zweiten Löhmungstage, wo nur 3 Beamte zur Stelle waren.

Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ sendet immer noch Sensationsnachrichten über Unruhen, Schlägereien, Arbeitswilligen-Rückhandlungen in die Welt. In fast allen Fällen ist konstatiert worden, daß die Nachrichten erfunden sind. In einzelnen Fällen war überhaupt nicht zu ermitteln, daß an den betreffenden Stellen irgendwelche Unruhen vorgekommen sind. Heute morgen berichtet das Blatt, auf einem Zechenplatze in Marten seien zwei Arbeitswillige so schwer mißhandelt worden, daß sie noch auf dem Platze verstorben seien. Die Redaktion der „Arbeiterzeitung“ fragte bei der betreffenden Polizeiverwaltung an und erhielt die Antwort, die Nachrichten seien aus den Fingern gelutscht.

Die Zahl der Ausständigen

hat sich, wie uns eine Privat-Depesche unseres E-Korrespondenten meldet, noch erhöht und beziffert sich insgesamt auf 240 000 bis 250 000 Mann.

Die industriellen Anlagen, die durch den Kohlenmangel in Mitleidenschaft gezogen werden, mehren sich jeden Tag. Einzelne legen den Betrieb vollständig still, andere versuchen es mit Einschränkung. Verschiedentlich sind schon von auswärts bezogene Kohlen als unbrauchbar für industrielle Zwecke zurückgewiesen worden.

Der Schrei nach Militär.

Selbst Herr Möller hat am Freitag im Reichstage zugeben müssen, daß die Schanerberichte über die Gewalttaten der Streikenden tendenziöse Uebertreibungen wären. Das hindert aber die „Post“ nicht, am Freitag Abend eine Reihe solcher Blauphantastien abzu-

drucken, die Herr Schweinburg am Tage zuvor im Aufrage des Bergbauvereins veröffentlicht hatte. Dazu bemerkte sie:

Wahrscheinlich alle Ausschreitungen der Streikenden als vereinigt und ziemlich harmlos hingestellt. Im allgemeinen schienen sich die Ausständigen Besonnen zu verhalten, so daß der Minister des Innern noch jüngst im Landtage der Hoffnung Ausdruck geben konnte, man werde mit der verstärkten Gendarmarie auskommen und kein Militär nötig haben, um Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten. Heute erscheint letzteres zweifelhaft, nachdem die Zahl der Ausständigen so mächtig angeschwollen ist und die Folgen des Lohnkampfes sich schärfer fühlbar zu machen beginnen.

Es ist unbedingt notwendig, daß die Arbeitswilligen gegen die zahllosen Wegelagerer, welche in ihrem wilden Fanatismus auch vor Mord und Totschlag nicht zurückweichen, mit allem Nachdruck veranlaßt werden. Nur die Furcht hat ja Tausende veranlaßt, sich dem Streik anzuschließen. Die verhältnismäßig geringe Zunahme der Ausständigen nach der Proklamierung des Generalstreiks beweist deutlich, daß kaum mehr als die Hälfte der gesamten Belegschaft streikfähig war. Erst die Wüste mit Jammlatten, Gummischläuchen und Revolvern haben das weitere starke Anschwellen der Streikziffern bewirkt. Möge die Regierung daraus die Konsequenzen ziehen und energische Maßregeln ergreifen, um Recht und Gesetz nicht in frecher Weise von verheerenden Wegelagerern verhöhnen zu lassen.

Die „Post“ schreibt von Mord und Totschlag; aber selbst der erlogene Bericht des Bergbauvereins spricht nur von Mißhandlungen, Prügeleien, Steinwürfen und Schüssen, die nicht getroffen haben. Die Fiktion ist doppelt: erst erfundet man Ereignisse und dann dichtet man sie gar zu Worten um. Schließlich will man glauben machen, daß eine Viertelmillion handfester und gefahrerprobter Bergleute aus Furcht vor Jammlatten und Gummischläuchen den Gang zum Schachte nicht mehr wagen. Die Absicht ist offenbar: man will den Streik durch ein Blutbad desorganisieren und die Arbeiter, die angeblich mit Revolvergeschüssen von der Arbeit ferngehalten werden, mit Hinterrücken in die Gruben zurückjagen.

Schweinburgs Kommentar.

Die Berliner Politischen Nachrichten, deren sich der Bergbauverein als seines Sprachorgans zu bedienen scheint, erklären, daß die Ablehnung der Arbeitgeber, sich auf Verhandlungen einzulassen, nur vorläufige Geltung habe. Wenn die staatliche Untersuchung abgeschlossen sei, dann erst werde damit die Grundlage für Verhandlungen gegeben sein.

Der Bergbauverein rechnet offenbar damit, daß sich die staatlichen Untersuchungen so lange hinziehen würden, bis die Widerstandskraft der Arbeiter erschöpft wäre. Doch man aber durch eine solche Verschleppungstaktik dem gegenseitigen Kampf bis zum Wechselseitigen Ende setzt, vielmehr umgekehrt alle Möglichkeiten einer möglichst schnellen friedlichen Beendigung aus dem Wege räumt, ist völlig klar. Die Ausrede der Bergherren legt nur das Verjähren der Regierung bloß, die sich, nachdem der Streik seit längerer Zeit auszubrechen drohte, erst „informieren“ muß oder sich erst „informieren“ zu müssen — vergißt!

Kohlenpreiserhöhungen.

Wie die „Köln. Zeitung“ erfährt, werden vom Kohlenyndikat, soweit es dazu in der Lage ist, jetzt Kohlen zu Tagespreisen, die höher sind als die Vertragspreise, abgegeben. In seltsamem Widerspruch dazu steht ein Rundschreiben, welches das Kohlenkontor, die vom Syndikat abhängige Verkaufsgesellschaft für die Rhein-, Ruhr- und Mainplage an ihre Abnehmer gerichtet hat. In diesem Schreiben heißt es:

Nachdem die Delegiertenversammlung der Bergleute den Generalaufruf beschlossen hat, ist leider anzunehmen, daß der seither schon schwache Versand an Kohlen nunmehr ganz eingestellt wird. Obgleich dadurch unsere Lieferungsverpflichtungen erloschen sind, werden wir, so lange unsere Vorräte reichen, nicht nur die zur Lieferung ab oberrheinischen Lagern eingegangenen Verträge weiter wie bisher ausführen, sondern auch für die Zeche oder in ganzen Schiffsadungen zu liefernden Mengen Ersatz von unseren oberrheinischen Lagern zur Anlieferung bringen, eventuell unter Zuhilfenahme anderer, den abgeschlossenen Mengen möglichst ähnlicher Sorten. Die Lieferungen erfolgen zu unseren normalen Verkaufspreisen ab oberrheinischen Umschlagplätzen, soweit nicht durch besondere Maßnahmen und selbst in dem einen oder anderen Falle Mehlosten entstehen, die wir zur Verrechnung bringen müssen. Eine irgendweiche Preisserhöhung wird, abgesehen von etwaigen Frachtdifferenzen, dadurch in keinem Falle eintreten. Wir bemerken noch ferner, daß wir aller Voraussicht nach in der Lage sein werden, selbst bei längerer Dauer des Streiks, die wir nicht für wahrscheinlich halten, den Bedarf unserer Kundschaft voll zu decken, so daß wir Ersatzkäufe von anderer Seite nicht für erforderlich halten.

Mit dieser Nachricht, daß vorläufig das Kohlenyndikat keinen Ersatz aus dem „Kohlenmangel“ zu ziehen sucht, stimmen die gestrigen Notierungen der Düsseldorfer Börse für Kohle, Koks usw. überein, die keine Veränderungen aufweisen; andererseits aber haben sich bisher in bezug auf das Kohlenyndikat die Meldungen der „Kölnischen Zeitung“ als durchaus zuverlässig erwiesen. Bei seiner Stellung zu den industriellen Kartellen hat auch das Blatt sicherlich keine Veranlassung, Nachrichten zu erfinden, welche nur deren Geschäftspolitik zu diskreditieren geeignet sind. Es bleibt also nur die Annahme, daß zwar offiziell das Kohlenyndikat es vorläufig noch für angebracht hält, den Anschein zu vermeiden, als gedente es aus der Situation besondere Vorteile zu ziehen, im stillen aber dazu bereits seine Maßregeln trifft.

Roskes „Volkzeitung“.

Seitdem die „Berliner Volkszeitung“ in das Haus Roskes gezogen, hat sie auch die Moral des Hauses Roskes angenommen. Während sie früher nach einer gewissen Wohlstandigkeit und Wahrhaftigkeit strebte, hat sie jetzt vollkommen die Grenze zwischen „Berliner Tageblatt“ und „Volkzeitung“ verwischt. Die „Berliner Volkszeitung“ entnimmt nicht nur den Druck aus dem „Tageblatt“, sondern auch die Verlogenheit.

In der Nummer der „Volkzeitung“ vom Donnerstag Abend finden wir folgende Polemik gegen uns:

Wenn ein Teil der sozialdemokratischen Presse Miene macht, den Streik für die sozialdemokratischen Parteinteressen zu fruchtbar zu machen, so darf man sich über die Begleiterscheinungen, die sich daraus ergeben, nicht wundern. Zu diesen Begleiterscheinungen gehört die Falschheit, den Lesern der sozialdemokratischen Parteipresse vorzugeben, daß die Sozialdemokratie allein die einzige Freundin der Bergarbeiter sei, für diese gegen die Zechenpartei ergehe und was dergleichen Behauptungen mehr sind. Es spielt in diese Parteitaktik eine Verlogenheit hinein, die im Interesse der objektiven Wahrheit nach Verdienst und Unwürdigkeit gebrauchmarkt werden muß.

Von unserem Platze behauptet der „Vorwärts“ in wahrheitswidriger Kennzeichnung unserer den Forderungen der Bergarbeiter durchaus freundlich gekündeten Haltung, die „Volkzeitung“ ziele sich aus der heißen Affäre, indem sie einen Aufruf der deutschen Gewerksvereine Rheinland-Westfalens wiedergibt. Gewiß haben wir den Aufruf wiedergegeben, wie wir auch den Aufruf des Berliner Zentralrats der Gewerksvereine wiedergegeben haben. Die Bemerkung, die „Volkzeitung“ ziele sich aus der heißen Affäre, wodurch der Anschein bei den Lesern des „Vorwärts“ erweckt werden soll, als trügen wir Schaden, zugunsten

der Vergleiche Farbe zu bekennen. Charakterisiert sich also als der Ausdruck einer groben Unwahrhaftigkeit, mit der man lediglich operiert, um im parteipolitischen Interesse die Dinge aufzubringen, als erwachte den streikenden Bergarbeitern nur bei der Sozialdemokratie Heil."

Jedes Wort dieser Ausführungen ist wissenschaftlich unwahr. Der Vorwärts hat mit keinem Wort die redaktionelle Haltung der "Volkszeitung" im Bergarbeiterstreik kritisiert, sondern er hat nur darauf hingewiesen — und diesen Zusammenhang verstreut die "Volkszeitung" —, wie für ihre Arbeiterfreundlichkeit die Tatsache natürlich ein sehr peinlicher Zustand sei, daß der Freisinn, zu dem das Blatt sich rechnet, im Gegensatz zur Sozialdemokratie als Partei keinerlei Sammlungen einleitet. Auf diese Arbeiterfreundlichkeit des Wortes, der die Tat nicht folgt, bezog sich unsere Bemerkung, daß die "Volkszeitung" sich aus der heißen Affäre durch den Abdruck eines gewerkschaftlichen Aufrufes zieht. Die "Volkszeitung" hat so sehr die Sitten des Berliner Tageblattes sich angeeignet, daß sie nicht einmal mehr ihre Lesern mitteilt, was in Wirklichkeit gesagt war, sondern sie polemisiert gegen ihre eigenen unwahren Behauptungen und Fälschungen.

Es ist auch das Gegenteil der Wahrheit, wenn behauptet wird, die Sozialdemokratie verhalte sich als die einzige arbeiterfreundliche Partei aufzuspielen und parteipolitische Geschäfte aus dem Bergarbeiterstreik zu ziehen. Wir haben ja in der Tat gerade hervorgehoben, daß die von der Sozialdemokratie gesammelten Gelder allen Streikenden ohne Unterschied der Organisation zukommen werden und wir haben uns bereit erklärt, Schulter an Schulter mit dem Zentrum und dem Freisinn die Unterstützungssammlungen für die Bergarbeiter einzuleiten. Wir haben so wenig den Bergarbeiterstreik zur Parteisache gemacht, daß wir dem Zentrum und dem Freisinn immer wieder ins Gewissen redeten, uns in der Unterstützung der Bergarbeiter beizugehen. Und da wagt es die "Volkszeitung", deren Chefredakteur als die Blüte bürgerlichen Journalismus angesehen gilt, wie irgend eine "Post" oder "Staatsbürgerzeitung", das Gegenteil von dem zu behaupten, uns Vorwürfe zu machen, die nur ihre Partei treffen. Wir sind doch nicht schuld daran, daß der Freisinn wie das Zentrum die Bergarbeiter mit ein paar scharfen Artikeln gegen das Kohlenyndikat abspießen und es der Sozialdemokratie überlassen, ihrerseits werktätig für die Streikenden einzutreten.

Nicht die Sozialdemokratie hat den Streik zur Parteisache gemacht, sondern vielmehr die bürgerlichen Parteien sorgen durch Ablehnung einer wirklichen Unterstützung der Streikenden dafür, daß ihre eigenen Parteianhänger nur von der Sozialdemokratie mit Mitteln versorgt werden. Wir sind gespannt, ob die "Volkszeitung" auch darin den Sitten des Berliner Tageblattes folgt, daß sie von der tatsächlichen Nichtigstellung ihrer falschen Behauptungen keinerlei Notiz nimmt.

Im übrigen erstreckt sich allerdings die Arbeiterfreundlichkeit auch der "Volkszeitung" nur auf ein paar wohlwollende Beiratsartikel. Im Informativteil treibt sie nach wie vor die arbeiterfeindliche Politik, die sich denken läßt. Noch in der letzten Sonntagsnummer findet sich ein ganzer Haufen Streikbrecherannoncen, die ausschließlich gegen den Berliner Gürtlerstreik gerichtet sind. Die Streikbrecherannoncen sind auch als solche durchaus gekennzeichnet, weil die Auftraggeber vorzugsweise gleich hinzugefügt haben, daß nichtorganisierte Gürtler gesucht werden. Wir verstehen, daß die Redaktion der "Berliner Volkszeitung", seitdem sie an Moske verkauft ist, ein schlechtes Gewissen hat, weil sie ihre Hände nicht mehr frei fühlt, aber es geht doch nicht an, daß sie ihre schlechte Laune über die Zweideutigkeit ihrer Stellung an uns ausläßt, die wir doch wahrhaftig nicht verschuldet haben, daß das Blatt unter das Joch des Moskischen Informativgeschäftes gelangt ist.

Die erste Sammlungsaktion
befindet sich an der Spitze der dritten Beilage.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 20. Januar.

Der Niesenstreik der Petersburger Arbeiter

Ist eine Erscheinung, die verdient, daß die Aufmerksamkeit der ganzen Welt sich ihr zuwendet. Wären die Kräfte der deutschen Arbeiterschaft momentan nicht in ganz erglühender Weise durch den gleichzeitigen deutschen Niesenstreik der Bergarbeiter im Ruhrrevier in Anspruch genommen, so würde sie jedenfalls nicht zögern, ihre lebhafteste Sympathie für die Kämpfe ihrer Petersburger Brüder in nicht zu verkennender Weise kundzugeben. Jedenfalls verfolgt sie die Vorgänge in Petersburg mit dem lebhaftesten Interesse.

Die Bewegung nimmt in der Tat immer gewaltigere Dimensionen an und verursacht den Unternehmern und der Regierung die größten Kopfschmerzen. Vorgestern fand in Gegenwart des Finanzministers eine Beratung der Fabrikbesitzer statt. Diese gaben an, daß am folgenden Tage viele Fabrikarbeiter in Ausstand treten würden. Ferner machte der Besitzer einer großen Fabrik in Charkow die Mitteilung, daß dort ebenfalls ein Ausstand vorbereitet werde. Wie wir bereits berichtet haben, wurde in dieser Versammlung beschlossen, mit den Arbeitern jeder Fabrik würde die betreffende Direktion erst nach der Wiederaufnahme der Arbeit verhandeln, keinesfalls solle aber mit den Arbeiterorganisationen verhandelt werden.

Der Finanzminister und der Minister des Innern haben auch geglaubt sich den Arbeitern gegenüber aufs hohe Ross zu setzen — sie haben es abgelehnt, eine Abordnung der Arbeiter zu empfangen.

Auf gestern und heute sind weitere Beratungen des Finanzministers mit den Fabrikbesitzern anberaumt worden. Ob sie in der Lage sein werden, angesichts des mächtigen Anschwellens der Bewegung noch lange auf ihrem Herrenstandpunkt zu beharren, erscheint jetzt ziemlich zweifelhaft.

Eine Meldung des Wolffschen Bureaus vom 19. Januar besagt, daß in Arbeiterversammlungen gegenwärtig andauernd für die Unterzeichnung einer Petition an den Kaiser seitens der Arbeiter agitiert werde.

Diese Petition enthält im wesentlichen eine bittere Klage über ihre verzweiflungsvolle Lage und darüber, daß sie die Menschenrechte entbehren müßten. Sie endigt mit dem Ausdruck der Ergebenheit an den Kaiser und schließt mit den Worten: "Vegnädige uns und laß uns leben. Wenn Du uns in dieser Lage läßt, ziehen wir vor, zu sterben." Dieselbe Meldung besagt, es verlaute, die Arbeiter beabsichtigten, 400 000 Mann stark vor dem Schlosse eine Kundgebung zu veranstalten.

Der gestrige Tag hat ein weiteres gewaltiges Anwachsen der Streikbewegung in Petersburg gebracht, und es ist nicht unwahrscheinlich, daß es bald zum Generalkstreik kommen wird. Es haben gestern auch die Arbeiter der Baum- und Spinnerei San Galli u. Kalinkin die Arbeit eingestellt. Es bestand gestern auch die Absicht bei der Baltischen Fabrik (5000 Arbeiter), in einer Patronenfabrik (7000) und in einer Waggonfabrik (8000), die Arbeit einzustellen.

Die Gärung griff auch nach einem neuen Stadteile über. Nach 8 Uhr des Morgens drang eine aus Arbeitern verschiedener Fabriken bestehende Menge in die Druckerei der Akademie der Wissenschaften ein, um die dortigen Schriftsetzer und anderen

Arbeiter zum Anschluß an den allgemeinen Ausstand zu zwingen. Da auf der Straße eine tausendköpfige Arbeitergarde des Verlaufes der Dinge harrie, ordnete die Polizei, um Ausschreitungen vorzubeugen, die Einstellung der Arbeit in der Druckerei an.

Von der Druckerei der Akademie der Wissenschaften zog die Menge nach verschiedenen Fabriken im Stadteil Wassilj-Dsrow und veranlaßte, daß dort die Arbeit eingestellt wurde. Die Polizei enthielt sich der Gummischußung.

Gestern nachmittags begab sich eine aus 200 Arbeitern bestehende Abordnung in alle Werkstätten, Fabriken und Druckereien und forderte die in denselben beschäftigten Arbeiter auf, die Arbeit niederzulegen, widrigenfalls gegen sie Gewaltmaßnahmen angewendet werden würden. Alle kleineren industriellen Betriebe in Petersburg befinden sich bereits im Ausstande, die Druckereien werden geschlossen. Am Abend sollte eine Arbeiterversammlung stattfinden, in welcher man sich über die zu stellenden Bedingungen schlüssig machen wollte.

Welche Strömungen in dieser Massenbewegung vorwiegen, ob rein wirtschaftliche, oder ob die Massen bereits dazu reif sind, Träger einer zielbewußten, politisch-revolutionären Bewegung zu sein, läßt sich aus den bisherigen — gerade in diesem Punkte unklaren und zum Teil einander widersprechenden Meldungen nicht übersehen. Zweifellos ist, daß wenn nicht alle und vielleicht sogar nicht die Mehrheit, so doch ein erheblicher Teil der Teilnehmer der Bewegung unter dem Einfluß der jahrelang betriebenen sozialdemokratischen Agitation zielbewußte Sozialisten sind; zweifellos bietet sich andererseits für die große Masse, wenn sie auch dank dem Druck des Absolutismus ihr Leben lang im Elend und Unwissenheit erhalten worden ist, durch diesen Kampf — die beste Gelegenheit, ein klares Verständnis zu gewinnen dafür, daß ohne Beseitigung des Absolutismus für sie nicht die geringste Aussicht vorhanden ist, auch nur geringe Besserung ihres Elends zu erhoffen. Diese politische Erziehung kann unter den gegenwärtigen Umständen sich riesenschnell vollziehen. Hat aber in der Hauptstadt Rußlands die übergroße Majorität der Bevölkerung begriffen, daß es für sie kein Auskommen mit dem Absolutismus gibt, dann sind die Tage dieses letzteren alsbald gezählt! Es ist daher die erste Pflicht aller revolutionär und oppositionell gesinnten Elemente in ganz Rußland, den Petersburger Arbeitern so schnell als möglich mit Geldmitteln beizuspringen! Aufgabe der Sozialisten ist es aber, alle Kräfte einzusetzen, um — soweit das noch nicht geschehen ist — die Köpfe dieser Leute zu erhellern mit dem Verständnis für die politische Situation und für die hohe gewaltige Mission, die ihnen in derselben zugefallen ist!

Nachdem das Obige geschrieben war, ist die folgende Depesche des Wolffschen Telegraphenbureaus eingelaufen:

Petersburg, 20. Januar. Die Arbeiter haben hier auf allen Werken und Fabriken der Stadt die Arbeit niedergelegt. Morgen werden alle Unterschriften für die Petition an den Kaiser gesammelt. Die Versammlungen dauern fort; der Priester Gapon hielt Ansprachen an die Arbeiter. Man ist überall entschlossen, am Sonntag um 2 Uhr auf den Platz vor dem kaiserlichen Palais zu marschieren selbst bei jedem nur denkbaren Widerstande, sogar wenn die Truppen die Waffen gebrauchen sollten. Man hat sich entschlossen, keine Waffen mitzunehmen und sich der Gewalt nicht zu widersetzen. Die Arbeiter wünschen, daß der Kaiser selbst ihre Petition höre, sie weigern sich, sie dem Beamten zu übergeben. Der Priester Gapon hat versprochen, vor den Arbeitern in seiner Soutane mit dem Kreuz zu marschieren. Die Arbeiter erklären: wir sind bereit, auf dem Platz vor dem Palais zu sterben. Wir verlangen ausdrücklich, daß der Kaiser erscheint und uns anhört.

Also, die Würfel sind gefallen! Das Volk will dem Jaren von Angesicht entgegenreten und er wird ihm Antwort stellen müssen. Was für eine Antwort wird ihm die Kamorra vorschreiben? Wird er die Arbeiter mit Blei empfangen oder mit ... neuen Bertröstungen auf "Reformen"? Ob so, oder so, die Lage des russischen Absolutismus sind gezählt. Der Jung-Siegfried — das russische Volk — ist erwacht, noch sind die ersten Aeußerungen seiner Kraft kindlich naiv, aber bald wird er vor der Welt dastehen als ein ganzer Held, der sich voll bewußt darüber ist, gegen wen und wie er seine Waffe zu richten hat!

Preussische Kulturschwach.

Sehr belastendes Material für die Minderwertigkeit der preussischen Volksschulbildung liefert die Doktorarbeit eines Militärarztes in Breslau. Er hat aus medizinischen Gründen, auf die wir hier nicht eingehen wollen, bei 174 geistig gesunden Soldaten das geistige Inventar aufgenommen, d. h. festgestellt, wie groß die Kenntnisse der betreffenden Leute seien. Er hat im Laufe einiger Monate seinen Prüflingen 167 Fragen vorgelegt, aus allen Wissensgebieten, die man im Allgemeinbewußt des Volkes vermuten dürfte. Von diesen 174 jungen Leuten waren 69 gelehrte, 105 ungelernete Arbeiter; 80 waren katholisch, 94 evangelisch; 147 stammten vom Lande, 2 aus Klein-, 6 aus Großstädten.

Der Verfasser prüfte zunächst die Kenntnissnisse im Rechnen, Geographie und Religion und das Wissen in Lokalverhältnissen. Das ABC kannten 82; beim Rechnen haperis sehr einfache Subtraktions- oder Additionsaufgaben wie 50-28 oder 23+44 lösten etwa 50 nicht herausbekommen! In den Fragen über Geographie, auch die engere heimatlische, zeigen sich unerwartet große Lücken. Nur 1/3 kennen die Wäandung der Oder, des Memellusses, 80 wissen keine preussischen Städte außerhalb Schlesiens, 70 keine deutsche Städte außerhalb Preußens, 26 können sich bei dem Wort Erdteil nichts denken.

Bei den Fragen über Religion bleibt das Resultat weit hinter den Erwartungen zurück, die man hegen durfte, wobei noch besonders zu beachten ist, daß die Mehrzahl der Geprüften vom Lande stammt und somit gewohnt ist, alle Sonntage in die Kirche zu gehen. Martin Luther hält ein Katholik für den Papst, der höchste Vorgesetzte der Katholiken sei der Sultan! Unsagbar komisch — oder eigentlich traurig — sind zum Teil die Antworten auf die Fragen über den Unterschied zwischen Protestanten und Katholiken — z. B. die ersteren

*) Wir benutzen die Gelegenheit, um einen unliebsamen Druckfehler in unserem gestrigen Artikel über die Stellungnahme der russischen Sozialdemokratie zur bürgerlichen Opposition zu korrigieren. Es war dort die Ansicht ausgesprochen, in Rußland könnten vom gesamten Bürgertum unterstützte politische Massenstreiks stattfinden. Selbstverständlich sollte es heißen: vom gesamten radikal-gesinnten Bürgertum und waren damit in der Hauptsache die Vertreter der freien Berufsstände gemeint. Daß z. B. das industrielle Großkapital, wenn es sich auch zuweilen oppositionell gebildet, doch, sobald seine eigenen Interessen von der Arbeiterschaft angetastet werden, jeden Augenblick bereit ist sich mit dem Absolutismus ein Herz und eine Seele zu fühlen, daran haben wir natürlich keinen Augenblick gezwweifelt.

seien lutherisch, die letzteren jüdisch — und zwischen Juden und Christen.

Weiterhin prüft der Verfasser über die geläufigsten historischen und aktuellen Gegebenheiten. 50 kennen den Sedantag nicht, den sie alle Jahre in der Schule gefeiert haben, ein Viertel weiß gar nicht, wer 70/71 Krieg geführt hat, 100 wissen nichts von der Kaiserkrönung von 71, und "alle diese Leute", sagt der Autor, "haben die großen Volksfeste zur Währungs-Wiederkehr der Gründung des Reiches mitgemacht". Den Namen des Kaisers wissen vier (Soldaten!) nicht, den Namen des Reichslanzlers (arauer Bilow) weiß ein knappes Viertel. Von der Sozialdemokratie wissen fast alle etwas. Also doch etwas Aktuelles, was erfährt wurde, jubelt beinahe der Verfasser. Aber nur 60 können andere politische Parteien angeben. Von Goethe weiß etwa ein Duzend etwas.

Endlich wird noch über soziale Gesetzgebung und Naturgeschichte ein wenig geprüft.

Der Autor konstatiert im Anfang, daß sein Resultat keinesfalls als Minimalresultat aufzufassen sei; die untersten Schichten der Bevölkerung fielen für diese Prüfung aus, weil das Regiment sich größtenteils aus Freiwilligen zusammensetzt und auch sonst guten Erfolg habe. Und welches sind die Schlussfolgerungen, die sich aus der Untersuchung ergaben? Wir zitieren aus der Arbeit:

"Schon nach 5 Jahren der Entfernung von der Schule sind deren Wirkungen wie fortgewischt aus dem Gedächtnis und ganz wunderbarlich berühren einen die großen Lücken auf dem Gebiete der Religionslehre, eines Gebiets, das doch durch die Feiern der christlichen Feste immer im Gedächtnis bleibt, und das bei Leuten, die aus der anerkanntermaßen religiösen Bevölkerung Schlesiens stammen. — Wässiger Mangel an sozialer Orientierung, Unkenntnis der politischen Rechte selbst in der sozialen Gesetzgebung, die ihnen doch an Haut und Haar geht, läßt eigenlich jeden Gedanken an eine höhere Ethik, Vaterlandsgedächtnis, als möglich erscheinen bei Leuten, deren historischer Horizont kaum bis zu den nächsten Großtaten unseres Volkes reicht, deren geographischer Horizont schon wenige Meilen vom Heimatdortse aufhört. Die Lücken sind prozentualer allgemain so groß und zwar bei Dingen, die den Gebildeten zum selbstverständlichen Inventar des Volkes zu gehören scheinen, das geistige Inventar ist so gering, daß man überall gefast sein muß, auf die scheinbar unmöglichsten Lücken zu stoßen. Man sieht tatsächlich stammend vor diesen ungeheuren Lücken und fragt sich, was wissen diese Leute denn überhaupt, die hier doch als durchaus brauchbare Soldaten funktionieren."

Soweit der Autor! Und diese Leute sind durchaus brauchbare Soldaten und noch viel brauchbarer als Arbeiter und Ausbeutungs-Objekte! Das ist ja der Daseinszweck dieser Leute im Sinne derer, die für diesen Kulturfortschritt verantwortlich sind. In Schulbildung sollen sie nur so viel bekommen, wie gerade eben zur Erfüllung dieses Daseinszwecks unbedingt nötig ist; sie sollen so dumm bleiben, daß sie jeden Kontrakt mit dem ländlichen Arbeitgeber unterschreiben, ohne ihn zu verstehen, daß sie der kirchlichen Obrigkeit gehoramt sind, ohne zu murren, daß sie auf Befehl auf ihre Arbeitsbrüder in den Städten schießen. So will es die preussische Kultur! —

"Russische Lockspiegel". Auch ist ein gar großer Unterschied zwischen einem warmen friedlichen Klosterneße und dem teiblichen Gefahren einer Propaganda der Religion der Lat und es ist ganz klar, daß die Zeit dazu bei dem deutschen Zentrum nie kommen wird, denn es ist organisiert und dressiert auf die Unterhaltung einer Armee von Faulenzern, Maulhelden und verachteten Existenzen aller Art, welche leben wollen von der Religion, aber nicht daran denken, das eigene Fell jemals zu Marke zu tragen für die Religion."

Wenn solche Sätze in einem sozialistischen Blatt ständen, so würde die liberale Presse nicht genug Beschimpfungen finden, um diese unerhörte Verleumdung der christlichen Kirche und des Zentrums bloßzustellen. Aber diese Sätze finden sich in der "Germania", dem Zentralorgan des deutschen Zentrums, und beziehen sich allerdings nicht auf Kirchenfürsten, Kardinäle, Prälaten und Kapläne, nicht auf "Germania"-Redakteure, die in ihrem Blatte sorgfältig jede Spur einer geistigen Tätigkeit auslöschen, jene Beschimpfungen sollen nicht den Widerspruch geistigen, der zwischen der christlichen Nächstenliebe der Entfugung und dem gemäßigten Kultus der katholischen Kirche herrscht, sondern im Original ist statt Religion Revolution, anstatt Propaganda der Religion der Lat, Propaganda der Lat, statt Zentrum Sozialdemokratie zu lesen.

Dieselbe "Germania", die dieser Tage in dem Verhalten des Kohlenyndikats im Ruhrrevier eine Propagation zu Gewalttätigkeiten gesehen hat, fällt sich jetzt darüber auf, daß die deutsche Sozialdemokratie nicht auf die Straße geht und mit der Bombe Revolution macht. Sie höhnt über die Scheu, sich den teiblichen Gefahren einer wirklichen Revolution anzusehen und sie sucht die deutsche Sozialdemokratie dazu zu verlocken, die Straßen zu durchziehen, Brücken und Denkmäler zu demolieren, Feuer einzuwürfen und kriechliche Geheißleute zu plündern, wie dies im Rußland der revolutionäre gegeben soll, in dem der "Germania" befreundet... Rußland von Kischinev allerdings tatsächlich geschieht.

Die "Germania" begreift nicht, warum in Deutschland, wo doch dieselben barbarischen Verhältnisse nach unserer Anschauung wie in Rußland herrschen, sich die Massen nicht bewaffnen und unter dem Schutze der roten Fahnen plündern und morden und mit dem Rufe umherziehen: "Nieder mit dem Kaiserreich, nieder mit der Armeel!" Die "Germania" ist so unwillig, daß ihr nicht einmal bekannt ist, wie selbst die extremsten Terroristen Rußlands diese Methode in dem Augenblick verwerfen, wo in Rußland auch nur der Anfang einer Verfassung vorhanden ist.

Nachdem sich das Zentralorgan der größten Partei Deutschlands dermaßen die tranken Phantastien eines russischen Lockspiegels angeeignet hat, fügt es hinzu: "Eine tolle geistesankrotte Gesellschaft". Diese Tollheit und dieser Geistesbankrott soll nämlich darin bestehen, daß die deutsche Sozialdemokratie nicht die Meinung hat, dem Agent provocateur der "Germania" zu folgen.

Der Artikel des Zentrumsblattes sieht wirklich so aus, als ob er von einem Agenten des russischen Absolutismus verfaßt wäre. Während die ganze zivilisierte Welt über die Brutalität und Barbarei des Jandismus sich entsetzt, rührt die "Germania" diese Anklagen gegen das verachtete System, das die Weltgeschichte gesehen hat, "blödsinniges Geschwätz" und findet es selbstverständlich, daß der brutal angegriffene Staat, nämlich Rußland, seine Autorität und Ordnung mit den Waffen in der Hand verteidigt. Während alle bürgerlichen Elemente Rußlands mit der russischen Sozialdemokratie einer Meinung sind, daß nur die russische Revolution die Welt von der Schande des Absolutismus zu befreien vermag, behauptet die "Germania", daß der revolutionäre Sozialismus in Rußland den konstitutionellen Fortschritt verhindert.

Das deutsche Zentrum hat seit seiner Oppositionszeit den Schein zu wahren gesucht, als ob der Merikalismus bei uns nicht jenes widerwärtige reaktionäre politische Gewächs sei, das in den katholischen Ländern die reine Luft vergiftet. Zentrumsblätter wie die "Königliche Volkszeitung" versuchen auch den demokratischen Anspruchschein zu wahren. Es ist gut, solche, wie von einem russischen Lockspiegel geschriebene, halb wahnsinnigen, halb niederträchtigen Auslassungen von Zentrumsblättern zu wahren, um sich nicht über das wahre Wesen des überall gleichen Merikalismus zu täuschen.

Wenn im übrigen die "Germania" in Staub und Blut schwelgt, so erklärt sich das aus einem gewissen Nativismus sehr leicht. Die Verantwortung über die Sozialdemokratie sind die dunklen Erinnerungen an die Weltpolitik der katholischen Kirche, an jene unendliche Bartholomäusnacht der katholischen Kirche, die ihre Weltgeschichte ist. —

Militärjustiz.

Vor dem Dresdener Kriegsgericht wurden am Freitag voriger Woche zwei Prozesse verhandelt.

Ein Unteroffizier war wegen Mißhandlung, vorschristwidriger Behandlung und Verleumdung eines Soldaten angeklagt. Als erwiesen wurde, daß der Angeklagte den Soldaten an der Nase packte, so daß sie blutete, daß er ihm einen Stoß mit der Faust versetzte, infolgedessen der Soldat mit dem Unterleib gegen ein Gefäßrohr flog und er mehrere Tage Schmerzen verspürte; daß er den Soldaten ferner am Halse drückte, bis er blutete. Weiter regalierte der Unteroffizier den Mißhandelten mit der Bemerkung, es würde ihm große Freude machen, wenn er sein Opfer vergiften könnte. — Als Verteidiger des Angeklagten fungierte der Hauptmann seiner Batterie, der seinen Klienten trotz dieser bewiesenen Noheiten als einen tüchtigen und einwandfreien Unteroffizier bezeichnete. Das bezeichnendste an der Verteidigung aber war folgendes: der Herr Hauptmann nahm Bezug auf eine Verordnung des Kaisers, nach der mit wegen Soldatenmißhandlung verurteilten Unteroffizieren nicht weiter kapituliert werden darf. Er bat in Rücksicht auf diese kaiserliche Verfügung das Gericht, nicht wegen Mißhandlung, sondern wegen Verurteilung — er plädierte in erster Linie für Freisprechung — nur wegen „vorschristwidriger Behandlung eines Untergebenen“ zu strafen. Er, der Herr Hauptmann, würde es bedauern, wenn der angeklagte Unteroffizier infolge einer Verurteilung wegen Soldatenmißhandlung seine militärische Laufbahn aufgeben müßte.

Das Gericht erkannte in diesem Sinne. Es verurteilte den rohen Unteroffizier nicht wegen Mißhandlung, sondern nur wegen vorschristwidriger Behandlung zu der unglücklich niedrigen Strafe von sieben Tagen gelindem Arrest. Der Vertreter der Anklage hatte drei Wochen Mittelarrest beantragt. — Dasselbe Gericht verurteilte in der gleichen Sitzung einen angeklagten Soldaten zu 43 Tagen Gefängnis, weil dieser bei einem Kommando „Augen links“ den Kopf nicht genügend gewendet hatte. Das Gericht nahm „bewußten Ungehorsam“ an, obwohl der Angeklagte glaubhaft versicherte, daß er in dem kritischen Moment wegen irgend eines körperlichen Uebels ein Klistier am Halse hatte, und ihm jede Bewegung des Kopfes Schmerzen verursacht hätte.

Ob das Gericht im ersten Falle bei seinem Urteil den Deduktionen des Verteidigers nach jeder Richtung gefolgt ist, oder ob es aus anderen Gründen zur Freisprechung wegen Mißhandlung kam, ist nicht recht ersichtlich. Zweifellos wäre aber der Weg zur Umkehrung der kaiserlichen Verfügung gebahnt, wenn bei Kriegsgerichtsprozessen wegen Soldatenmißhandlung Anschuldigungen Platz greifen sollten, wie sie der Herr Hauptmann zum Ausdruck brachte. —

Husland.

Frankreich.

Gallist und das Demuziantentum.

Einer der den Nationalisten und Alerikalen am verhasstensten höheren Offiziere ist der General Veigné, der Kommandeur des 9. Armeekorps in Tours. Er hat sich durch Unterdrückung der nationalen Propaganda unter den Offizieren besonders ausgezeichnet. Gerade an dem Tage der großen Debatte, an dem das Kabinett Combes den Entschluß zum Rücktritt faßte, wurde von den Nationalisten ein Brief des Generals Veigné veröffentlicht, der an den Generalsekretär der Loge, den „Organisator des Demuziantenwesens“, Herrn Badecard, gerichtet war. In diesem Briefe ersuchte General Veigné, daß er eifrig bemüht sei, in dem kaiserlichen Offizierskorps des 9. Armeekorps etwas aufzuräumen, und er sage Badecard Dank für seine Mitteilungen, durch die es ihm möglich gemacht werde, die Gesinnungen gewisser Offiziere kennen zu lernen.

General Gallist, der verlassene republikanische Kriegeminister und Kommuneschlächter, hat nun infolge dieser Veröffentlichung an den antirepublikanischen Alerikalen „Gaulois“ folgenden Brief gerichtet:

Ich will hoffen, daß der sehr eifrige Bieferant Badecard sich an der richtigen Stelle eine Pistolenkugel beizubringen hat. — Ich werde seiner Weisung nicht beizuhören.

Mit Gruß

General Gallist.

Der saubere General und Kommuneschlächter hatte nur in dem Augenblicke, als er, der Kollege des Herrn Millerand, diesen Brief an ein Alerikales Blatt richtete, vergessen, daß auch er seinerzeit Gesinnungsgenossenschaft und Verfolgungen politisch mißliebiger Offiziere genau nach demselben Rezept betrieben hatte, wie General Veigné. Die „Humanität“ war nämlich in der Lage, am anderen Tage zwei Briefe Gallists abzubringen, die aus dem Jahre 1890 stammen, als Gallist Korpskommandeur in Tours war. Diese an den Redakteur der „Republique Française“ geschriebenen Briefe zeigen eine verzweifelte Keckheit mit dem Briefe des Generals Veigné, über den Herr Gallist sich so sitzhaft entrüstete. Gallist, der 1890 gerade republikanisch fühlte und antikerikal gerichtet war, schrieb damals unter anderem:

Es ist sicher, daß die Agitation der Herren Rädelführer des Alerikalismus wieder zunimmt. Mein Truppenteil zeichnet sich bei dieser Gelegenheit aus. Ich werde mein möglichstes tun, um ihn zu vernünftigeren, patriotischeren Ideen zu belehren. Ich würde gern scharfe Maßregeln vermeiden, aber es gibt Leute, die sich durchaus ein Martyrium verdienen wollen.

Die „Humanität“ macht zur Veröffentlichung dieser Briefe die Anmerkung: „Es bleibt dem General Gallist nur noch übrig, sich an der richtigen Stelle eine Pistolenkugel beizubringen. Wir werden seiner Weisung nicht beizuhören.“

Diese Episode beweist jedenfalls das, daß die Herren, welche sich jetzt über das Demuziantenwesen des republikanischen Ministeriums und seiner Freunde in der Armeo so furchtbar entristen, jederzeit ganz dieselben Praktiken beobachtet haben. —

In den französischen Kriegshäfen hat der Rücktritt des Marineministers Pelletan eine große Erregung hervorgerufen. Die Arbeiter befürchten nämlich, daß die ihnen seinerzeit von dem Minister eingeräumten Vorteile wieder entzogen würden. In den Kriegshäfen zirkuliert eine Petition, in welcher der Regierung die Wünsche der Hafenarbeiter unterbreitet werden. Besonders die Hafenarbeiter in Vrest befinden sich in großer Aufregung. Zahlreiche Zwischenfälle im dortigen Hafen sind bereits zu verzeichnen. Die Polizei kargierte die Ausständigen mit blanker Waffe, diese antworteten mit Steinwürfen. Der auf den Quais angerichtete Schaden ist sehr bedeutend. Der Hafen wird militärisch bewacht. Die Ausständigen fordern die Freilassung ihrer verhafteten Kameraden. —

Dänemark.

Zur pästischen Lage.

Seit Jahren war das Interesse an den politischen Ereignissen in Dänemark nicht so rego wie jetzt. In weitesten Kreisen der Bevölkerung empfand man die Bedeutung der Veränderungen, die in den letzten Tagen erfolgt sind. Wenn es auch bedauerlich ist, daß die ehrlich liberalen Männer der Regierung zurückgetreten und durch solche ersetzt sind, die die wichtigsten Grundzüge ihrer Partei über den Haufen geworfen haben, so ist es doch erfreulich, daß damit eine Klärung der politischen Lage geschaffen wurde. Was man vordem zum Teil nur nach Vermutungen abschätzen konnte, ist jetzt offenbar geworden. Der neue Ministerpräsident, Kriegs- und Marineminister Christensen, hat es in seiner Programmrede vor dem Folketing klar ausgesprochen, daß zurzeit keine Aussicht zu wesentlichen Herabsetzungen der Militärausgaben vorhanden sei. Er verlangte außerdem das Recht, auf einem Konto des Militärbudgets Gelder zu verwenden, die er auf einem anderen Konto des Budgets sparen konnte. Auf diese Weise will Christensen, ähnlich wie sein Vorgänger Radjen, sich Gelder

für den Ausbau der Befestigung Kopenhagens verschaffen. Das ist eine Einschränkung des Budgetrechts des Reichstages, der doch den Ministern vorschreibt, welche Summen für die einzelnen Angelegenheiten ihrer Ressorts verwandt werden sollen. Dennoch stellte das Folketing dem Ministerium mit 63 Stimmen, bei 38 Stimmenthaltungen (die 10 Sozialdemokraten, 11 Radikale und 11 Konservative), ein Vertrauensvotum aus. Noch klarer zeigte sich die Scheidung bei der vorhergegangenen Abstimmung über eine Resolution der Radikalen, in der eine wirkliche Herabsetzung der militärischen Ausgaben verlangt wurde. Unter Parteigenossen Klauen hatte diese Resolution im Rahmen der Sozialdemokratie unterliegt. Sie wurde abgelehnt mit 74 Stimmen gegen die 27 der Sozialdemokraten und Radikalen. Nur 11 Linksmänner blieben dem alten Grundfah ihrer Partei „Herabsetzung der Militärausgaben“ treu, 51 Linksmänner stimmten mit den Konservativen und Moderaten dagegen. Damit ist der Programmbruch der Linken offenkundig geworden. Als vor dreieinhalb Jahren Radjen Kriegsminister wurde, wußten oder ahnten nur die Eingeweihten etwas von seiner militaristischen Gesinnung und es kostete viele Mühe, seinen Schleiwegen nachzuspüren. Bei dem neuen Landesverteidigungsminister weiß man, was man zu erwarten hat, und man kann sich auch nicht der Hoffnung hingeben, daß irgend ein anderes Mitglied des Ministeriums seine Plänen irgend welche Hindernisse bereiten wird. Uebrigens war Christensen früher ein entschiedener Anhänger des antimilitaristischen Grundfahes der Linkenpartei und es ist ein sonderbarer Zufall, daß er an demselben Datum, wo er seine oben erwähnte Minister-Programmrede hielt, am 17. Januar 1895 im „Folketing“ als Vorsitzender der radikalen und sozialdemokratischen Minderheit, und am 17. Januar 1898 als Vorsitzender der damals vorhandenen antimilitaristischen Folkething-Mehrheit für die Herabsetzung der Militärausgaben sprach, von der er jetzt am 17. Januar 1905 behauptet, daß keine Aussicht sie durchzuführen vorhanden sei. —

Asien.

Reaktion in Japan.

Die politische Auflösung der sozialistischen Vereinigung von Japan, sowie die Unterdrückung des „Heimin Shimbun“, des sozialistischen Wochenblattes, ist bereits durch den Telegraph bekannt geworden. Der soeben eingetretene „Socialist“, offizielles Organ der japanischen Sozialisten, vom 3. Dezember 1904 bestätigt die obigen Mitteilungen. Danach wurde der „Heimin Shimbun“ in seiner Ausgabe vom 6. November verboten wegen eines Artikels, der die Unterdrückungfrage behandelte; die Nummer vom 12. November enthielt die Uebersetzung des kommunistischen Manifestes von Marx und Engels; auch diese wurde verboten. Am 15. November, dem ersten Jahrestage des „Heimin Shimbun“, sollte in Oji, einem Vorort von Tokio, eine sozialistische Versammlung abgehalten werden; dieselbe wurde von der Polizei auseinander getrieben. Mit der Verurteilung des Redakteurs Genossen Nishikawa am 19. November zu fünf Monaten Gefängnis und des Druckers Genossen Kotozu zu sieben Monaten Gefängnis wurde zugleich auch die Unterdrückung der Zeitung und sogar die Konfiskation der Maschinen ausgesprochen. Am Tage darauf erfolgte die Auflösung der sozialistischen Vereinigung durch den Polizeiminister. Es war dies die einzige sozialistische Vereinigung seitdem die Organisation der sozialistischen Partei verboten worden war. Die sozialistische Vereinigung hat in den sechs Jahren ihres Bestehens viel zur Ausbreitung des Sozialismus in Japan beigetragen. Selbst eine bürgerliche japanische Zeitung äußert sich sprechend über die Notwendigkeit der Regierung, indem sie schreibt: „Solche Maßregeln dienen in der Regel dazu, die Prinzipien der unterdrückten Vereinigung nur noch mehr verbreitet zu machen. Das Prinzip der absoluten Religions- und Gewissensfreiheit, welche in Japan herrscht, sollte auch auf das politische Gebiet übertragen werden.“ Selbstverständlich wird mit der Auflösung des Vereins diese Propaganda nicht eingestellt werden, und wenn die japanische Regierung glaubt, den Sozialismus in Japan zu vernichten, ehe er noch rechte Früchte hat tragen können, so täuscht sie sich. —

Amerika.

Aus Hawaii.

In dem Jahresbericht des Gouverneurs von Hawaii verlangt derselbe die Wiedereinführung kontraktlich angeworbener Chinesen. Die Pflanzler behaupten, sie müßten die Chinesen wieder als Arbeiter haben oder untergehen. Die Amerikaner hatten mit der Bestimmung der Inseln auch die Importierung der Sklaven aufgehoben und die Pflanzler fügten sich. Diese haben aber jetzt herausgefunden, daß kein Arbeiter in der Welt so billig und geduldig ist und sich so viel anfüßeln läßt, wie der Chinese, der direkt unter Kontrakt aus China geholt wird. Die Kanaken auf den Inseln sind den Pflanzern viel zu unabhängig und auch zu träge. Gegenwärtig gibt es 26 000 Chinesen auf den Inseln (Census 1900). Dem Verlangen des Gouverneurs zu entsprechen, wäre aber für die Regierung nicht unbedenklich, da auf den Philippinen dasselbe Verlangen gehiegt werden könnte, was die amerikanische Arbeiterschaft beunruhigen würde. —

An die Mitglieder und Freunde der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften.

Werte Genossen!

Angehts des allgemeinen Vergarbeiterstreiks im Ruhrkohlenrevier, an dem nun schon mehr denn 240 000 Arbeiter beteiligt sind, fordern wir Euch hierdurch auf, dem Aufruf des Parteivorstandes, Gelder zur Unterstützung der Streikenden aufzubringen, in vollem Maße nachzukommen.

Wir halten es aber für verfehlt, neben dem schon jetzt so mannigfaltig herangezogenen Sammelmaterial auch noch selbständig solches herauszugeben, und ersuchen wir deshalb unsere Genossen und Freunde allerorts, sich an den Sammlungen der Partei mit allen Kräften zu beteiligen.

Wo seitens der Partei Sammelstellen nicht vorhanden sind, wende man sich wegen Zusendung derselben sofort an unsere Adresse.

Mit Parteigrüß

Die Geschäftskommission der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften. Dedgleichen: Der Ausschuss des Berliner Gewerkschaftsartikels. Die sozialdemokratische Parteipresse wird um Nachdruck gebeten.

Salut-Kartätschen.

Die Kanonade gegen den Hoen hat bis jetzt noch keine endgültige Klärung gefunden. Die amtliche Erklärung besagt, daß anstatt einer Pulverladung eine Kartätschenladung abgeschossen worden sei. Es heißt, die Untersuchung habe ergeben, daß bei einer zwei Tage vorher abgehaltenen Uebung der ersten reitenden Garde-Batterie eine Kartätsche im Gefäßrohr stecken geblieben sei. Von militarischen Sachkennern wird dagegen darauf hingewiesen, daß man niemals ein Kartätschen im Rohr lasse, auch würde diese zurückbleiben und ihre Anwesenheit im Rohr müßte sich beim Laden selbst bei der größten Unachtsamkeit sofort bemerkbar machen. Andererseits sei es im hohen Grade auffallend, daß die Kugeln den Boden beim Jordan-Kai erreicht haben, also gerade da, wo der Jar stand. Sollte dieses Ziel beabsichtigt gewesen sein, so haben die Kanoniere, um es zu erreichen, nach allen Regeln der artilleristischen Kunst zielen müssen. War die Kanonade ein Attentat, so müßte die ganze Bedienungsmannschaft mit im Komplott gewesen sein. Sollte es sich dagegen in der Tat ergeben, daß ein mit einer Kartätsche geladenes Gefäß zwei Tage lang ruhig mit dieser gefährlichen Ladung belassen werden durfte, und sollte in der Tat bei Einführung der

Kartätsche das Versehen unbemerkt geblieben sein, so würde derartige, wie die „National-Zeitung“ mit Recht bemerkt, auf jene artilleristische Elite-truppe ein geradezu schauerhaftes Licht werfen. Aus Wien wird gemeldet, auf der dortigen Postfach erklärte man zwar den Vorfal bei dem Winterpalais als unglücklichen Zwischenfall, führe diesen aber auf die grenzenlose Nachlässigkeit des betreffenden Batterie-Kommandanten zurück.

Besondere Bedeutung nißt man in Petersburg dem Umstande bei, daß die Batterie, die den Schuß abfeuerte, zu dem innersten Kern der kaiserlichen Leibwache gehört, und daß ihre Offiziere ausschließlich aus Familien stammen, deren persönlicher Loyalität man vertraut. Der Titular-Befehlshaber der Batterie ist der Großherzog von Mecklenburg.

Was die Verwundungen anlangt, die die Schieberei angerichtet hat, so ergab die Untersuchung durch die Polizei, daß in den Fußboden im Parterregehoß des Palastes sechs Kugeln eingeschlagen hatten und im ersten Stock sechs Fenster in dem Nikolai- und dem diplomatischen Saale, in welchem sich das diplomatische Korps versammelt hatte, zertrümmert waren. Fünf Schüsse durchbohrten die Fahne, die ein Soldat in der Nähe des kaiserlichen Gesoiges hielt. Zwei Kugeln drangen in das Innere der Kapelle ein, ohne jedoch Schaden anzurichten. Außer einem Schutzmänn wurde auch ein Palastbeamter von einem Geschoß getroffen und leicht verletzt.

Bezugs Untersuchung des unglücklichen Zwischenfalls bei dem gefügigen Salutschüssen ist eine Kommission gebildet worden unter dem Vorsitz des Generals Chitrowo, Kommandeurs der Garde-Artillerie, und unter der Leitung des Großfürsten Sergius Michailowitsch, Inspektors der Artillerie. Die Petersburger Telegraphen-Agentur erklärt, daß die Gerüchte unbegründet sind, wonach der Hauptmann Davidow, dessen Batterie gestern den verhängnisvollen Salutschuß abgab, verhaftet sein und Selbstmord verübt haben sollte.

Petersburg, 20. Januar. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Bezugs Untersuchung des „unglücklichen Zwischenfalls“ bei dem gestrigen Salutschüssen ist eine Kommission gebildet worden unter dem Vorsitz des Generals Chitrowo, Kommandeurs der Garde-Artillerie und unter der Leitung des Großfürsten Sergius Michailowitsch, Inspektors der Artillerie.

Es ist gut, daß man das Ergebnis der peinlichen Untersuchung — unglücklicher Zwischenfall — bereits vortweg genommen hat.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Zur Ministerkrise in Frankreich.

Paris, 20. Januar. (B. T. B.) Präsident Loubet hat jede Entscheidung hinsichtlich der Lösung der Ministerkrise auf morgen verschoben. Der Vizepräsident der Kammer, Lockroy, stellte heute nachmittag Loubet das neue Bureau der Kammer vor und drückte ihm die achtungsvolle Anteilnahme des Landes zu dem Tode seiner Mutter aus. Loubet erwiderte sehr bewegt, daß er lebhaft von dieser Rundgebung gerührt sei und fügte hinzu, daß er zu oft an die Vereinigung der Kammer und die Eintracht aller Republikaner appelliert habe, um sich nicht innig über den Scheitern des Bureaus zu freuen, dessen Mitglieder allen Parteien angehören. Die Vereinigung und die Eintracht seien der Traum seines Lebens gewesen, er würde am Ende seiner Laufbahn nicht darauf verzichten.

Petersburg, 20. Januar. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Seit Mittag haben die Arbeiter die Arbeit in vielen industriellen Werkstätten, in allen größeren topographischen Anstalten, an allen privaten und staatlichen Zeitungen, sogar an Anstalten wie der Akademie der Wissenschaften eingestellt; voraussichtlich stellt morgen die Expedition der Staatspapiere die Arbeit ein. Der Ausstand in den Arsenalen nimmt zu. Bis jetzt ist es zu keinerlei Zusammenstößen mit der Polizei gekommen, die sich äußerlich passiv zu den Ereignissen verhält. Nichtsdestoweniger herrscht die vollste Ordnung unter den Arbeitern. Versammlungen der Fabrikanten unter dem Vorh der Finanzminister bezugs Beratung der Maßregeln gegen den Ausstand finden nicht mehr statt.

Die Streikrevolution in Petersburg.

Petersburg, 20. Januar. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Die Tabakfabrik Schapshal erbat sich eine Kompanie Soldaten zum Schutze, als 500 Arbeiter vor der Fabrik erschienen und die Einstellung der Arbeit fortlerten. Die Fabrik wurde geschlossen, ihre Arbeiter aber vereinigten sich mit der Menge, welche in das Stabliement einbrang und die Arbeitseinstellung erzwang. Die Truppen machten von den Waffen keinen Gebrauch und kehrten in ihre Kasernen zurück, als die Menge sich entfernte.

Rundgebungen in Riga.

Riga, 19. Januar. (B. T. B.) Heute nachmittag veranstaltete eine Anzahl jüdischer Einwohner und Studierender auf dem Alexanderplatz eine Rundgebung unter Entfaltung einer roten Fahne. Auch wurden Aufrufe verbreitet. Beim Erscheinen der Polizei feuerten die Teilnehmer an der Rundgebung einige Schüsse ab und gingen dann auseinander. Verwundet wurde niemand. Sieben Studenten wurden festgenommen.

Sehung der russischen Kriegsschiffe.

Tokio, 20. Januar. (Meldung des „Neuerischen Bureaus“.) Man hat vorge schlagen, einen Tamm quer vor der Hafeneinfahrt von Port Arthur zu errichten und das Wasser auszupumpen als Vorbezug, um die russischen Kriegsschiffe zu retten. Bei der Diskussion über dieses Projekt erklärte ein japanischer See-Offizier, unter gewöhnlichen Umständen würde ja eine so ungeheure Arbeit nicht lohnen, aber in Anbetracht der Anzahl der Raubzeuge, die man dabei zu gewinnen hofft, der geringen Tiefenverhältnisse und des geringen Umfanges des Hafens wäre das Entwässern des Hafens die am wenigstens kostspielige Methode, die Schiffe für die Japaner nutzbar zu machen.

Die Integrität Chinas — keine Intervention der Mächte im asiatischen Kriege.

London, 20. Januar. (B. T. B.) Das Auerische Bureau erfährt, daß das Rundschreiben des Staatssekretärs Hay in bezug auf die Erhaltung der Integrität Chinas formell und zwar von allen nicht an ostasiatischen Kriege teilnehmenden Mächten, an die es gerichtet war, Deutschland, England und Frankreich, in gleicher Weise angenommen worden sei. Die Bedingungen in dem Rundschreiben sind in der Hauptsache das selbstverleugnende Geheiß, welches die Mächte sich selbst auferlegen, der ausgeprochenen Absicht, jede Gebietserweiterung am Ende des Krieges zu verhindern, und das Prinzip der offenen Tür aufrecht zu erhalten in dem Gebiet, wie es im eigentlichen China zurzeit besteht. Daher sind weder Rußland noch Japan aufgefordert worden, sich diesem Abkommen anzuschließen, und China als interessierter Teil natürlich ausgeschlossen.

Es bedeutet dies also tatsächlich, daß Rußland und Japan ihre Differenzen im fernem Osten auf dem Kriegstheater selbst in Ordnung bringen müssen, nämlich in der Randfrage.

Port Arthur ist in dem Rundschreiben fortgelassen, es geht dies China an, dessen Integrität die Mächte übereingekommen sind zu bewahren. Es wird in diplomatischen Kreisen allgemein angenommen, da die Mächte sich selbst verpflichtet haben, den status quo zu respektieren, daß jeder mögliche Grund für einen künftigen Zusammenstoß aus dem Wege geräumt ist.

Reichstag.

199. Sitzung vom Donnerstag, den 20. Januar 1905, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Graf Sälow, Müller, Graf Posadowsky.

Ein gegen den Abg. Raden (Z.) wegen Uebertretung des preussischen Vereinsgesetzes schwebendes Strafverfahren wird auf Antrag des Abg. Sittart (Z.) für die Dauer der Session eingestellt.

Auf der Tagesordnung steht die Interpellation Kuer (Soz.) u. Gen. über den

Bergarbeiterstreik.

Sie lautet: „Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß die Werksbesitzer im Ruhrkohlenbezirk

1. systematisch die zum Schutz der Arbeiter in der Reichs-Gewerbe-Ordnung festgelegten und auch für die Bergarbeiter gültigen Bestimmungen umgehen und sogar eine förmliche Organisation behufs Verurteilung unbedeutsamer Arbeiter geschlossen haben;

2. die reichsrechtlichen Vorschriften über den Arbeitsvertrag tatsächlich außer Wirkung setzen, die Arbeitsordnungen durchaus willkürlich anwenden und dadurch werksseitig sorgelegt Kontraktbruch geübt wird;

3. durch das Anhalten der Kohlenwagen den Arbeiter um einen Teil seines verdienten Lohnes betrügen;

4. durch ihre Verkaufsorganisation, das Kohlenyndikat, ohne Berücksichtigung der Industrie und der allgemeinen Volksbedürfnisse die Kohlenpreise systematisch hinaufschrauben, und um dieses in höherem Grade zu erreichen, alles getan haben, was den Ausbruch des Bergarbeiterstreiks zur Folge haben mußte.

Welche Maßregeln gedenkt der Herr Reichskanzler gegenüber diesen Vorgängen zum Schutze der Arbeiter, sowie der Kohlenverbraucher zu ergreifen?

Zur Begründung der Interpellation nimmt das Wort

Abg. Kuer (Soz.):

Es ist uns unangenehm gewesen, daß die Beratung der Interpellation um einige Tage verschoben worden ist. Inzwischen haben sich Ereignisse abgespielt, die zur Charakteristik der Situation außerordentlich wertvoll sind. Der Generalstreik ist jetzt eingetreten, und die entgegenstehenden Mitteilungen der Werksbesitzer sind nicht richtig. Ich möchte dringend davor warnen, den Nachrichten, daß im Ruhrrevier Krawalle der Streikenden vorkommen oder Belästigungen der Arbeitswilligen, zu glauben, wie sie von der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ verbreitet werden. Sie sind mindestens stark übertrieben, wenn nicht erlogen. In Oberhausen sollten große Unruhen stattgefunden haben. In Wirklichkeit sind nur drei italienische Arbeiter verhaftet worden, und die Polizei in Oberhausen erklärte den Vorfall, der zu dem Gerücht Anlaß gegeben hatte, als sehr harmlos. Der Obersteiger Papst sollte angegriffen worden sein, er hat aber dolosol Weise von seinem Revolver Gebrauch gemacht und dadurch das Gerücht hervorgerufen. Ich bin gestern und vorgestern in Wattenscheid gewesen und habe mich davon überzeugt, daß von den 1000 oder 2000 Streikenden keine Belästigung von Arbeitswilligen verübt wird. Es stehen da 300-400 Menschen umher, meist Frauen und Kinder, die Wohnungen der Arbeiter sind bei der Besetzung, und es ist natürlich, daß sie herankommen, und wenn dann Kinder Hurra schreien, so ist das nach Ansicht mancher Leute ein Krawall. Ich habe mit den Gendarmen und der Bürgerwehr gesprochen, niemand weiß etwas von der Belästigung von Arbeitswilligen oder Unruhen. Anzunehmen ist, daß sich die Gendarmen aus dem Ruhegebiet durchaus loyal verhalten. Aber es sind jetzt da viele Gendarmen von außerhalb stationiert, und wenn die dahin kommen, so glauben sie gleich, es sei da Revolution vorhanden. Die Ansammlungen in Wattenscheid kamen lediglich daher, daß die Bürgermeisterei Wattenscheid entgegen dem Vorgehen anderer Behörden sich weigerte, die Ordnungsmannschaften der Organisation anzuerkennen. Seit gestern sind auch in Wattenscheid solche Ordnungsmannschaften angenommen und nach einem Telegramm, das ich soeben bekommen habe, ist von Ansammlungen heute nichts mehr zu bemerken. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) In den Bezirken bei Herne und Gelsenkirchen, wo besonders die polnischen Arbeiter in Frage kommen, wurden besonders Krawalle befürchtet und militärische Hilfe verlangt. Auf meine Anfrage erhalte ich von Vertrauensleuten die telegraphische Mitteilung: In den hiesigen polnischen Bezirken ist die Ruhe einfach musterhaft. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Man möchte fast die Worte anwenden, die ein Herr 1889 telegraphierte:

Alles ist ruhig im Ruhegebiet, nur die Polizei ist nervös. (Weiterleit links.) Es stehen jetzt 230 000 Menschen im Ausstand. Bei solchen Massenmassen bedarf es der ganzen Disziplin und der vollen Kraft der leitenden Personen, um Ausschreitungen zurückzuhalten. Wenn trotzdem Leute den Anordnungen nicht Folge leisten, so frage ich, warum haben die Werksbesitzer solche Elemente ins Ruhegebiet hineingebracht? (Sehr gut! bei den Soz.) — Ich habe ferner zu erklären: Ich bin hergekommen im Auftrag meiner Kameraden. Was ich als Parteimann zu sagen habe, das werde ich bei der Beratung des Etats des Reichsmoms des Innern sagen und durch Anträge ausdrücken. Heute spreche ich hier nur als Vertreter der Bergarbeiter, die sich in ungeheurer, glänzender Einigkeit aus allen Parteien zusammenschlossen haben und die ihre Ehre und ihren Stolz darin setzen, diesen Kampfs in musterhafter, beispielloser Ordnung durchzuführen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.) Ich gebe Ihnen die Versicherung, daß, wenn unter Verstreuten, die Ordnung aufrecht zu erhalten, von den Behörden unterstützt wird, kein Mensch vor Krawallen und Ausschreitungen im Ruhegebiet sich zu fürchten braucht. Im Jahre 1889 gab es bei nur 20 000 Streikenden gleich in den ersten Tagen zu Ausschreitungen, bei denen die Hüfte hoch und der Säbel hieb.

Der Streik dauert jetzt schon 14 Tage, über 200 000 Mann stehen im Ausstand, und es herrscht musterhafte Ordnung. Ein Kaufmann, der alle 14 Tage einmal ins Ruhegebiet kommt, sagte mir, es wäre heute im Ruhegebiet ruhiger als sonst. Die verschiedenen Organisationen, die Gewerkschaften, die christlichen und politischen Vereine und die Kirch- und Sonderschulen haben überall, wo die Polizei es gestattete, Ordnungsmannschaften aufgestellt. Diese haben auch, wo es die Polizei gestattete, gewisse polizeiliche Funktionen übernehmen dürfen. Sogar die „Rheinische Zeitung“ erkannte die Ordnung an. Die paar Ausschreitungen, die in Hordt usw. vorgekommen sind, sind sehr übertrieben worden, damit mir ja das Militär Gelegenheit bekäme, einzuschreiten. Im allgemeinen haben wir keinen Anlaß, über die Behörden im Ruhegebiet zu klagen. In Crimmitschau war es viel schlimmer, obgleich nur 6000 Mann im Ausstand waren. Ich muß der preussischen Polizei im Ruhegebiet gegenüber der sächsischen ein Lob aussprechen, und hoffe, daß ich das Lob nach 14 Tagen wiederholen kann. Der Bürgermeister Barnack in Witten, Vorsitzender des Nationalliberalen Vereins, erklärte in einer Streitversammlung, daß er die Ablehnung der Forderungen durch den bergbaulichen Verein mißbillige und daß in keinem Orte eine Ruhe herrsche, daß er sogar noch Polizei abgeben könnte. Die Ruhe wird von den Bergleuten aufrecht erhalten, darauf sind wir stolz. Es scheint aber die Befürchtung gerechtfertigt, daß die Loyalität der Behörden allmählich ins Wanken kommt.

Oberbürgermeister und Aufsichtsrat.

So hat der Oberbürgermeister von Dortmund, Schmieding, von vornherein eine Resolüt an den Tag gelegt, die nur

daraus zu erklären ist, daß der Herr Aufsichtsratsmitglied des Harpener Bergwerks ist. (Hört! hört!) Er hat eine frühere Verordnung wieder veröffentlicht, die den Aufenthalt in der Nähe von Zechen verbietet. Nun wohnen Hunderte und Tausende von Arbeitern dicht vor der Zeche und sobald sie aus der Zeche treten, verstoßen sie sofort gegen diese Verfügung. Man müßte da eben die Häuser abreißen und forttransportieren; ganz notwendig muß die Durchführung dieser Verfügung zu Strafmassnahmen führen. — Dann sind Zechenbeamte mit polizeilicher Qualifikation versehen worden, dieselben Beamten, die durch ihr rüdes Auftreten die Bewegung zu einem Teil veranlaßt haben!

In einem Falle drangen diese Beamten in die Wohnung der Streikenden ein, machten sich somit des Hausfriedensbruchs schuldig, verfluchten die Leute aus den Betten herauszuziehen und zur Arbeit zu schleppen. — In einem anderen Falle wurde festgestellt, daß die Zechenbeamten aus reiner Lust ihre Revolver abschießen, — und die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ berichtete da von einem „großen Gescheh“. — Ein mit polizeilicher Funktion beauftragter Steiger hat derartig randalliert, daß man ihm zu seiner eigenen Sicherheit den Revolver abnehmen und die Qualifikation entziehen mußte. — Unferne Wachtposten dagegen, die Aufstände vermeiden sollen, werden von dem Landrat nicht anerkannt. — werden mit Strafen bedroht! Der Landrat drohte, daß er bei jedem Widerstande

sofort schießen lassen

würde.

Ich konstatiere, daß, wenn in dieser Weise die Verbosität der Beamten keine Grenzen kennt, Sie sich gar nicht wundern dürfen, wenn wir nicht in der Lage sind, die Ordnung, die bisher geherrscht hat, aufrecht zu erhalten. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Doch nun zu der Frage, ob nicht der Streik verhilft werden konnte. Ich erkläre, daß wenn Herr Stinnes auf Zechen „Bruchstrafe“, bevor der Anschlag betr. die Schichtverlängerungen gemacht wurde, sich mit den Arbeitern ins Einvernehmen gesetzt und ihnen gesagt hätte, daß aus betrieblichen Rücksichten die Weisfahrt um 1/4 oder 1/2 Stunde verlängert werden müsse und später wieder verkürzt werden sollte: der Streik wäre nicht ausgebrochen. Leb! hört! hört! b. d. Sozialdemokraten, aber Herr Stinnes hat nicht nur den durchaus ungesetzlichen Anschlag erlassen, sondern als die Arbeiterdeputation dringend bei ihm vorstellig wurde, die Leute

drüß abgewiesen.

Er hat die Arbeiter nicht etwa angehört, sondern ihnen den Stuhl vor die Tür gesetzt, sie in den Streik hineingetrieben. Herr Müller hat im Abgeordnetenhaus gesagt, er bedauere, daß die deutschen Arbeiter so wenig Achtung vor dem Gesetz hätten. Ich bedauere, daß Minister Müller nicht bedauert hat, daß die Arbeitgeber so wenig Sinn für Gerechtigkeit haben. (Sehr gut! bei den Soziald.) Daß der Anschlag ungesetzlich war, ist durch das Eingreifen des Oberbergamtes ja bewiesen. Trotzdem fuhr die Zeche auf die Vollzähligkeit auf der Zeche an, um zunächst das Berg-Gewerbegericht als Einigungsamt anzurufen. Da wurde ihnen am 7. Januar die Brandfoble verweigert. Man sagt, die Arbeiter hätten auf diese Kohle kein Recht, es sei nur der gute Wille der Unternehmer. Dem ist nicht so. Leider haben unsere Behörden nicht im Gedächtnis, wie es mit der Brandfoble von alterherber aussieht. Daß im Falle ihrer Nichtlieferung Ersatz geleistet wurde, beweist, daß sie ein Teil des Arbeitslohns ist. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Noch im Jahre 1878 bestand die Zahl, ob man die Lieferung von Brandfoble oder dafür bares Geld haben wolle, und das Recht ist niemals abgelöst worden. Wenn man soviel Wert auf archaische Studien legt, wenn man so viel Wert auf alle ererbten Rechte legt, warum sollen dann die erworbenen Rechte der Arbeiter nicht gelten? (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Man hat auch häufig die Lieferung von Brandfoblen direkt vertragsmäßig formuliert. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Hätte die Verwaltung der Zeche „Bruchstrafe“ nur das geringste Entgegenkommen gezeigt, so hätten sich die Zecheverhältnisse noch auf gesetzlichem Wege beilegen lassen. Aber das geschah nicht, man hat uns sogar drüß behandelt, und so erfolgte der Ausstand. Am Montag, den 9. folgten andere Zechen. Aber auch da war noch Zeit. Am Donnerstag darauf hat man den Besitzern noch goldene Brücken gebaut, man wollte durchaus nicht auf alle Forderungen bestehen. Wir haben geglaubt, es wäre noch ein Quentchen von Verzicht, von Rücksicht bei den Unternehmern vorhanden, aber wir haben uns getäuscht. Aber um uns die

Berachtung

auszudrücken, hat man die Antwort sogar eher in die Presse gegeben als uns, um uns zu sagen: „Ihr seid Lust, ihr kommt erst zuletzt heran!“ Das hat gerade die Einigung aller Parteien unter den Arbeitern zuwege gebracht. Wir wollen auch heute noch den Frieden. Western hat die Stübener-Kommission alle Forderungen durchberaten und begründet, hat stundenlang beraten, aber die Unternehmer haben nicht einmal eine Antwort gegeben. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das sind die Leute, die sich als Hüter der öffentlichen Ordnung aufspielen! Wir wollen den Frieden, aber nicht den Kirchhofsfrieden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) — Nun zur Rolle der Regierung! Ich kann im Namen unserer Kameraden erklären: Die Worte des Herrn Reichskanzlers am Sonnabend haben große Sympathien bei uns erweckt, haben uns die Hoffnung erweckt, daß es noch nicht zum äußersten kommen werde. (Hört! hört! links.) Aber schon am Sonnabend und namentlich am Montag hat der Handelsminister Müller diesen Traum zerstört. Ich muß im Namen meiner Kameraden erklären, daß, wenn irgend etwas die Besitzler gestärkt hat, so waren es die Worte des Handelsministers. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.) Es ist

unerhört, daß ein preussischer Minister so sprechen kann

trotz der Erfahrungen, die er doch schon mit den Bergbaubesitzern gemacht hat!

Wenn Herr Müller sich in dieser Angelegenheit völlig ausgeschieden und nur der Herr Reichskanzler gesprochen hätte, dann wären wir zur Einigung gekommen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Vertreter der Behörden haben in anerkannter Weise verhandelt, die Unternehmer zu Verhandlungen zu nötigen, Herr Velsen hat alles getan, was in seinen Kräften stand, wie mir von meinen Kameraden berichtet ist. Aber auch der Regierung gegenüber haben sich die Herren Unternehmer auf den Propagandapunkt gestellt und einfach gesagt: wir wollen nicht. Wenn die Regierung wirklich nicht in der Lage ist, den Propagandapunkt der Unternehmer zu beugen, dann wird die ganze Bürgerwehr, ja das ganze Volk sagen: wenn die Regierung es nicht fertig bekommt im Interesse des allgemeinen Friedens, des Allgemeinwohls die Unternehmer von ihrem geradezu unerhörten prozigen, gemeingefährlichen Standpunkt abzubringen, dann bricht die wenige Autorität, die die preussische Regierung in der Person des Herrn Müller beim Volke hat, vollständig zusammen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) — Daß Herr Müller für die Unternehmer so eintritt, nimmt mich eigentlich wunder. (Oh! bei den Sozialdemokraten.) Ich will nicht einmal davon sprechen, wie er von den Herren des Syndikats behandelt worden ist. Ich erinnere nur an einen charakteristischen Vorgang zur Zeit der Hibernia-Affäre. In einer großen Volksversammlung in Herne haben damals nationalliberale Redner die Ruhrbergleute graulich gemacht vor Saarabien und ihnen gesagt, wenn der Bergbau sozialistisch würde, dann kämen sie in das Sklaventum. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ich will auch nicht weiter reden von der Zechenstilllegung. Diese haben nicht zuletzt zum Ausbruch des kolossalen Kampfes beigetragen. Durch sie ist auch zum erheblichen Teile das Ansehen der Regierung gesunken. Nicht einmal die Stilllegung der Zeche Luisentriebau konnte von der Regierung ver-

hindert werden. Stinnes sagte einfach: ich lege still, weil es für mich vorteilhaft ist.

Wo 230 000 Bergleute nur um ein wenig Licht und Luft kämpfen, schickt man Gendarmen und Polizisten hin und will auch das Militär marschieren lassen, um die öffentliche Ruhe und Sicherheit und das Gemeinwohl zu schützen. Wo blieben die Gendarmen und Polizisten,

um das Gemeinwohl zu schützen gegen die Zechenstillleger, die ganze Verfassung verdröben haben, Tausenden von Arbeitern und Geschäftsleuten die Lebensmöglichkeit vernichtet haben? Vielleicht gibt Herr Müller auf diese Frage Antwort!

Soweit gehen die Herren, wenn es ihnen darauf ankommt, ihren Standpunkt der Regierung gegenüber festzuhalten, daß vom H o h l e n s y n d i k a t dem deutschen Richterstand der Vortwurf der Korruption gemacht worden ist. Der Amtsdirektor Mademacher in Herne ist ein schneller Arbeiter; aber als er bei der Eintragung in der Hibernia-Affäre so fix arbeitete, da konnte man in der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“, demselben Blatt, das jetzt die Tatarennachrichten über die Ausschreitungen in die Welt setzt, lesen: Herr Amtsdirektor Mademacher hätte nur so schnell gearbeitet, weil er der Neffe des Oberberghauptmanns von Belsen wäre. Welcher Selbstverleugung der Mensch fähig sein kann, das habe ich erst eingesehen, als ich die Rede des Herrn Müller für die Zechenbesitzer las. In liberalen, in Zentrumsblättern, in Blättern aller Richtung wurde einmütig gesagt, daß die Unternehmer in ihrer beharrlichen Ablehnung der Arbeiterforderungen durch die Rede des Herrn Müller gestärkt worden seien. Das Schönste an der Sache ist, daß die Regierung glaubt, durch eine Unterredung die Bergwerksbesitzer nachgiebig machen zu können, nachdem sie sich Jahre und Jahre von derselben Unternehmerschaft das Material beschaffen ließ, um im Reichstag und Landtag den Forderungen der Bergarbeiter entgegenzutreten. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Lesen Sie einmal dieses historische Dokument, in dem die Unternehmer die Arbeiterforderungen ablehnen. Was hat man getan? Man hat sich nicht die Mühe gegeben, die Forderungen der Arbeiter selbst abzulehnen, und selbst Argumente zu suchen, man hat einfach gegen die Arbeiter die Herren von der Regierung,

die Reden der Müller und Reifner zitiert.

Wie das möglich ist, ist leicht zu erklären. Hätte sich die Regierung niemals nicht nur an die Unternehmer, sondern auch nur einmal an die Arbeiterorganisationen gewandt, dann hätte sie mit dem tendenziös zusammengesuchten Material nicht hineinfallen können, das ihr jetzt von den Unternehmern an den Kopf geworfen wird. Da offenbart sich die ganze sozialpolitische Rückständigkeit des ganzen Regierungssystems, da treten die Folgen ihrer eigenen Sünden zutage. Hätten sie einmal nur die Arbeiter gefragt, dann hätten sie geahnt, wie es mit Schicht und Bedinge im Ruhrrevier stand. Jetzt dienen dem bergbaulichen Verein statt jeder Antwort die Reden der Minister.

Es gibt wenig Personen, die ich so aufrichtig bedauere, wie Herrn Müller. Er ist genau über die Tragweite der Bewegung unterrichtet; er ist im Ruhrrevier zu Hause, er kennt den Bergbau, er weiß, welche Bedeutung diese Vorgänge für das Vaterland haben. Wenn „regieren“ „voraussehen“ bedeutet, dann haben wir im preussischen Bergwerksministerium noch keine Regierung gehabt. (Weiterleit und Sehr gut! links.) Am Sonnabend hat Herr Müller im Abgeordnetenhaus erklärt, seit Monaten habe sich der Streik vorhersehen lassen. Er hat aber nichts zu seiner Verhütung getan. Am Montag sagte er, die wesentlichste Forderung der Arbeiter, die Anerkennung ihrer Organisation, werde sich erst nach einer schweren Kampfprobe durchsetzen lassen.

Wozu haben wir aber eine Regierung.

Wenn sich jeder soziale Fortschritt erst durch wilde, elementare Kämpfe erreichen läßt! (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ich habe mich in einer Versammlung auf diese Aeußerung Müllers berufen und gesagt: Wenn der Minister so spricht, dann sind wir gedekt! (Sehr richtig! links.) — Nun zur Frage der Organisationen! — Es wird von gewisser Seite gesagt: Ihr Führer habt die Waffen nicht in der Hand, ihr habt die Hügel verloren; — das ist der Beweis für die Wertlosigkeit eurer Organisationen! — Ich stelle nun fest, daß ich an dieser Stelle im vorigen Jahre an die Regierung die Aufforderung gerichtet habe, sich mit den Forderungen des Bergbaues intimer zu befassen, ich habe mit diesen Worten voraus gesagt, daß über kurz oder lang es zu einem solchen Streik kommen müßte, — ferner: daß die Leiter der Organisationen schon seit Jahren sich die größte Mühe gegeben haben, den Ausbruch zu verhindern. (Lebhaftes: Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) — Wir haben in der Tat alle Kraft aufgewandt, einerseits bei der Arbeit im Reichstage, andererseits bei der Föhrung der Massen. — den Streik zu verhindern. — Und wenn nun der Topf zum Ueberkochen kommt — so gehört eine sehr dreiste Stirn dazu, uns Vorwürfe zu machen. — Nicht nur die sozialdemokratischen, auch die christlichen Verbände hat man bekämpft, — die Führer verdächtigt. Hier im Reichstage werden wir nur behandelt, als die von den Arbeitergroßen gehert! Das muß ich Ihnen in die Massen bringen, und bei einer Kampfprobe verhängnisvolle Folgen haben. Als es den Kameraden und mir 1903 gelungen war, den Ausbruch des Streiks zu verhindern, da nannte mich das Organ der Bergwerksbesitzer, die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“, einen Mausechelen, der nicht den Mut zur Tat habe, einen „Gremser“. — Was daraus für unsere Stellung zu den Massen sich ergab, kann nur der sehen, der den Massenstimm studiert hat! — Die Massen drängten zum Streik, — und die Führer waren ihnen verdächtig worden! —

Systematisch hat das Unternehmertum den Streik heranzubekommen!

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Wenn jetzt das Organisationsrecht der Arbeiter durch den Streik sollte geschädigt werden, so frage ich: sind denn die Unternehmerr-Organisationen nicht häufig an der Spitze zerschellt, daß sie nicht straffe Disziplin halten konnten? Das H o h l e n s y n d i k a t hat sich aufgelöst, und auch das Kohlenyndikat hatte im Anfang mit Disziplinosigkeit zu rechnen. Bei unseren Organisationen hat das Vereinsrecht seine Probe glänzend bestanden, und wird sie noch glänzender im Ruhegebiet bestehen. Ohne die Organisation wäre es dort schon zu Ausschreitungen und Gewalttätigkeiten gekommen. Man sagt, es handle sich bei den Bergleuten um junge Burschen unter 30 Jahren. Ja, 52 Proz. der Bergleute sind unter 30 Jahren,

die Bergleute sterben zu früh!

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die alten westfälischen Bergleute sind durch die moderne Betriebsweise beseitigt worden, was jetzt noch von alten Bergleuten vorhanden ist, das sind Ausnahmen.

Der Streik ist nicht unvorhergesehen gekommen. Herr Müller selbst hat ihn vorhergesehen, und nur, wer nichts sehen wollte oder konnte, hat ihn nicht vorhergesehen. Der Abg. Stögel hatte Recht, als er vor Weihnachten an dieser Stelle sagte: Der Vergammal wird behandelt, wie ein Stück Papier auf dem Weltmarkt. Das ist charakteristisch. Die Sache kann den Besitzern und der Regierung durchaus nicht überraschend gekommen sein. Meine Freunde hier im Reichstage, aber auch die Abgeordneten K o r f a n t y und C u r t h a r d t haben wiederholt auf den drohenden Streik hingewiesen. Wer also sagt, der Streik sei überraschend, der hat nicht sehen können oder nicht sehen wollen. Noch vor Weihnachten war es hinreichend Zeit, zu vermitteln. Die Bergschaften haben in den letzten ein, zwei, drei Jahren immer wieder Deputationen geschickt, aber sie haben keine oder nur eine abweisende Antwort erhalten. Der Streik ist eine elementare Bewegung, die sich seit Jahren vorbereitet hat. Daher rührt auch die schnelle Einigung aller vier Organisationen der

Bergarbeiter (Sehr richtig! im Zentrum), jener Organisationen, die so oft gegeneinander gekämpft haben. Die ganze öffentliche Meinung, die ganze Presse mit Ausnahme weniger Zeitungen, die auf Seiten der Besitzer stehen, sympathisieren mit dem Streik. Die Hirsch-Dunkerianer erheben Sammelaufrufe, ebenso die anderen Organisationen, auch das „Volk“ des Herrn Stöcker! Der Fürst-Erzbischof Fischer von Köln hat 1000 M. in die Streikkasse getan. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Also auch der höchste Kirchenfürst am Rhein interessiert sich in dieser Weise für den Streik. Der Streik berührt alle Volksschichten, Bürger und Bauern sagen uns: Leute, haltet fest, wenn Ihr nur gewinnt; die Heldenbesten sind unsere Feinde. Die Verlegten treten nicht für utopische — sagen wir einmal sozialdemokratische — Forderungen ein, sondern für die Erhaltung der bürgerlichen Rechtszustände. Wir wollen keine Vorrechte, sondern nur, daß man die bürgerliche Gesetzgebung, die Gewerbe-Ordnung, das Vergesetz auch wirklich anwendet. Dieser Streik ist in Wahrheit

eine Demonstration gegen die Ungesetzlichkeit der Unternehmer, eine Demonstration für das bürgerliche Recht. — Von zwei Seiten werden die leitenden Personen des Streiks am heftigsten angegriffen, von dem Kohlen Syndikat und von der Presse der Anarchisten. Das überrascht mich nicht einmal, man kann nicht einmal sagen, die Extreme berühren sich, denn es ist eine gewisse Geistesverwandtschaft zwischen dem Anarchismus und der Anarchie, die im Ruhrgebiet gegenüber dem Bergarbeiter herrscht. Dort herrscht allerdings das Gegenteil von Gesetzmäßigkeit, das Gegenteil von Besonnenheit, und der Anarchist, der in diesem Lohnwahn mit seinem Rechte zu kommen glaubt, ist durchaus geistesverwandt mit den Herren vom Kohlen Syndikat.

Was wollen denn nun die Bergarbeiter? Ich will die Forderungen nicht im einzelnen darlegen, das würde zu weit führen, sondern nur in großen Zügen. — Ich werde Ihnen auch nachweisen, daß die ganze Sache nicht vor den Landtag gehört. — Die Gewerbe-Ordnung und das Vergesetz schreiben vor, daß vor Erlass oder Aenderung der Arbeitsordnung die Arbeiter gehört werden müssen. Diese Bestimmung ist von der Zeche „Bruchstraße“ in der flagrantesten Weise übertreten worden. Von etwa 1200 Arbeitern haben sich über 1100 gegen die Aenderung der Seilfahrt erklärt; man hat sie aber trotzdem durchgeführt. Wenn die Gesetzesbestimmung nicht nur dekorativen Wert hat, so muß sie doch bedeuten, daß, wenn sich die Mehrheit der Arbeiter — und hier waren es sozusagen alle — gegen eine Aenderung der Arbeitsordnung erklärt, diese nicht erfolgen darf. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Andernfalls hätte der Gesetzgeber das Volk nur irreführt, und das kann ich nicht annehmen. In erster Linie steht die Tatsache, daß auf Zeche „Bruchstraße“ auch das formelle Recht, das Gesetz, übertreten worden ist und daß dann der Wille des Gesetzgebers willkürlich durchbrochen worden ist. Nun wurden die Unternehmer vor das Einigungsamt geladen. Hier ist wieder eine Lücke in unserem Reichsgesetz. Die Herren sind nicht gekommen, haben die Einladung nicht angenommen, und nun steht das Oberbergamt, das sich in dieser Sache durchaus korrekt nach dem Gesetz benommen hat, da und weiß nicht, woher und wohin. Wir müssen den

Ercheinungs- und Verhandlungszwang

für die Einigungsämter einführen.

Es wird gesagt, die Arbeiter seien unter Kontraktbruch in den Streik getreten. Gerade das war es, was der Minister Müller so sehr bedauert hat. Ich behaupte, daß von Kontraktbruch der Arbeiter keine Rede sein kann und werde später den Beweis dafür führen. Aber wer den Vergamm und die Bergarbeit kennt, dem ist es selbstverständlich, daß, wo die eine Zeche streikte, auch auf den anderen Zechen, die noch der befristeten Hilfe leisteten, aus kameradschaftlichem Sinne die Arbeit eingestellt wurde. Die oft müssen die Kameraden unten in der Tiefe unter Einwirkung des eigenen Lebens einen Kameraden vom Tode retten! Wie oft in den schmalen Wetterpfad hineinstiegen, wie oft unter Aufopferung ihres eigenen Lebens Menschenpflicht und Christenpflicht im besten Sinne des Wortes erfüllten!

Und von denselben Leuten sollte man verlangen, daß, wenn ihre Kameradschaft im Streik steht, sie kalten Herzens dabei stehen sollten, wie die Kameraden sich verhalten? Da müßte der Bergmann nicht Bergmann sein, dann würde die Zahl der Unglücksfälle ins Unzählbare steigen, dann gäbe es keinen Todesmut, keine Opferfreudigkeit mehr und ohne das

Höchste Maß von Kameradschaftlichkeit

ist der Bergbau nicht zu treiben. Aus dem Leben des Bergmanns müssen sie diese Vorgänge erklären. Freuen Sie sich doch, daß nicht alle Menschen jeden Pfennig zwei- und dreimal umdrehen, um zu überlegen, ob die Ausgabe auch ihrer Person nützt. Wenn dieser Idealismus, den die Bergarbeiter gezeigt haben, aus dem Volke verschwände, bräde die moralische und sittliche Verwundung rettungslos herein. Man hat uns oft die Bilder der großen Industrieführer vorgegemalt, die gar nicht mehr aus dem Eisenbahngang, dem Schlafwagen, herankommen, immer bestrebt, mehr Geld zu verdienen. Selbstverständlich genießen diese Leute in manchen Kreisen große Achtung, wirkliche Menschen, Vollmenschen, sind sie meiner Meinung nach nicht. Ich freue mich, daß sich die Bergarbeiter auf den Anruf hin vollkameradschaftlich, vollbrüderlich gezeigt haben. Es ist nicht wahr, daß ein Kontraktbruch vorliegt. Ich kann mir, der ich nicht Jurist bin, keinen Kontraktbruch vorstellen, wo kein Kontrakt vorliegt. In einem kontraktlosen Zustand ist ein Kontraktbruch unmöglich. Der vertraglose Zustand besteht aber seit Jahren dadurch, daß von den Zechen seit Jahren unter Ausbeutung der Notlage der Arbeiter Kontraktbrüche verübt worden sind. Alle diese jetzigen Verträge sind nach dem § 131 des Bürgerlichen Gesetzbuches ungültig. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Seilfahrt soll nach der Arbeitsordnung in der Regel nur eine Stunde dauern. Seit 1899 ist sie nach und nach auf den meisten Gruben, ohne daß die Arbeitsordnung geändert worden wäre und ohne besonderen Anschlag auf den Zechen, bis auf 1 1/2 Stunde ausgedehnt worden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das „Berliner Protokoll“ von 1889 setzte die Arbeitszeit auf acht Stunden und die Ein- und Ausfahrt auf je 1/2 Stunde fest.

Vertragsbruch der Schlotdrone.

Herr Müller sagte im Abgeordnetenhaus ganz richtig, daß das Berliner Protokoll von den Unternehmern niemals akzeptiert worden sei. Warum aber haben Sie, Herr Minister, nicht auch mitgeteilt, daß der bergbauliche Verein am 18. Mai 1889 folgende Erklärung abgegeben hat: Was die Wünsche der Deputierten eines Teils unserer Bergarbeiter anlangt, die in den Berliner Verhandlungen laut geworden sind, so stehen wir nicht an zu erklären, daß wir rückhaltlos unseren ganzen Einfluß ausüben werden (Lebhaftes Hört! hört! bei den Sozialdemokraten), um die Arbeitszeit auf 8 Stunden zu begrenzen. (Hört! hört!) Es steht ferner u. a. darin, daß die Ein- und Ausfahrt nur eine halbe Stunde dauern dürfe (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten), daß nur a u s a h m s w e i s e U e b e r s c h r i t t e n gemacht werden dürfen bei dringenden Arbeiten in der Grube, und zwar nur auf Grund einer vorhergehenden Verständigung mit den Arbeitern. (Hört! hört! b. d. Soz.) Insbesondere sollen die Arbeiter, welche an einer Ueber-schicht nicht teilnehmen wollen, ungehindert zur gewöhnlichen Stunde aus- und einfahren können. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ich erkläre hier vor aller Welt: Diese Verpflichtungen, die der bergbauliche Verein auf sich genommen hat, sind in allen ihren Teilen schon seit Jahren durchbrochen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Also selbst nach dem Berliner Protokoll haben die Zechenbesitzer schon wieder Bestimmungen getroffen, die sie nicht gehalten haben. Hier liegt also ein Verbruch der Unternehmer vor! (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Im Sommer 1904 wurde auf der Zeche „Konstantin“ die Seilfahrt um eine Viertelstunde verlängert, ohne die Arbeiter zu fragen, ohne auch nur einen Anschlag zu machen, in dem die Arbeiter hätten Stellung nehmen können. Auf der Zeche Mont Cenis I prangt ein Anschlag: „Die Seilfahrt dauert von 5—1/2 Uhr“. Tatsächlich muß aber jeder Arbeiter um 1/2 Uhr auf der Zeche sein, sonst wird er bestraft. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Achtstunden-

schicht im Ruhrgebiet ist schon lange nicht mehr bestehend. Ein-schließlich des Aufenthalts dauert sie vielmehr 9 1/2—10 Stunden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Verlängerung der Seilfahrt ohne weiteres ist ungehörig, das hat schon der Abgeordnete Brust im Abgeordnetenhaus ausgeführt. Ich stelle ferner fest, daß, wenn die Arbeiter am Schluß der Schicht um 2 Uhr ausfahren wollen, darauf nicht geachtet wird, sondern es werden erst die noch vorhandenen Kohlen hinaufbefördert, und dann können die Arbeiter 1/4 oder 1/2 Stunde im Schacht auf das Ausfahren warten. Wenn technische Gründe dafür maßgebend sein sollen, daß den Arbeitern der unterirdische Aufenthalt immer mehr verlängert wird, dann wäre es am besten, jedes Gesetz und jede Verordnung aufzuheben und den einzigen Paragraphen aufzustellen: „Ueber das, was gütlich ist, bestimmen nur die Herren, die vor dem großen Geldsack sitzen.“ (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Im Ruhrgebiet sind 200 000 Bergarbeiter, seit 1900 sind es um 40 000 Arbeiter mehr geworden; obgleich die Unternehmer fortwährend sagen, es bestehe eine Krise, hat man die 40 000 Arbeiter herangezogen, und es werden fortwährend Feiertagen eingesetzt und der Lohn wird verschlechtert. Trotzdem sind beständig Agenten zur Heranziehung weiterer Arbeiter tätig. Es sind 20—30 000 Bergarbeiter im Ruhrgebiet zu viel vorhanden, die ostwärts würden gern in ihre Heimat zurückkehren, wenn sie die nötigen Mittel dazu hätten. Viele Tausende von ausländischen Arbeitern werden herangezogen und in die Grube gesteckt, ohne daß sie die geringste Achtung vom Bergbau haben. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Darauf sind die

zahlreichen Grubenunfälle

zurückzuführen. Man hat sich eine Reserve-Armee angeschafft, um eine merkwürdige Lohnregulierung durchzuführen.

Die Löhne weisen seit 1900 eine für die Arbeiterschaft außer-ordentlich bedeutende Reduktion auf. Abg. Hirsch, als Syndikus der Handelskammer in Essen, mußte natürlich im Landtage von großen Löhnen der Arbeiter sprechen; er hat das ermöglicht, indem er sich auf die für die Berechnung der Krankengelder zugeschnittene Statistik des Knappschaftsvereins bezog. Hier werden die Gesamt-löhne für einen Monat durch die 25 oder 26 Arbeitstage dividiert. Der so erhaltene Durchschnitt entspricht aber nicht den wirklichen Tageslöhnen. Den Lohn von 4,80 bis 5 Mark hatten 1889 noch 68 000 Arbeiter, jetzt nur 24 000! (Hört! hört!) Herr Hirsch hat da ein Zahlen-spielerei-stückchen angewandt! Die Höchsthöhe betragen im ersten Quartal 1899 noch 4,90 M., im dritten Quartal 4,79 M. Seit dem dritten Quartal des Jahres 1900 sind die Tageslöhne der Heuer um 45 Pfennig zurückgegangen.

Es besteht die gesetzliche Bestimmung, daß die Bedinge durch gegenseitige Vereinbarung zwischen der Zechenverwaltung und den Arbeitern alle 10 Tage neu festgesetzt werden sollen. Bei wenigen Zechen nur wird diese Bestimmung befolgt. — Die Bedinge werden meistens einfach zugewiesen; — nach dem Gesetze ist dann der ortsübliche Tageslohn zu zahlen. Aber statt dessen bekommen viele Arbeiter bei ungünstigen Bedingen nur

2,50 bis 2,80 M. Tageslohn.

Wenn nichts anderes verabredet ist, so muß die Aenderung des Bedinges dem Arbeiter so früh mitgeteilt werden, daß er in der Lage ist, von seinem Kündigungsrecht Gebrauch zu machen. Tut er das nicht, so gilt die Herabsetzung des Lohnes als angenommen. Nach den meisten bestehenden Arbeitsordnungen können die Arbeiter nur am 15. kündigen. Da wird es nun so gemacht, daß der Steiger am 16. oder 17. mit einem neuen Beding kommt. Die Folge davon ist, daß dem Arbeiter sein gesetzlich gewährleistetes Recht gar nichts nützt, denn er muß mit seiner Kündigung warten bis zum nächsten 15. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Am Ersten tritt aber schon das Bedinge in Kraft, so daß er gegen seinen Willen, gegen Gesetz und gegen Arbeitsordnung vom Ersten bis zum nächsten Ersten unter dem ihm einseitig aufgenötigten neuen Bedinge arbeiten muß. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Dazu kommt noch, daß die Arbeiter auf allen den Zechen, wo nur am 15. gekündigt werden kann, unmöglich Arbeit bekommen, falls sie etwa nicht am 15. gekündigt haben; b. h. wenn der Mann am 16. oder 17. das neue Bedinge nicht annehmen will, so kann er natürlich gehen, aber er kann von Pontius zu Pilatus laufen, ehe er eine neue Stellung bekommt. Denn wenn der Betriebsführer der Zeche nur sieht, daß der Mann nicht am Ersten, sondern einige Tage später die Arbeit bekommen hat, so wird er nicht angenommen. Auf diese ganz einfache Weise hat man so eine Art

Schwarzlistensystem

geschaffen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Unter diesen Umständen sieht der Arbeiter von der Kündigung ab, nimmt das willkürlich festgesetzte Bedinge an, und der § 138 des Bürgerlichen Gesetzbuches kommt zur Anwendung, da eine Not-lage des Arbeiters anzugeben worden ist. Weil nun ein solcher Vertrag, der unter Ausbeutung der Notlage geschlossen ist, null und nichtig ist, liegt bei diesem Streik kein Kontraktbruch vor. (Lebhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Ueber das Wagen-u n f e n sind außerordentlich merkwürdige Anschauungen verbreitet, nicht zum wenigsten durch die Schuld des preussischen Vorkämpfers im Landtag. Das Rullen soll geschehen, wenn — das Gesetz spricht darüber ganz genau — die Forderung im Wagen nicht rein oder nicht groß genug ist. Das Rullen der Wagen soll von den Arbeitern i n b e r w a c h t werden. Eine ganz schöne Bestimmung! Es heißt ferner im Gesetz — damit man sieht, wie wenig hier von Kontraktbruch gesprochen werden kann — daß der Inhalt dauernd ersichtlich gemacht werden muß. Ich stelle fest, daß eine dauernde Kennzeichnung des Wageninhalts in den meisten Gruben nicht vorhanden ist. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Arbeiter fahren die Wagen mit der Kohle nur bis zum nächsten Sammelplatz; von da an ist ihnen jede Kontrolle über sein Produkt genommen. Nicht die geringste Kontrolle, nicht die geringste Kenntnis vom Schicksal seines Arbeitsprodukts, das durch Umschützen des Wagens, Zerunterfallen von Steinen, Zusammenfallen infolge des Schüttelns usw. Veränderungen er-leiden kann, hat von diesem Augenblick an der Arbeiter. Wer von Ihnen, in Ihrem Zivil-Verhältnis, wird es zugeben, daß er bestraft werde, ohne die geringste Kontrolle zu haben über das, warum er bestraft wird? Man sagt, warum stellt Ihr Arbeiter keine Kontrollleure an? Ja wir haben es bisweilen, so auf der Zeche „Herules“ versucht, einen Kontrolleur auf unsere Kosten anzustellen. Da erklärte der Direktor: Genieß, das Gesetz läßt solche Arbeiterkontrollleure zu, wir aber erlauben sie nicht. Das sind die Zechenbesitzer, die so große Achtung vor dem Gesetz haben! Die Arbeiter verlangen durchaus nicht Abschaffung der Strafe, sie wollen nicht bezahlt bekommen für totes Gestein. Aber sie verlangen

Erzähl des Rullens durch das Wiegen.

In England besteht das Wiegen schon statt des Rullens, ebenso auch im Saargebiet! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ja, auch in 20 Ruhrgruben wird nicht mehr gemull! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wenn die Arbeiter selbst auf ihre Kosten einen Kontrolleur anstellen wollen, wenn sie ihre Bestrafung nur auf Grund des Wiegens wollen, so nennen die Zechenbesitzer das Annahm der Arbeiter! Die Anschauung über die Höhe des Rullens hat gewechselt: In der Denkschrift von 1890, nach dem großen Streik, wurde es für auffallend hart erklärt, daß auf einigen Zechen bis zu 2,5 Prozent gemull wird. Jetzt aber wird auf fünf Zechen mit einer Belegschaft von 10 000 Mann mehr als 3 Prozent gemull! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Höhe des Rullens kann nicht summarisch berechnet werden. Es gibt Zechen, wo über-haupt nicht gemull wird, weil die Beamten sagen: Die Arbeiter können in der schlechten Beleuchtung nicht immer unterscheiden, was Kohle und was etwa Glimmerschiefer sei. Diese geben uns also recht.

Auf anderen wird desto mehr gemull. Nur einige Beispiele. Auf der Zeche „A s e n b a c h“ wurden einer Kameradschaft von 25 Wagen 24 gemull, auf einer anderen Zeche kam eine Kameradschaft durch das Rullen auf täglich 2 M. Abzug. Wenn man dies ganze System des

Wagenmüllens betrachtet, kann man begreifen, wie groß die Ent-pörung ist. Man darf auch nicht vergessen, daß es sich hier um be-tr ä g e r i s c h e Manipulationen handelt. Es kommt häufig vor, daß Kameraden Wagen gemull werden, die gar nicht auf der Zeche ge-arbeitet haben. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Es ist nachweislich, daß gewisse höhere Beamte lediglich aus Eitelkeit, aus Rache Wagen rullen. Ein solcher Beamter hatte ein

festes Pensum,

er mußte täglich 62 Wagen. Einen Tag hatte er das Wagenmullen vergessen — vielleicht hatte er sonst viel zu tun gehabt, auf einmal fällt ihm die Unterlassung ein und da hat der Mann dann die kommenden Wagenzüge rundweg alle 62 weggemull! (Lebhaftes Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Der betreffende Beamte verhielt sich heute seinen Dienst. Er hat auch einem Arbeiter Wagen gemull, der an dem betreffenden Tage gar nicht auf der Zeche war. Diese wenige Beispiele genügen, die Unhaltbarkeit dieses geradezu empörenden Systems darzutun. (Sehr wahr! bei den Sozialdemo-kraten.) Und es ist nicht etwa so, daß die gemullten Wagen nicht gebraucht würden, sie werden ebenso gut verkauft wie die anderen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten) oder sie werden für den eigenen Betrieb verbraucht. Die Unternehmer also haben noch ihren Nutzen von den gemullten Wagen. Außer den Abzügen für das Rullen der Wagen müssen die Kamerad-schaften obendrein noch Geldstrafen zahlen. Das kann doch unmög-lich so weiter gehen, es handelt sich um eine Verwirrung aller Rechtsbegriffe und um ein Verlassen des Rechtsbodens, wenn man auf diese Weise die Arbeiter zurückdrängt. Es wird uns gesagt, eine Anzahl von Zechen muß überhaupt nicht, auf anderen wird es in humaner Weise gemacht, aber es gibt auch eine große Anzahl von Zechen, auf denen die Arbeiter

bis aufs Blut gereizt werden.

Angeblieh fliehen die Gelder aus dem Rullen überall in Unter-stützungsklassen. Aber wer hat die Kontrolle darüber? (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Es gibt Zechen, die die Arbeiter zur Verwaltung der Unter-stützungskassen mit heranzieht. Aber auf einer großen Zahl von Zechen erfahren die Arbeiter nichts über eine Abrechnung, und als auf Zeche „Herules“ das Verlangen nach einer öffentlichen Ab-rechnung gestellt wurde, da erklärte der Direktor: „Fällt uns nicht ein, wir wollen Herr im Hause sein!“ (Hört! hört! bei den Sozial-demokraten.) Die Zeche „Deutscher Kaiser“ hat im vorigen Jahre 45 000 M. für gemullte Wagen eingenommen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wenn es sich um so große Beträge von Arbeiter-geldern handelt, wie sie bei dem Wagenmullen in Betracht kommen, so ist es doch kein unbilliges Verlangen, wenn die Arbeiter erfahren wollen, was mit dem Gelde vorgeht. (Sehr richtig! b. d. Sozialdemokraten.) Wenn nur ein Funken von Gerechtigkeit bei den Zechenverwaltungen wäre, müßten sie darüber gar nicht erst streiten. Aber man weiß den Arbeitern die Lir, wirft sie einfach auf die Straße hinaus, wenn sie ihr eigenes Geld zu verwalten beanspruchen. Da kommen nun alle möglichen Differenzen. Im Laufe der Jahre hat sich gegen die Zechenverwaltungen ein außerordentliches Mißtrauen der Arbeit-erschaft herausgebildet — ob mit Recht oder Unrecht, kann jetzt ganz gleichgültig sein. Als Herr Stinnes die Zeche „Halenwinkel“ kaufte, hatte er nichts eiligeres zu tun, als den Arbeitern das Wahrecht zu den Unterstützungskassen zu nehmen. Bis dahin war alles ruhig und friedlich gewesen: seitdem sucht es Herr Stinnes der Verwal-tung möglichst schwer zu machen.

Wie gering die Löhne und wie wenig auskömmlich sie sind, können sie schon daraus erfahren, daß die Arbeiter genötigt sind, in vielen Fällen 30, 35 bis 45 Schichten im Monat zu verfahren. Ich selbst habe dieser Tage einen Mann gesprochen, der für 41 Schichten im Monat 128 M. verdient hat. Nun stellen Sie sich vor, wie unsere Gruben heute sind. Heiß, n a h, oft muß der Arbeiter splitternaht arbeiten. Daß in der fürchterlichen Hitze Doppelschichten von 12—16 Stunden verfahren werden, ist ein

unerhörter Skandal.

Früher war im Bergbau das Verfahren von Doppelschichten verboten, heute in der Zeit moderner Kultur ist es gang und gäbe geworden. Wenn die Arbeiter unter diesen Verhältnissen 16 Stunden arbeiten, mit einem Stück Brot und einem kalten Schluß Kaffee als einziger Nahrung, da kann man sich nicht wundern, daß die Berg-arbeiter-schaft körperlich degeneriert. Das Alter, in dem durchschnittlich die Invalidität eintritt, war 1861/65 50, 1892/93 44 Jahre! Sechs Jahre des Lebens hat den Arbeitern die moderne Entwidlung geraubt. Nun beruft sich der Minister darauf, daß bei Temperaturen über 29 Grad nur 6 Stunden gearbeitet werden soll. Braut hat schon als erfahrener Bergmann gesagt, daß diese Bestimmungen a u f d e m Papier stehen, und nicht eher Wirklichkeit werden können, als bis die Arbeiter selbst an der Kontrolle beteiligt sind. Die Unfälle stiegen im Ruhrgebiet von 75 im Jahre 1886 auf 124 im Jahre 1900, auf 147 im Jahre 1903. (Hört! hört! bei den Sozial-demokraten.) Die entschuldigungs-pflichtigen Unfälle stiegen in den-selben Jahren von 9 auf 14 auf 17 pro Tausend. Krank waren von 100 Arbeitern im Bochumer Knappschaftsverein 1886 51, 1898 53, 1900 63 und 1903 71. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Bei einer Arbeit mit solcher Lebensgefahr, mit solchen Schädigungen für die Gesundheit, und der Notwendigkeit einer entsprechenden fräftigen Ernährung ist der Tageslohn nicht als s o annehmbar anzusehen als bei einem anderen Beruf. — Aber trotz der schlechten Lohnverhältnisse wäre es zu dem kolossalen Kampfe nicht gekommen, wenn nicht die

barbarische, empörende Behandlung

hinzugetreten wäre! — Das war Mißhandlung! — Aber die Organisation ist nicht wirkungslos geblieben! Auch die Leute, die nicht selbst Prügel bekommen haben, aber gesehen haben, wie ihre Kameraden gemißhandelt wurden, — sie traten mit in den Aus-stand, — Leute, die sieben oder acht Mark den Tag verdienen! Ein erhabener Kampf ist das, nicht aus materiellen, sondern aus moralischen Gründen, aus Solidarität. — Gewiß gibt es hoch-anständige Beamten, hochanständige Verwaltungen, so daß der Arbeiter sagen kann: das ist ein Mann, mit dem sich ankommen läßt! Aber Ausnahmen sind diese Brutalitäten nicht! sonst wären sie leiter aus der Welt zu schaffen. — Da muß die Regierung nun zugreifen und sagen: Ihr habt das Recht, eure Menschenwürde zu wahren! — Die Herren von der Regierung werden ja auf ihren Bank reichlich Material von uns geliefert bekommen und sehen, ob es wahr ist, daß der Streik aus Willkür entstanden ist. — Hatte sich jemand bei einem Steiger zu beschwerten, so wurde er nachher von den Kameraden gefragt:

„Hast Du den Gummischlauch bekommen?“

Das ist unsere Beschwerdeinstanz! Ein Kamerad wurde wegen einer Beschwerde von dem Steiger in die Stube gezogen und geprügelt, daß ihm das Blut aus Mund und Nase kam! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) — Die Schimpfwörter, die ständig gegen die Arbeiter gebraucht werden, sind empörend! Einen großen Teil könnte man hier aus Anstandsgründen nicht wiedergeben! — Wenn das so weiter geht, so bedeutet das, daß der Arbeiterschaft systematisch das Ehrgefühl vernichtet wird. Was kann das schließlich dem Vaterland nützen, wenn ein so wichtiger Teil der Arbeiterschaft demoralisiert wird! Ich will hier noch einen Fall vortragen. Auf der Zeche Reumühl wollte ein Arbeiter in der Mitte des Monats einen Vorstoß haben, also eine Abschlagszahlung auf seine schon geleistete Arbeit. Da gab ihm der Kassierer folgenden Bettel: „Der Bauer kann eine Tracht Prügel von 10 Schlägen (in Worten: zehn Schlägen) empfangen und mit nach Hause nehmen!“ (Hört! bei den Sozialdemokraten und im Zentrum.) Ja glaube, wir haben diesen Zettel der Regierung mit vorgelegt. Soll sich die Arbeiterschaft da nicht schließlich auflehnen und sich fest und trenn zusammen-scharen gegen die Zechenbesitzer? Wer das nicht zugibt, der soll auch seinen Schiller und Goethe nicht zitieren, der mag sie in der Glas-skrant schießen! Aber wir wissen, es gibt noch ein Ideal in der Menschheit, und wir wollen für dies Ideal, für unsere Menschwürde eintreten! In der Geschichte lernen wir, wie aus vielen Unbesonnen-

Welten große Wohlthaten entstanden sind, so daß man fast sagen könnte: Erst muß eine Unbesonnenheit geschehen, ehe etwas Gutes herankommen kann. — Was die Arbeiter fordern, ist nichts Unbilliges. Es ist auch nicht wahr, daß die Besenbesitzer über-rascht sind. Im Gegenteil! Die Besenbesitzer haben gewünscht, was kommen würde, sie haben mit einem geradezu systematischen Raffinement die Arbeiterschaft zum Aufruhr bringen wollen! Wir aber sind zufrieden, wenn unsere Forderungen bis 1907 durchgeführt werden, sofern nicht der Reichstag es vorzieht, die Sache vorher durch Gesetz zu regeln. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Wir verlangen bei 28 Grad Celsius die stündliche Schicht. Wir verlangen, daß das Wagenmuller beseitigt wird und dafür das Wiegen eingeführt wird, wie es in England schon seit langem besteht. Wir verlangen Wagen-kontrolluren, die von der Arbeiterschaft angestellt werden, und sind bereit, sie zu bezahlen. Wir verlangen einen bestimmten Minimal-lohn. Heute besteht ja ein Maximallohn; wenn ein Arbeiter über 5 M. verdient, so wird ihm das übrige abgezogen, und damit ist das ganze Gerede von dem Ansporn des Preis des Arbeiters, damit er recht rasch ein reicher Mann werden kann, ad acta gelegt. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Der Minimallohn hat aber auch bereits seine notwendige Grundlage in den festen Preisen des Syndikats. Mit diesem ist die Basis für einen Tarifvertrag im Verg-betriebe gegeben. Wir verlangen die

Anerkennung der Berufsvereine.

Hätten wir sie schon gehabt, dann wäre ein Streik unmöglich gewesen, denn wir waren von vornherein die legitimen Vertreter der Arbeiter gewesen. Und wenn es zu Verhandlungen kommt, dann kommt es auch zu einem Friedensschluß. Auch die Unter-nnehmer werden einsehen, daß, wenn sie auch Zugeständnisse machen müssen, so doch dabei gut fahren. Wir verlangen die Einführung von Grubenkontrolluren, die Befestigung der vielen harten Strafen und humane Behandlung — also nichts anderes, als was uns nach dem bürgerlichen Recht schon zukommt. Daher auch die wunderbare Einigkeit unter den Arbeitern. Wir haben die Reichsregierung gefragt, welche Maßregeln sie zum Schutze der Arbeiter zu ergreifen gedenkt? Wie haben es bei dem Ausbruch der Wagen mit einem bürgerlichen Recht der Arbeiter auf ihren Lohn zu tun. Weiter fragen wir, was der Reichsminister gegen die Ausbreitung des Subtilitäts durch die hohen Kohlenpreise zu tun gedenkt. Der Streik ist eine Folge von Maßregeln, um höhere Kohlenpreise zu bekommen. Nachdem die Unternehmer sich so prozig gestellt haben den Arbeitern gegenüber, die sich ordnungsmäßig verhalten haben, hat man in weiten Kreisen des Volkes den Eindruck gewonnen, daß der Streik zu dem Zwecke inszeniert ist, um durch

nach höhere Kohlenpreise das Volk ausbeuten zu können.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Man verfolgt auch den Zweck, die Arbeiterorganisation zu zerstören. Wenn das geschähe, so würde die Anarchie im Bergbau, die wir bisher vermieden haben, erst recht zum Durchbruch kommen. (Sehr richtig! bei den Sozial-demokraten.) Wir haben eine gesetzliche Organisation und die An-erkennung der Behörden, daß wir die gewaltige Bewegung muster-haft dirigieren. Wenn die Organisation nicht mehr da ist, dann kommen die Streiks in die Hände von Elementen, die sagen: Pro-nihilo! Die Kohlenpreise sind seit 1889 ungeheuer gestiegen, am 1. Oktober sollen noch höhere Preise in Kraft treten. Unternehmer-blätter schreiben, daß manchen Besen der Streik willkommen sei, der „Berliner Börsen-Courier“ weist darauf hin, daß der Streik das Kohlengeschäft günstig beeinflussen, und auch die „Berliner Morgenpost“ hat auf das gute Geschäft in Kohlen infolge des Streiks hingewiesen; das selbe finden sie in der ganzen Börsen-presse. Wie alle Gelegenheiten vom Kohlenhandel ausgenutzt werden, dafür ist das Siegerland ein Beispiel. Die Regierung jetzt für das arme Land die Tarife herab, sofort erhöhte das Kohlen-syndikat die Preise für das Siegerland um denselben Satz. So geht das Kohlenhandel als Händler vor: es hat einfach die Kohlenhändler außer Brot gesetzt. Es beherrscht den ganzen Kohlenhandel, die ganze Kohlenzufuhr, und wenn das Schlepplimonopol für den Kanal so glatt angenommen wird, wie es im Abgeordnetenhause geschehen ist, so kommt das Lebhüch aus der Ansicht her, daß wenn das Schlepplimonopol dem Staate nicht zukommt, das Kohlenhandels erhalten wird. Wir ziehen einer Organisation gegenüber, die sich gegen alles, was Staat und Gemeinde im Interesse der Allgemeinheit schaffen, wendet, die alles illusorisch macht, das ganze Gebiet für sich in Anspruch nimmt. Warum ist die Regierung nicht längst ernsthaft in der

Frage der Syndikatsangehörigen

vorgegangen? Es wird mit ihr schließlich gerade so gehen, wie mit der Verg- und Gewerbegesetzgebung, die einfach vor der Uebermacht des Syndikats in die Brüche gehen wird. Die Macht des Syndikats wird schließlich derartig steigen, daß sie sich über den Staat hebt und erklärt: der Staat bin ich! (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Und hier handelt es sich nicht allein um deutsches Kapital, die Gruben kommen in immer größerem Umfange in die Hände fran-zösischer und belgischer Kapitalisten. Können diese Unternehmer nicht bei kriegerischen Verwickelungen ebenso gut streiken, um uns zu schaden, wie jetzt die Bergarbeiter streiken, um Recht zu bekommen? Auch darauf sollte die Regierung ihr Augenmerk richten. Die Ein-mütigkeit der Arbeiter beruht vor allem auf die Empörung über das Besen-Sillegen und über das Kohlenhandels. Wenn die Regierung an diesem Punkte ansetzt, diese Stimmung des Volkes benutz, wenn sie von autoritativer Stelle erklärt, was sie

zum Schutze der Arbeiter und Kohlenverbraucher

zu tun gedenkt, so wird dies ein innerpolitischer Augenblick von größter Bedeutung sein. Herr Stöcker hat diesen Gedanken sehr scharf in seinem Blatt „Das Reich“ formuliert, indem er schreibt: Die kaiserliche Politik von 1889 muß wieder aufgenommen werden. Regierung und Kohlenhandels können nicht zusammengehen; Regie-rung und Bergarbeiter gegen das Kohlenhandels; das wäre die nationale Parole! — Wenn die Regierung nicht in der Lage wäre, dem Kohlenhandels ihren Willen aufzuzwingen und diesen un-geheuren Kampf zu beenden im Wege des Vergleichs, da müßte sich im Volke das Gefühl festsetzen, daß sie dem Unternehmertum gegen-über ohnmächtig ist. Wir haben dann keine Regierung mehr, sondern nur eine Verwaltung. Das Volk denkt: dann sollte man doch lieber Herrn Nordhoff zum Reichsminister und Herrn Stinnes zum Handels-minister ernennen.

Glauben Sie ja nicht, daß dieser Kampf kurz sein wird. Die Arbeiter haben A gesagt und werden auch das ganze Alphabet herunterlesen. Wenn dieser Kampf nicht auf dem Wege des Ver-gleichs beendet wird, so glauben Sie ja nicht, daß er aus dem Mangel an finanziellen Mitteln zusammenbricht. Das ganze Volk ist mit uns. In den Versammlungen riefen mir die Arbeiter, wenn ich auf die finanziellen Mängel hinwies, zu: „Wir haben bei der Arbeit gehungert, wir werden

auch im Auslande hungern können!“

Es kommt an auf die Aufrechterhaltung des Rechts gegenüber der Ungerechtigkeit der Großkapitalisten. Wenn in diesem großen Augenblicke der Geschichte keine großen Personen in der Regierung sind, dann bedeutet das einen Wendepunkt in der deutschen Ge-schichte, wie er seit langer Zeit nicht gewesen ist. Ich frage also: Was will die Regierung tun für die Sache der Gerechtigkeit? (Leb-hafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Zur Beantwortung der Interpellation erhält das Wort Reichsminister Graf Bälou:

Der preussische Handelsminister Müller wird die Interpellation Auer und Genossen im einzelnen beantworten. Ich will aber seinen Ausführungen ein paar Worte vorausschicken über eine Frage, die im Vordergrund des Interesses steht, nämlich über die Frage der Stellung der Regierung in diesem Streike. Ich habe bereits im preussischen Abgeordnetenhause gesagt, daß die Regie-rung nach meiner Ansicht eine doppelte Aufgabe hat. Sie muß zunächst dafür sorgen, daß Ordnung und Ruhe unter allen Umständen aufrechterhalten bleiben. Sie will aber auch durch ihre Organe auf den Ausbruch der Gegenstände hinwirken und damit für unser gesamtes

wirtschaftliches Leben großes Unheil nach Möglichkeit verhindern. Ich nehme An von der Erklärung des Herrn Vorredners, daß die Ruhe im Ruhrrevier durch die Arbeitnehmer nicht gestört werden wird und hoffe, die Ereignisse werden ihm recht geben. Ich will aber nichtdestoweniger auch hier

keinen Zweifel darüber lassen, daß die preussische Staats-regierung die vollen Nachmittel des Staates einsetzen wird, wenn der im Ruhrgebiet entsetzte Lohnkampf in Erzesse ausarten sollte

(Unruhe bei den Sozialdemokraten.) Die bisher im allgemeinen vom Gros der Bergarbeiter beobachtete ruhige Haltung überdebt mich nicht der Mahnung an die Arbeitnehmer, der eindringlichen Mahnung an die Arbeitnehmer, sich nicht zu Gewalttaten hinreissen zu lassen. Insbesondere ist es die

Pflicht der Behörden, die persönliche Freiheit zu schützen. (Unruhe bei den Sozialdemokraten.) Wenn der Mensch das Recht zum Streik hat, so hat er doch auch das Recht zum Arbeiten (Sehr richtig! rechts) und dieses Recht muß gegenüber jeder Art von Terrorismus nachdrücklich geschützt werden.

(Ironisches Bravo! bei den Sozialdemokraten.) Ich beklage es tief, daß noch keine Einigung zustande gekommen ist. Die zur Ver-mittlung berufenen Staatsorgane haben jedenfalls das ihrige getan und sie werden um ihre Vermittlerrolle in der gleichen vorläufigen Richtung auch weiter bemüht sein. Von der einen Seite wird alle Schuld an dem Ausstand auf die Arbeitgeber geschoben, und gewiß, meine Herren!, wenn die von dem Herrn Vorredner vorgebrachten Vorwürfe, insbesondere der der Inhumanität tatsächlich begründet wären, so würden sie der allgemeinen Beurteilung gewiß sein. Von der anderen Seite wird die Verantwortung für den Streik ausschließlich auf die übertriebenen Forderungen der Arbeiter geschoben. Wenn die Vertreter der Grubenbesitzer den Wunsch der Staatskommission nach gemeinsamen Verhandlungen mit den Vertretern der Arbeiter ignorieren sollten, so würde ich das gerade so mißbilligen, wie ich trotz der nach meiner Ansicht verfehlten Rechtsfertigungsversuche des Herrn Vorredners die Einstellung der Arbeit ohne vorherige Kündigung mißbillige und bedauere. (Jury bei den Sozialdemokraten.) Das Berechtigte und unter Aufrechterhaltung des all-gemeinen wirtschaftlichen Gesamtinteresses Mögliche von dem Agitatoren und Utopischen zu scheiden, bedarf einer sehr sorgfältigen Untersuchung; eine solche gerecht vorzunehmen, dazu muß man sich von parteipolitischen Gründen und Spekulationen freier machen, als dies der Vorredner getan hat. (Jury bei den Sozialdemokraten: Da hört doch alles auf!) Ich bin von dem Herrn Vorredner angefragt worden, und ich habe davon auch in bürgerlichen Zeitungen in Auschnitten gelesen, die mir heute früh vorgelegt worden sind, über die angebliche Macht- und Kalkulation des Staates. Dabei tritt in unserer an die Küstung des Staates und die Staatshoheit gewöhnten Gesellschaft eine starke Miß-achtung hervor gegenüber den vereinigten Kapitalmächten der großen Besenbesitzer und Banken, die in der Hibernia-Angelegenheit sich bemerkbar gemacht hat und die der Herr Vorredner zu meinem Bedauern auszuspielen konnte. Wir stehen hier vor einem der schwierigsten Probleme, das in anderen Kulturstaaten ebenso wie bei uns noch der Lösung harret. Ich erinnere und weise hin auf die vereinigten Staaten, wo die Syndikats-, Kartell- und Trustbildung am weitesten vorgeschritten ist, wo aber eine weise Zentralverwaltung und ein weiser Präsident schon am Werke sind, das Gemeinwohl vor Schaden zu bewahren. Bei uns ist die Aufgabe in einer Richtung erleichtert. Ich denke dabei an die vorbildlichen Werke der deutschen Sozialpolitik, ich denke an das Gefühl der sozialpolitischen Verpflichtung, das die deutschen Unternehmer die großen und schweren Lasten, Opfer und Kosten für die Sozialpolitik tragen läßt, ich denke an die großartigen freiwilligen Wohlfahrts- einrichtungen für die Arbeiter. Aber auf der anderen Seite liegen die Verhältnisse bei uns besonders schwierig. Die Arbeiterorgani-sationen sind in Deutschland nicht aus wirtschaftlichen Bedürfnissen natürlich entstanden (Jury bei den Sozialdemokraten.) — lassen Sie mich bitte meinen Gedanken ausführen —, sondern sie sind, von dieser oder jener Ausnahme abgesehen, im wesentlichen Werkzeuge der politischen Parteien. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Wenn Sie das bestreiten, so weise ich Sie hin auf den Ursprung beispielsweise der Hirsch-Dunckerischen Ge-werkschaften, bei dem doch gewiß mitbestimmend das Motiv war, die Arbeiter gegenüber der genialen Agitation von Ferdinand Lassalle bei der fortschrittlichen Fabrik zu halten. Auch bei den christlichen Arbeitervereinen spielen Partei-interessen herein und nun vollends die sozialistischen Gewerkschaften! Sie sollten ja von Anfang an gar nichts anderes sein, als Exerzierplätze, als Manöverfelder für eine Partei des Umsturzes, als eine Schule für die Erziehung der Arbeiter zu einem Kommunismus, der das Ende unserer Kultur und der Tod der individuellen Freiheit ist. Was die englischen Gewerkschaften Großes geleistet haben, haben sie geleistet auf rein wirt-schaftlichem Boden, ohne jedes Ansehen der Partei. Was bei uns not tut — das betone ich auch gegenüber dem Herrn Vorredner, obwohl er sich bemüht hat, in seinen Ausführungen den Sozialdemokraten zurückzuweisen zu lassen hinter den Bergarbeiter — der Sozialdemokrat schimmerte aber doch durch. (Weiter-keit rechts.) — Was bei uns not tut, das ist die Emanzipation der in den Berufsvereinen aller Art organisierten Arbeiter von der Parteipolitik und namentlich von der Politik einer Partei, deren geistiges Oberhaupt schon vor Jahren und Jahrzehnten die Führer der englischen Gewerkschaften, weil sie die Lage der Arbeiter auf richtigem Wege — wamöglich ohne Streik — verbessern wollten — für Verräter erklärt hat, die jeden wirtschaftlichen Fortschritt unter der gegenwärtigen Staats- und Gesellschaftsordnung für ausgeschlossen erklärt, die auch in dem Glend eines unglücklichen Streiks, in einem nationalen Notstand — und ich würde eine Aus-dehnung des Streiks als nationalen Notstand betrachten — nur ein Mittel sieht zur Schürung des Hasses, zur Stärkung des Klassen-gefühls im Parteiinteresse. (Lebhafter Bravo! rechts, Unruhe links.) Was hat die sozialdemokratische Presse für eine Sprache gegen-über dem Streik geführt! — es ist möglich, daß die Führer aus praktischen und tatsächlichen Gründen in diesem Augenblick den Ausdruck des Streiks nicht gewollt haben — nachdem aber der Streik ausgebrochen ist, bringt jede Nummer jeder sozial-demokratischen Zeitung, insbesondere des „Vorwärts“, jeden Tag ganze Wagenladungen von Öl, die ins Feuer gegossen werden. Der Herr Vorredner hat der Regierung den Vorwurf gemacht, daß sie einen Mangel an Voraussicht gezeigt habe gegenüber diesem Streik und dabei hieß es in dem ersten Aufruf der sozialdemokratischen Partei über den Ausstand im Ruhr-gebiet in bezug auf die Regierung und die Volksvertretung: Doch unsere Regierungen sind Kapitalistenregierungen (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten), unsere Parlamente sind Kapitalisten-parlamente (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten) — wenn Sie (z. B. Soz.) das mit Ihrem „Sehr richtig“ unterstreichen, wenn Sie dieser Ansicht sind, dann verheiß ich nicht den beweglichen Appell des Herrn Vorredners an die Vertreter der Regierungen und an die Parteien dieses Hauses (Unruhe bei den Sozialdemokraten) entweder — oder! Entweder erwarten Sie von der Regierung und von diesem Hause, daß es ein Verständnis hat für die Arbeiter oder nicht. Wenn ja, dann verzichten Sie auf derartige Angriffe in Ihren öffent-lichen Auftritten. Weiter heißt es im Aufruf: „Die Regierung handelt nicht im Volkinteresse sondern im Interesse der Kapitalisten und deshalb haben die Bergarbeiter von den Bemühungen der Kommission des Herrn Müller nichts zu erwarten.“ (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) So erleichtern Sie (zu den Sozialdemokraten) uns die Verständigung im Ruhrgebiet, von der der Herr Vorredner behauptet hat, daß sie ihm am Herzen liege. Wenn Sie (zu den Sozialdemokraten) wirklich den Streik nicht provoziert haben, wenn der Streik sogar gegen Ihren Willen und Wunsch ausgebrochen ist, wo bleibt da die Hoffnung des Herrn Abgeordneten Debel, daß

es in seiner zukünftigen Gesellschaft und Produktion möglich sein wird, die unzufriedenen Elemente im Zaum zu halten? (Lachen bei den Sozial-demokraten.) Der Vorredner hat den Streik zurückgeführt auf die Taktik der Arbeitgeber und auf aufreizende Artikel der bürgerlichen Blätter. Meine Herren, so einfach liegen die Sachen nicht. Alle Revolutionäre haben seit Jahrhunderten die Leidenhaftesten wohl ent-fesselt, aber nicht zügeln können. (Sehr richtig rechts.) Diejenigen, welche am lautesten klagen, die seit Jahrzehnten durch Hezereien ge-wirkt haben, die werden die Hauptschuldigen sein, wenn einigen der Hoffnung der Mehrheit des Hauses der Streik sich weiter ausdehnt. Der Vorredner hat gesagt, daß aus der Unbesonnenheit oft gutes hervorgehe. Ich bin im Gegenteil der Meinung, daß gerade auf sozialem Gebiete nur durch Besonnenheit dauernde und wahre Fort-schritte erzielt werden können. Deshalb hoffe ich, daß die Beratungen des hohen Hauses getragen sein werden von dem Geiste der Mäßigung, den ich auch allen, allen Teilen im Ruhrrevier nochmals ans Herz lege. (Beifall.)

Handelsminister Müller:

Herr Hue hat vergleichsweise ruhig geredet, aber es fehlte doch auch nicht an scharfen Angriffen, die die Verständigung erschweren. Besonders mir persönlich hat er es herzlich schwer gemacht, noch weiterhin die unparteiische Rolle zu spielen (Lachen bei den Sozial-demokraten. Aufe: Rolle spielen!), die ich bisher eingenommen habe. Die Bemühungen der Regierung, eine Vermittlung herbeizuführen, sind noch nicht erschöpft; leider sind sie gegenwärtig auf dem toten Punkte angelangt. (Hört! hört! links. Bewegung.) Nach Nach-richten, die ich aus Dortmund erhalten habe, werden meine Kommissare von dort heute abend zurückkehren, nachdem sie die Vertreter der Arbeiterschaft gehört und ihre Beschwerden entgegengenommen haben, so weit sie präzisiert und substantiiert werden konnten. Auch ist den Vertretern der Arbeiterschaft gesagt worden, daß weitere Beschwerden schriftlich entgegengenommen und jede Beschwerde geprüft werden soll. Nach diesem Rezept wird auch weiter verfahren werden. (Lachen bei den Sozialdemokraten. Bebel ruft: Und die Unternehmer?) Die Unternehmer — haben es abgesehen mit den Arbeitern kontradictorisch zu verhandeln (Große Bewegung. Laute Aufe: Hört! hört! bei den Sozial-demokraten), was ich in hohem Grade bedauere (Lebhafter Bravo! im Zentrum), was aber zur Zeit nicht zu ändern ist. Wer sich lange mit Streiks und mit der Frage, wie sie zu beseitigen sind, befaßt hat, wird wissen, daß man, wenn man sich einmischen will, ohne gerufen zu sein, in der Regel von beiden Seiten Prügel erhält. (Weiterkeit.) Trotzdem ich vollkommen klar sah, daß die Situation so liegt, habe ich doch nicht daran gezweifelt, daß ich eingreifen müßte. Der Herr Reichsminister ist mit dieser Meinung gewesen. Ein Streik im Hauptkohlenrevier Deutschlands und des Kontinents ist wichtiger, als jeder andere Streik. Auf jeden Fall werden Kohlenarbeiter wird in kurzer Zeit eine große Anzahl Hände in anderen Industrien kommen, die mitleiden müssen. Obwohl ich fest davon überzeugt bin, daß ich von beiden Seiten angegriffen werden würde, habe ich doch den Versuch, eine Verständigung herbei-zuführen, gemacht. Herr Hue fragt, warum ich, der ich den Streik lange erwartet hätte, nichts vorher dagegen getan hätte. Mit den Forderungen, die die Bergarbeiter in Vereinen und Versammlungen erhoben haben, war kein Blick zu machen bei den Vertretern des Unternehmertums und ein erfolgloser Vermittlungsversuch hätte nur die Regierung discreditiert. Lebrigens sind diese Klagen den Unterbehörden zur Berichterstattung übergeben und sie sind er-mächtigt worden, einzutreten, soweit diese Klagen berechtigt waren. In sehr vielen Fällen ist für Abhilfe gesorgt worden. Wir haben die effektiven Anlässe zu Streiks zu beseitigen gesucht. Ueber die Frage der Seilfahrt habe ich mich schon im Abgeordnetenhause geäußert. Die Mehrzahl der Arbeiter hat schon jetzt eine Ein- und Ausfahrt von je einer Stunde. Das ertragen sie im allgemeinen. Sie sind aber sehr empfindlich in den Zeiten, die bisher eine kürzere Ein- und Ausfahrt gehabt haben. Die Regierung hat auf zwei Zeichen es durchgesetzt, daß die Verlängerung unterblieben ist. Herr Abg. Hue nicht mir zu, daß ich recht habe, also können Sie auch nicht sagen, daß wir still gelassen haben. Auch gegenüber der Zeche „Bruchstraße“ haben wir unser Möglichstes getan. Die Zeche hat daraufhin am 22. De-zember angefangen, daß sie erst Anfang Februar mit der Ver-längerung der Ein- und Ausfahrt beginnen würde, so daß alle Arbeiter, die damit nicht einverstanden waren, ihre hatten, die Zeche zu verlassen. 11 000 Arbeiter haben daraufhin ihre Zustimmung verlagert. Das Oberbergamt verwies die Arbeiter auf meine Äußerung hin an das Vergewerke-Gericht. Die Arbeiter akzeptierten dankbar. Da aber, bevor das Gewerbegericht sprechen konnte, brach der Streik explosionsartig aus. Das ist der Moment, wo die Abgeordneten Saufe, Hue usw. ihre Leute nicht mehr in der Hand hatten. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Dadurch haben Sie selbst die Gewerkschaftsfrage, für die Sie sich so sehr interessieren, schmer geschädigt. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Man hat immer gesagt, der organisierte Arbeiter sei der Vernunft zugänglicher als der nichtorganisierte. Jetzt aber hat es sich auf das Eklatanteste ge-zeigt: Der Zufall hat regiert! (Lachen und Widerspruch bei den Sozialdemokraten. Glocke des Präsidenten.) Sie haben sehr wohl gewünscht, den Streik zu lokalisieren. Sie haben toge-lang versucht, die Arbeiter zurückzuhalten! Vergebens! Das ist ein schlimmes Zeichen für den Wert Ihrer Organisation! (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Ich kann nur raten, Zeit zu gewinnen und auf den gesunden Boden der Ver-handlung zu kommen. Aber machen Sie mir die Vermittlung nicht schwer dadurch, daß Sie meine Verwaltung verdächtigen! Der Abgeordnete Hue hat gesagt, er spreche heute nicht als Partei-mann und in gewissen Grenzen hat er dies Versprechen auch ge-halten. Aber ich bitte ihn doch, einmal den Parteivorstand anzugehen und mitdaran auf die sozialdemokratische Presse einzuwirken. Ich will etwas aus der „Leipziger Volkszeitung“ vorlesen (Jury bei den Sozialdemokraten: Was hat das hiermit zu tun?) Ja, Sie werden sagen: das sei Meining. Aber so lange es ein Parteiblatt ist, muß ich Sie dafür verantwortlich machen. Es ist da von den mit Preußen und Skorpionen geächteten Gruben-Gelosten, denen der Wurm den Leib zerfrisst, die Rede. Wenn Ihre Presse so schreibt, kann man sich nicht wundern, daß Ihre mäßigenden Worte keinen Erfolg haben. Es handelt sich um eine große nationale Frage (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ich bitte Sie, Ihre Organisation unter diesem Gesichtspunkte ein-zurichten. Eine große Anzahl von Fragen, die der Herr Vorredner anregte, waren wir und können von mir jetzt nicht beant-wortet werden. Recht geben muß ich ihm nach den Berichten der Aufsichtsborgane darin, daß die Nachrichten über Krawalle alle über-trüffelt waren, und ich will hoffen, daß das so bleibt (Weiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Nichts wird mehr dazu beitragen, Ihren Organisationen Achtung bei bisherigen Gegnern zu verschaffen, als wenn Sie jetzt die Massen im Jügel halten können. Der Zeche-Verwaltung „Bruchstraße“ ist zu einem Entgegenkommen gar keine Zeit gelassen worden, und überließ wor auch die Nichtanrufung des Gewerbegerichts, dessen Entscheidung gar nicht voraussehen war. — Ich bedaure, daß nun alle Irden gleichmäßig getroffen werden, auch solche, die nicht schuldig sind; daß es solche gibt, hat auch Herr Hue anerkannt.

Dann hat der Abg. Hue meinen Bericht im Abgeordnetenhause als eine Verständigung erschwerend bezeichnet. Ich habe mich aber im Abgeordnetenhause ebenso wie hier enthalten, etwas anderes zu tun, als Irtsümmen zu berichten nach den Berichten, die mir vor-lagen. Wenn die Berichte irrig gewesen sind, so bin ich der Ver-lehrung zugänglich.

Mit der Frage der Besenbesitzer haben wir uns im Ab-geordnetenhause in einer Kommission eingehend beschäftigt. Die Kommission hat einstimmig die Reform des § 65 des Vergewerkes in der Richtung verlangt, daß er auf die beabsichtigte Stilllegung von Zechen anwendbar ist. Ferner wurde beschloffen, daß man ver-suchen solle, durch Zusammenlegung von Betrieben betriebsfähige Zechen zu schaffen.

Beides ist von mir zugesagt. Die Vorlage wegen der Abänderung des § 65 ist nahezu fertig, es liegt nur an den juristi-

ihnen Schwierigkeiten, daß die Sache nicht schneller hat gefördert werden können.

Zu bezug auf die Wurmkrankheit habe ich hier zugefagt, daß ihre energische Bekämpfung fortgesetzt werden solle. Auch in das Wurmgebiet hat sich die Wurmkrankheit eingeschlichen. Die Kraft der Krankheit ist gebrochen. Wenn uns aber die Verste kein Mittel geben, das den Wurm mit Sicherheit beseitigt, so werden wir uns noch jahrelang damit beschäftigen müssen. Ein Verschulden der Verwaltung und auch der Vergewaltiger im Ruhrrevier liegt aber nicht vor. Ich schäme die für Bekämpfung der Wurmkrankheit aufgewendeten Mittel im Ruhrbezirk auf 7-8000 M. Der Abg. Hue hat hervorgehoben, daß er mit Saafte zusammen sehr wirksam im Ruhrbezirk tätig gewesen sei, um den Streik zu vermeiden. Der Abg. Hue hatte im „Vorwärts“ mitgeteilt, daß Saafte mit Rücksicht auf die Wurmkrankheit vor dem Ausbruch des Streiks gewarnt habe. Dazu bemerkt der „Vorwärts“, daß Organ der christlichen Gewerkschaften: „Wenn möchten wir wissen, ob Herr Hue bei diesem Saafte ein recht kräftiges Gesicht gemacht hat, um ihn mehr glaubhaft erscheinen zu lassen. Uns ist nichts von einer unangesehenen rassistischen Tätigkeit Saaftes bekannt geworden, den Streik hintanzubehalten. (Hört! hört! recht!) Das ist für mich ein unverdächtig Zeugnis.“

Dem lächnen Gedankengange des Abg. Hue über den angeblichen Kontraktbruch der Zeche „Gruchstraße“ laun ich nicht folgen. Ich habe um deswillen den Bruch des Vertrages von Seiten der Arbeiter so sehr bedauert, weil ich befürchte, daß, wenn die Kündigung sich als zwecklos für die Arbeitgeber erweist, diese von dem Rechte Gebrauch machen, gar keine Kündigung einzuführen. Der Abg. Webel hat 1890 gegen meinen heftigen Widerspruch gewünscht, die Kündigung zu beseitigen, um den Kontraktbruch bei Streiks unmöglich zu machen. Ich habe damals erwidert, daß für niemand die Kündigung nötiger ist als für den Arbeiter, weil er der schwächere Teil ist. Und ich bin der Meinung, daß die Arbeiter umlung tun, wenn sie mit der Einhaltung des Vertrages leichtfertig umgehen und dadurch es herbeiführen, daß in manchen Betrieben keine Kündigung vereinbart wird.

Die Verordnung des bergbaulichen Vereins, von welcher der Abgeordnete Hue sprach, ist mir nicht bekannt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Klagen über die mangelnde Vereinbarung mit den Arbeitern über das Bedingende werden Gegenstand der Untersuchung sein. Was die Frage des Bagamüllens betrifft, so muß ich meine Äußerung im Abgeordnetenhaus, daß höchstens 3 Proz. der Förderung gemüßt werden, dahin berichtigen, daß auf einigen Zechen über 3 Proz. Kalkungen vorgekommen sind. Diese und etwaige weitere Fälle werden zur Untersuchung geeignet sein.

Ein Eingehen auf weitere Details in diesem Kreise wird die Sache nicht fördern. Damit die Untersuchung rasch gefördert wird, ist angeordnet, daß nicht nur eine Kommission für den Ruhrbezirk eingesetzt wird, sondern mehrere Kommissionen für die verschiedenen Bezirke in Tätigkeit treten. Ich spreche meine Überzeugung aus, daß wir von Seiten der Bergverwaltung unsere Schuldigkeit getan haben, und ich erwarte, daß alle diejenigen, welche wirklich ernstlich den Frieden wollen, nicht durch einseitige Stellungnahme den Gegensatz zwischen den Parteien weiter verschärfen. (Beifall.)

Auf Antrag des Abg. Singer (Soz.) findet eine Besprechung der Interpellation statt.

Abg. Stübel (3.):
Der Reichskanzler hat sich darüber geäußert, daß der Streik im Ruhrrevier so plötzlich ausgebrochen ist. Darüber habe ich mich gar nicht geäußert. Vielleicht hätten die Arbeiter sich bis zum Frühjahr zurückhalten können, aber dem, der die Verhältnisse kannte, schien spätestens dieser Zeitpunkt für unbedenklich. Man glaubte der Minister Müller, der Ausbruch dieses Streiks habe bewiesen, daß die Organisationen den wilden Ausbruch des Streikfeuers nicht verhindern könnten. Was aber können die Organisationen dafür, wenn die Gegenseite überhaupt abseht, mit ihnen zu verhandeln. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Seit Jahren hat sich im Ruhrgebiete eine große Erbitterung ausgebreitet. Sie nahm ihren Ausgangspunkt von der Stilllegung der Zechen, durch die nicht nur die Arbeiter aufs schwerste geschädigt, sondern auch der Mittelstand und ganze Orte geradezu ruiniert worden sind. Das Haus einer Witwe, das ihr bis dahin außer der eigenen Wohnung 200 Mark jährlich brachte, steht jetzt verlassen da. Der Mieter und ihr Sohn sind durch die Stilllegung der Zeche arbeitslos geworden und nach anderen Orten verzogen. In einem kleinen Orte meines Wahlkreises stehen über 100 Wohnungen leer. Die Zeche hatte einst versprochen, die wegen der Grubenstilllegung gekündigten Hypotheken selbst zu geben. Sie hat ihr Versprechen nicht gehalten. Die Leute wollen sich das Eigentum, das der gesammelte Schweiß ihrer Väter und Großväter ist, nicht entwerren lassen. Aber die Stillleger haben erklärt, sie könnten mit ihrem Eigentum machen was sie wollten: Sie haben ihr Geldinteresse über das Allgemeininteresse gestellt.

Der Minister meinte, daß es bei einem solchen Arbeiterheer nicht wunderbar sei, wenn einzelne Ausschreitungen der Zechenbeamten vorlämen. Mir scheint, daß er da nicht gut informiert ist! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Einzelne Ausschreitungen hätten nie so tiefgehende Erbitterung hervorgerufen. Die ganzen Arbeiter werden von den Unterbeamten in unerträglich Weise behandelt. Die Zechenbesitzer wissen davon nichts, denn sie sprechen nie mit den Arbeitern. Die Forderung besserer Behandlung hätten wenigstens die Bergwerksbesitzer nicht ablehnen sollen. Einige Gruben machen ja da eine ehrenvolle Ausnahme, aber nur wenige. — Nun haben ja die Arbeiter ihre Forderungen gestellt, wie sie hier schon vorgeführt worden sind. Das sind alles Forderungen, wie sie das Zentrum schon 1892 bei der Novelle zum Berggesetz aufgestellt hat. Wir haben die Einführung der Bedingezettel verlangt, aus denen die Arbeiter ersuchen können, wieviel sie am Lohnstage zu verlangen haben, und wir haben verlangt, daß die Arbeiter bei der Verwaltung der Unterhaltungsstellen beteiligt werden. Beide Forderungen wurden abgelehnt. Die Unterhaltungsstellen sind allerdings aus den gemüßten Wogen gegründet worden, aber den Arbeitern wird jede Auskunft über die Verwendung der Gelder verweigert. Daß dadurch nur Mißtrauen erzeugt werden kann, ist doch klar. Wir haben bereits vor 13 Jahren das Unglück anmarschieren sehen, das nun gekommen ist, uns hat es an Voraussicht nicht gefehlt. (Sehr wahr! im Zentrum.) Daß der jetzige bergbauliche Verein mit den Arbeitern nicht verhandeln will, wundert mich gar nicht. Früher war es anders. Der verstorbene Abgeordnete Dr. Hammacher, der den bergbaulichen Verein gegründet und lange Jahre in ihm den Vorsitz geführt hat, erklärte seinerzeit: wir müssen mit den Leuten verhandeln, und die Folge davon war, daß verschiedene Forderungen damals bewilligt wurden. Herr Hammacher hat mir persönlich erklärt, daß er seit dieser Zeit von den Leuten des bergbaulichen Vereins viel zu leiden habe. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Man hat ihm auch dafür gedankt, indem man ihn nicht wieder zum Vorsitzenden wählte. Im Grunde genommen sind alle Gruben im Besitz von nur wenigen, welche alles kommandieren. (Sehr richtig!) Daher versteht man auch den Aufbruch in der letzten Zeit oft erlöste, der Bergbau solle verstaatlicht werden. Man kann sich denken, wie die Weigerung des bergbaulichen Vereins, mit den Arbeitern zu verhandeln, auf diese wirken mußten, und es ist begreiflich, daß der allgemeine Ausbruch ausbrach. Es ist eine Schmach, wenn die Unternehmer mit den Arbeitern nicht unterhandeln wollen. Die Zeiten sind vorbei, wo man das ablehnen konnte; damit müssen auch die Grubenmagnaten sich abfinden. Mögen die Leute auch Personen in hohen Stellungen gegenüber ihre Grobheiten vom Stapel lassen; sie müssen sich doch dazu bequemen, die Arbeiter-Organisationen anzuerkennen. Die Forderungen der Arbeiter sind durchaus bescheiden. Es sind die Forderungen, die vor 13 Jahren das Zentrum in einem Antrag im preussischen Abgeordnetenhaus gestellt hat. Die werden doch jetzt nach 13 Jahren nicht allzu utopisch sein. Die Schlichtzeit ist erst in den letzten Jahren verlängert worden. Wenn die Industrie vor Jahrzehnten die längere Arbeitszeit ohne Schaden ertragen hat, wird sie es jetzt erst recht können. Ganz unerträglich sind die langen Schichten an den besonders heißen Stellen.

Zum Schluß muß ich den Abg. Hue in einem Punkte berichtigen. Der Abg. Hue meinte, der Erzbischof habe 1000 M. in die Streikliste gesteckt. Das ist nicht der richtige Ausdruck. Der hohe Kirchenfürst hat es naturgemäß für seine Aufgabe gehalten, zur Bänderung von Not und Elend beizutragen. Er ist dem Beispiel des großen Kirchenfürsten Manning, Kardinal von London gefolgt. Dieser ehrwürdige, achtzigjährige Brierleyer hat nach monatelangen Kämpfen im Töpfergewerbe Londons durch Unermüdlichkeit in den Friedensverhandlungen einen Ausgleich zwischen den Arbeitern und Unternehmern zustande gebracht, für den ihm die Arbeiter immer dankbar waren. In diesem Sinne hat auch der ehrwürdige Kardinal-Erzbischof von Köln seine Gabe gesendet und seine Wünsche ausgesprochen, und wir wünschen mit ihm, daß der Frieden bald wieder hergestellt wird. (Lebhafter Beifall im Zentrum.)

Abg. v. Normann (Konj.)
berliest eine Erklärung folgenden Wortlauts: „Im Namen aller meiner politischen Freunde muß ich es ablehnen, in die Prüfung der einzelnen für die Arbeitsniederlegung in Betracht kommenden Momente einzutreten, so lange die unter Kontraktbruch vollzogene Arbeitsniederlegung fort dauert. (Stärkliche Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Das entspricht unserer ganzen Auffassung der Grundlagen des bürgerlichen Rechts. Sobald dieser Kontraktbruch beseitigt und die Arbeit wieder aufgenommen ist (Heiterkeit links), werden wir wohlwollend nach beiden Seiten (Stärkliches Lachen bei den Sozialdemokraten) in die Prüfung der vorgebrachten Beschwerden eintreten. Bis dahin erwarten wir, daß die staatlichen und gemeinlichen Behörden mit aller Energie alles tun werden, um den Arbeitswilligen den notwendigen Schutz zu gewährleisten (Große Unruhe links) und die herrschende Erregung zu besänftigen.“ (Redner legt das Manuskript zur Seite und spricht den Schluß der Rede frei.) Wir freuen uns, daß der Reichskanzler sich heute in diesem Sinne energisch ausgesprochen hat. (Beifall rechts.) **Abg. Webel:** Das war mal eine Leistung! Große Heiterkeit links.)

Darauf vertagt sich das Haus.
Nächste Sitzung Sonnabend, 1 Uhr (Interpellation v. Normann über den Zeitpunkt der Kündigung und Einbringung der Handelsverträge; Fortsetzung der heutigen Beratung).
Schluß 8 Uhr.

Parlamentarisches.

Die Subjekt-Kommission des Reichstages setzte am Freitag die Beratung des Nachtragsetats für Südwest-Afrika fort. Zu der Forderung von 5 Millionen Mark zur Hälfte ist nun an die Farmer aus Anlaß von Verlusten infolge des Eingeborenen-Aufstandes bemerkt der Kolonialdirektor Stübel, daß der Brief des Samuel Mahereero über den Zustand „bei den Affen liegt und Herrn Spahn zur Verfügung steht.“ Abg. Singer legte die Stellung der Sozialdemokratie zu der Forderung dar: sie würde aus prinzipiellen Gründen gegen die Forderung stimmen. Es liege keine Verpflichtung und Veranlassung vor, solchen Leuten Entschädigungen zu zahlen, die sich des Risikos ihrer Arbeit in der Kolonie bewußt sein mußten. Eine Zahlung von Entschädigung führe zu unabsehbaren Konsequenzen, weil die ganze Kolonialpolitik auf kriegerischen Verhältnissen beruht. Was die „politischen“ Gründe für die Zahlung angeht, so bewegen gerade diese uns, gegen die Forderung zu stimmen. Auf keinen Fall könnten auch die Freunde der Vorlage die Entschädigungen beschließen, bevor der Zustand wirklich abgeklungen sei. Wenn es sich darum handelte, augenblicklich herbeizurufen der Not abzuheben, etwa um Zurückführung von Witwen und Waisen nach Deutschland, dann würden auch die Sozialdemokraten helfend eingreifen; aber eine solche Aktion halte sich maluzugänglich in engen Grenzen. Abg. Dr. Arent legte dar, daß durch den vom Zentrum neuerdings vorgeschlagenen Rodus, keine Entschädigungen, sondern Unterhaltungen zu zahlen, die Lage der Farmer besser werde als durch die Vorlage der Regierung. Im Interesse der Kolonie sei das Sparen an dieser Stelle ganz verkehrt: man müsse der Kolonie einfach wirtschaftlich wieder aufhelfen. Abg. Dr. Müller-Sagan verlangte die Vorlegung des Briefes Samuel Mahereeros. Die Ansetzung der Schaden-ordnungen gebe zu großen Bedenken Anlaß: wer bestimmt denn den Wert des Viehs? Die Ansetzler selbst hätten zugegeben, daß sie ihr Vieh nicht nutzbar machen könnten. Alle Ansätze schwebten völlig in der Luft. Die Ansetzler sollten offenbar in unverhältnismäßig hohem Maße unterzückt werden. Daher müsse man gegen die ganze Vorlage stimmen. Abg. Dr. Bachem betonte, daß von „Entschädigungen“ überhaupt keine Rede sein könne, sondern höchstens von Unterhaltungen. Man müsse in den Ansetzern das Gefühl der eigenen Verantwortlichkeit wachhalten. Abg. Lattmann stimmte den Regierungsforderungen zu. Was die Entschädigung der großen Kolonialgesellschaften anlangt (z. B. der Siedelungsgesellschaft), so sei sie von der Aufgabe eines Teiles des Landes abhängig gemacht worden. Die Gesellschaften hätten nun die Darlehen abgelehnt, weil sie lieber ihr Land festhalten wollten. Man könne die Gesellschaften vielleicht mit zur Deduktion der Entschädigungen heranziehen, indem man von ihnen die vertragmäßigen Leistungen an die Eingeborenenhäuptlinge einziehe. Wie hoch seien überhaupt diese Zahlungen? Die Südwest-Afrika-Territoriums-Gesellschaft habe den Ausbruch des Aufstandes nicht ungern gesehen, weil sie hoffte, dadurch von ihren Verpflichtungen gegen die Eingeborenen loszukommen. Abg. Dr. Spahn ging näher auf den Brief des Samuel Mahereero ein, in dem die Ursachen des Krieges in einer originellen Weise dargestellt werden. Die Regierung hat freilich die Wahrheit dieser Angaben bestritten.

Abg. Erzberger wies darauf hin, daß die Farmer selbst zugegeben haben, sie hätten Vieh geraubt. Von den Forderungen hätte man nur 3 Proz. abgelehnt. Warum habe man Oberst Leutwein nicht in die Kommission delegiert? Wenn man 3 Millionen bewillige, dann kämen schon auf jede Farm 30-40 000 Mark „Entschädigungen“. Kolonialdirektor Stübel meinte, der Brief Samuels sei nur ein Ausdruck des Rassengegensatzes. Ausschreitungen der Weihen seien allerdings zweifellos vorgekommen. Der Export des Viehs habe im Jahre 1903 schon 2½ Millionen Mark betragen. Ueber die Erledigung der Angelegenheiten der Siedelungsgesellschaften sei der Verwaltung nichts bekannt.

Abg. Kai Kollhelli stellte die Konzeptionsverhältnisse der großen Gesellschaften im Schutzbereich dar. Die Regierung sehe auf dem Standpunkte, daß das Reich Rechtsnachfolger der Eingeborenenkapitäne und infolgedessen auch die Aufgaben der Gesellschaften an die Kapitäne einzuziehen habe. Abg. Ledebour bemängelte den Preisansatz für das verlorene Vieh; es werde da viel zu viel gefordert. Der Export im Jahre 1903 beweise gar nichts, da damals der Bedarf in den englischen Gebieten besonders groß, der Viehstock dort besonders klein gewesen sei. Der vom Kolonialdirektor behauptete Abgang nach Johannesburg sei reine Phantasterei. Die Ansätze für sogenannte Herero-Artenhände seien geradezu unangehörlich, bis zu 30 000 M. auf einer einzigen Farm. Die Verwaltung entschädige diese „Verluste“ zwar nicht, aber sie tauchten doch in der Rechnung des Gesamtschadens auf. Was den Brief Samuels anlangt, so sei es wichtig, die Auffassung der Hereros über die Ursachen des Krieges kennen zu lernen. Der Krieg werde immer jezt als unvermeidlich hingestellt, als Ausfluß einer großen Regerebewegung; das sei ganz falsch. Die Schuld liege bei den Farmern und der Regierung. Der Kolonialdirektor Stübel bestritt, daß die Hereroforderungen bei der Schuldenermittlung mitgerechnet werden wären. Abg. v. Richthofen bestritt die Möglichkeit einer Zitterung des Obersten Leutwein vor die Kommission und forderte die Bewilligung der Forderung „im Interesse der Kolonie“. Anträge von Bachem und Müller, die Hilfeleistungen durch das Dispositiv allen durch Eingeborenen-Aufstände, nicht bloß im Herero-Gebiet, Geschädigten zu gewähren, könne man annehmen. Abg. Webel wies darauf hin, daß die Konsequenzen einer Bewilligung von Entschädigungen hin; Aufstände können immer wieder entstehen; in diesem Falle hätten überdies die Weihen die größte Schuld an dem Ausbruch des Krieges. Da sei es eine Ungehörlichkeit, den Schuldigen auch noch Entschädigungen zu zahlen. Bei früheren Aufständen, z. B. in Ostafrika, Kamerun usw. seien auch keine Ent-

schädigungen gezahlt worden. Es heißt geradezu eine Bekräftigung die Erregung von Aufständen sehen, wenn man solche Entschädigung zahlt. Die Schuld der Weihen werde ja sogar in der Regierungs-Denkchrift zugegeben; der Kolonialdirektor habe ja selbst keine Remede schaffen können, wie der Fall Groeneveld beweise. Wie würden da erst die Schwarzen behandelt! Die Untersuchung der schauerlichen Verhältnisse sei erschwert durch den Umstand, daß die Angeklagten immer allein zum Worte kämen. Daß man die Eingeborenen nicht als unendlich behandelt habe, siehe ungewißhaft fest. Im Plenum werde darüber ausführlich zu reden sein. Abg. Storz beantragte, statt fünf nur eine Million zu bewilligen.

Der Referent Abg. Prinz Krenberg schlug vor, drei Millionen für alle Geschädigten zu bewilligen. Der Korreferent Baasche empfahl die Bewilligung von fünf Millionen.

In der Abstimmung wurde das Dispositiv so geändert, daß die Beihilfe in allen Gebieten gezahlt werden kann. Für fünf Millionen stimmten die Nationalliberalen, Konserverativen, Freikonserverativen und Antifemiten. Angenommen wurde der Zentrumsantrag: drei Millionen gegen die neun Stimmen der Sozialdemokraten und Freistimmigen.

Eine Reihe anderer Positionen wurde nach unwesentlicher Debatte genehmigt.

Verfammlungen.

Der Arbeiter-Sängerbund hielt am 15. Januar seine erste diesjährige Ausschusssitzung ab. Ausgenommen in den Bund werden die Vereine „Hochstein“ und „Freundschaft“, beide in Berlin. Es wird dann in die Verhandlung über den Beschluß der Vertrauensleute, den Sängern bei Mitwirkung zu Parteifälligkeiten keine Freibillets mehr zu bewilligen, eingetreten. Zu diesem Punkt liegt ein Antrag des Vereins „Freie Liebertafel“ vor, welcher lautete: In Anbetracht des Beschlusses der sozialdemokratischen Vertrauensleute Berlins, „den bei Wahlvereins-Fälligkeiten unentgeltlich mitwirkenden Sängern kein Eintrittsbillet zu gewähren“, beschließt die am 15. Januar 1905 stattfindende Ausschusssitzung: „In den Wahlkreisen, wo dieser Beschluß noch besteht resp. bis Ende März d. J. nicht aufgehoben wird, eine gefangliche Mitwirkung bei der Reise abzuweisen.“ Zur Begründung erhält der Vertreter das Wort und führt aus, daß die Urabstimmung seinerzeit klar erwiesen hat, daß der Bund für die Bewilligung von zwei Freibillets ist. Die Partei kann dies auch ganz gut tun, denn das Bilet, das Stüchden Papier, kostet ja doch keine 20 oder 25 Pf., sie gibt ja bei Engagements zu Fälligkeiten 50 M. und mehr, mithin wird es doch unfein Sängern gegenüber wahrhaftig nicht auf das wertlose Stück Papier ankommen. Es sei doch selbstverständlich, daß zu dem Orte, an welchem der Sänger singen soll, er auch freien Zutritt haben muß. Er ersucht, den Antrag anzunehmen und zu beweisen, daß der Bund auch gewillt ist, gefasste Beschlüsse (Urabstimmung) hochzuhalten. Mehrere Redner äußern sich in gleichem Sinne. Der Vertreter der „Typographen“ meint, das größte Uebel sei dies, daß die Vereine sich stets selbst anbieten. Man solle ruhig an sich herantreten lassen und dann seine Bedingungen stellen. Sein Verein singt selbstverständlich unentgeltlich, verlangt aber für jeden Sänger zwei Freibillets, 20 Mark Dirigentenonorar, 5 Mark für Notentransport und freien Tanz für die Mitglieder. Auch er ersucht, den Antrag anzunehmen. Nachdem ein Schlußantrag über diesen Punkt angenommen ist, wird der Antrag „Freie Liebertafel“ mit 158 gegen 14 Stimmen angenommen. Der Vorstand wird darauf beauftragt, mit den Vertrauensleuten in Verbindung zu treten und in der nächsten Verammlung Bericht zu erstatten. Zu der in der Generalversammlung am 19. Februar stattfindenden Neuwahl des Vorstandes werden dann die hierzu Geeigneten nominiert und macht der Vorsitzende noch bekannt, daß Anträge zur Generalversammlung bis zum 5. Februar schriftlich an ihn eingereicht sein müssen.

Die Gemeindearbeiter Lichtbergs protestierten am Mittwoch in einer sehr gut besuchten Verammlung gegen die von der Gemeinde gezahlten unzulänglichen Löhne. Der Referent H. Schubert zeigte an der Hand eines umfangreichen Materials, daß die Nachbar-gemeinden in dieser Beziehung viel weiter seien und appellierten an das sozialpolitische Empfinden der Gemeindevorwaltung, in dieser Beziehung für die Gemeindearbeiter etwas zu tun. Von den eingeladenen Gemeindevorstellern waren nur die Sozialdemokraten erschienen, von denen Beck und Schulz die berechtigten Wünsche anerkannten und erklärten, dafür einzutreten zu wollen. Einstimmig wurde beschlossen, in einer Resolution die Gemeindevorwaltung zu ersuchen, eine Besserung der Löhne vorzunehmen.

Charlottenburg. In der Mitgliederversammlung des Wahlvereins am 17. Januar erstattete Genosse Hirsch Bericht über den preussischen Parteitag, wobei er auch auf den Ausbruch im Ruhrrevier zu sprechen kam und die schmachvolle Haltung des preussischen Abgeordnetenhauses gegenüber diesem gewaltigen Ausfluß der Gedrängten und Elenden mit treffenden Worten geißelte. Die Verammlung nahm von den Beschlüssen des Partietages mit Befriedigung Kenntnis und drückte den streitenden Bergarbeitern ihre Sympathie aus. Des weiteren verlangte Genosse Förster die Aufhebung einer Rüge, die der Vorstand gegen ihn ausgesprochen. Vor einigen Wochen erschien in der „Leipziger Volkszeitung“ ein auf Wohlstand des „Neuen Montagblattes“ gerichteter Antrag an die Berliner Vertrauensleute, der u. a. auch von Förster, Charlottenburg und Udo Charlottenburg unterzeichnet war. Der Vorstand war mit den Bezirksführern einmütig der Ansicht, daß von Mitgliedern des Wahlvereins derartige auf eine Aktion der Partei hinzielende Anträge lediglich im Wahlverein zu stellen seien und erblidte in der Umgehung der Organisation eine Disziplinwidrigkeit, für welche er zu betreffenden Genossen eine Rüge aussprach. Genosse Förster verlangte lebhaft, es müsse einem Mitgliede freistehen, ihm wichtig erscheinende Anträge zu unterbreiten, wann und wo es ihm beliebt, andersfalls seien die Mitglieder unter eine unwürdige Vormundschaft des Vorstandes gestellt. Die Verammlung war der Meinung, daß die Rüge an Genossen Förster, und damit auch an Genossen Udo, zu unrecht ertheilt sei. Der Vorsitzende Genosse Dr. Borcharth erklärte, damit sei statt der Organisation die Desorganisation zum Prinzip erhoben; deshalb sei es ihm weiterhin nicht möglich, dem Vorstand anzugehören, er lege daher sein Amt nieder. Dagegen erklärte Genosse Wade im Namen der anwesenden Vorstandsmitglieder, Kassierer Müller, Schriftführer Barisch, Weisiger Wade, sowie namens der anwesenden Bezirksführer, Genossen Dieck (1. Bez.), Wenged (2. Bez.), Giebel (3. Bez.), Rich (4. Bez.), Oberlander (7. Bez.), Wisch (8. Bez.), daß sie ebenfalls von ihrem Amte zurücktraten. Genosse Borcharth erklärte, der Vorstand würde bis zur nächsten Generalversammlung die Geschäfte provisorisch weiterführen. In der Diskussion hatte Förster dem Vorstande auch Unanständigkeit vorgeworfen, weil er ihm keine Gelegenheit zur Äußerung gegeben habe. Dr. Borcharth wies demgegenüber darauf hin, daß der Vorstand einen Brief Försters erhalten habe, worin dieser sein mutmaßliches Fernbleiben von der Sitzung mit Zeitmangel entschuldigt und bittet, in diesem Falle die Angelegenheit in der Verammlung zur Sprache zu bringen. Um zu ermitteln, inwieweit die einander entgegengekehrten Behauptungen richtig seien, wurde eine Kommission von fünf Mitgliedern gewählt. Eine sehr lebhaft diskutierte entspann sich auch beim Punkt der Tagesordnung: Aufnahme neuer Mitglieder. In der letzten Verammlung war gegen die Aufnahme eines Genossen Einspruch erhoben worden, der damit begründet wurde, daß der Betreffende dem gewerkschaftlichen Verbände, dem er früher angehört habe, noch für einige Monate Beiträge schuldig sei. Da der Betreffende, der in einer Dachpappenfabrik arbeitet, jezt bei den Asphaltateuren gewerkschaftlich organisiert ist, glaubte der Vorstand, ihm die Aufnahme nicht verweigern zu können. Er hat ihn ernstlich darauf hingewiesen, daß sein Verhalten seiner früheren Gewerkschaft gegenüber unanständig sei, kann aber von der vorherigen Erfüllung der Verpflichtungen, die er dort noch hat, die Aufnahme nicht abhängig machen. In der Diskussion vertraten mehrere Mitglieder nachdrücklich den entgegengeetzten Standpunkt. Die Verammlung beschloß die Aufnahme des Genossen.

Der Klassenkampf im Ruhrrevier

lautet die Tagesordnung der am Dienstag, 24. Januar, abends 8 Uhr, in Berlin und den Vororten stattfindenden Volks-Versammlungen.

In Anbetracht der außerordentlich wichtigen Tagesordnung ergeht die Bitte an die Parteigenossen, alle anderen Veranstaltungen für den erwähnten Tag zu unterlassen und für zahlreichen Besuch der angekündigten Versammlungen zu agitieren.

Die Vertrauensleute.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Sechster Wahlkreis (Moabit). Sonntag, den 22. Januar, abends 6 1/2 Uhr, findet eine Volksversammlung im Moabitischen Gesellschaftshaus, Wielestr. 24 statt.

Tempelhof. Die Parteigenossen haben heute abend im Sängerkreis Jahrlabend. Auch werden die Protokolle vom Freuentage ausgegeben.

Kummelsburg. Sonntag früh 8 Uhr ist Flugblattverbreitung. Zahlreiche Beteiligung ist geboten.

Grünau. Der Wahlverein hält Sonntag nachmittag 3 Uhr in der Grünau eine Mitgliederversammlung ab, in der Genosse Krefel seinen Vortrag über das Ernter Programm fortsetzen wird.

Lichtenberg. Die Parteigenossen werden ersucht, sich zahlreich an der am Sonntag stattfindenden Flugblattverbreitung zu beteiligen. Treffpunkt früh 8 Uhr in den bekannten Vegetationslokalen.

In Reinickendorf ist zu der am Dienstag stattfindenden Versammlung Sonntag früh von den bekannten Lokalen aus Handzettelverteilung.

Wilmerdorf. Sonntag, morgens 8 Uhr, findet von den bekannten Lokalen aus eine Flugblattverbreitung statt. Die Genossen werden ersucht, an der Verbreitung zahlreich teilzunehmen.

Rudow. Der Wahlverein hält Sonntag nachmittag 3 Uhr bei Palm in der Köpenickerstraße seine Versammlung ab.

Stralau. Sonntag vormittag 10 Uhr findet bei Schöps, Mittelstr. 17, die Wahlvereinsversammlung statt.

Schönendorf. Sonntag, 4 Uhr nachmittags hält der Wahlverein bei Pätzsch seine Mitgliederversammlung ab.

Lokales.

Aus dem Erziehungshaus zu Lichtenberg.

in dem die Stadt Berlin 150 ihrer Fürsorgezöglinge verwahrt, gibt es etwas Neues zu berichten. Die Stadtverordneten-Versammlung hat sich am Donnerstag einverstanden erklärt mit dem Vorschlag des Magistrats, den Zöglingen künftig einen „Arbeitsverdienst“ zu gewähren.

In der Anstalt wird Schneiderei, Tischlerei, Buchbinderei, Korbmacherei sowie Land- und Gartenbau betrieben. Der Ertrag der Arbeit, die von den Zöglingen geleistet wird, war bisher ungefügt der Anstalt zugute gekommen. Den Gedanken, die Zöglinge nicht völlig leer ausgehen zu lassen, begründet der Magistrat so: „Die für die Erreichung des Zweckes der Fürsorge-Erziehung notwendige Freude an der Arbeit wird bei den Zöglingen dann besonders geweckt und gefördert werden, wenn ihnen ein Entgelt, sei es auch nur in geringem Umfange, für die Arbeit in Aussicht gestellt wird. Die erzieherische Wirkung wird um so größer sein, als die Androhung des Fortfalles des Verdienstes bei schlechter Führung einen Anreiz zu guter Führung darstellt.“ Die Höhe des Arbeitsverdienstes soll pro Tag zwischen 5 Pf. und 15 Pf. liegen. In den ersten drei Wochen, die als „Lehrzeit“ gelten, soll kein Lohn ausgeschrieben werden, dagegen werden von der vierten Woche ab 5 Pf., von der zwölften Woche ab 10 Pf. und nach weiteren zwei Monaten bei besonders guter Führung 15 Pf. pro Arbeitstag in Aussicht gestellt. Die Auszahlung wird in der Regel erst nach Beendigung der Fürsorge-Erziehung erfolgen.

Man sieht, es sind keine großen Reichtümer, die man die Jungen da draußen zusammenscharen lassen will. Aber die paar Pfennige, die sie kriegen sollen, sind immerhin besser als nichts. Die Hoffnung, daß hierdurch ihre Arbeitsfreude eine Förderung erfahren wird, dürfte nicht ganz unberechtigt sein. Es ist leider nötig, diesen besonderen Anreiz zu schaffen. Von einem Erziehungs-„Haus“ erwartet man ja eigentlich die Anwendung ganz anderer Mittel. Aber die Rat- und Gültlosigkeit, mit der die Waisenverwaltung unserer Stadt den Aufgaben gegenübersteht, die ihr die Anstalt Lichtenberg stellt, läßt es begreiflich erscheinen, daß man schließlich auf diesen Ausweg verfallen ist. Die vom Magistrat und von der Stadtverordneten-Versammlung gebilligte Maßregel bedeutet das offizielle Eingeständnis, daß die erzieherische Einwirkung der Stadtgemeinde auf die in Lichtenberg untergebrachten Jungen, die im elterlichen Hause der Gefahr der Verwahrlosung ausgesetzt waren oder schon der Verwahrlosung verfallen waren, keineswegs über allem Zweifel erhaben ist.

Wie in Lichtenberg „erzogen“ wird, davon hat der „Vorwärts“ in letzter Zeit etliche Proben mitgeteilt (in Nr. 298 vom 20. Dezember v. J.). Der Magistrat hat sich dagegen gewehrt und hat uns die Zustände dieser Anstalt in günstigerem Lichte geschildert (in Nr. 302 vom 24. Dezember v. J.). Inzwischen haben wir aber weitere Beschwerden erhalten, und nach dem Ergebnis der bisherigen Prüfung müssen wir sagen, daß unser Urteil über Lichtenberg dadurch nicht zugunsten der Anstalt geändert worden ist. Wir wissen selber, wie schwer es ist, in solchen Fragen die Wahrheit zu ermitteln, weil es eben nicht die besten Quellen sein können, aus denen man seine Informationen schöpfen muß. Es fällt uns gar nicht ein, unbesenen die Mitteilung hinzunehmen, die ein lügenhafter Wengel oder eine vernarrte Mutter uns macht. Aber wir fordern, daß andererseits auch nicht jede Klage, die von dort kommt, unbesenen als Schwindel zurückgewiesen wird.

Zur Beleuchtung der Rechtfertigungsversuche des Magistrats wollen wir heute nur ein Beispiel anführen. In seiner vor uns veröffentlichten Darstellung hatte er über die Arreststrafe gesagt: „Dunkelarrest ist in der Anstalt niemals angewandt worden.“ Wir haben jetzt Einblick erhalten in den Entwurf einer Dienstvorschrift für den Lichtenberger Inspektor, die von der Waisenverwaltung beraten werden soll. Darin steht wörtlich: „Die Arreststrafen können 1. durch Verdunkelung der Arrestzelle, 2. hartes Lager, 3. Entziehung der warmen Kost (Wasser und Brot) allein oder in Verbindung mit einander verhängt werden.“ Wenn dem Magistrat daran liegt, die Wahrheit zu hören, so wollen wir ihm hiermit in aller Ruhe erklären, daß die Redheit, uns dann noch eine Rechtfertigung zu schicken, selbst uns verblüfft hat, die wir vom Berliner Magistrat manches starke Stück lernen gelernt haben. Daß auch die körperliche Züchtigung durch die Hausordnung festgelegt wird, das sei hier nebenbei erwähnt. Sollte die Stadt Berlin für Lichtenberg wirklich keine Erzieher

finden können, die so befähigt sind, daß sie ohne Prügel auskommen?

Wir sind mit Lichtenberg noch keineswegs fertig. Wir werden dieses eigenartige „Erziehungshaus“ im Auge behalten und jeden Nichtstand besprechen, der uns von dort bekannt wird. Einstweilen erwarten wir eine nochmalige Erwiderung des Magistrats. Aber wir bitten, uns nicht voranzujammern, daß wir durch solche Kritik den dortigen Erziehern usw. die Freudigkeit nehmen. Wer seiner Aufgabe gewachsen ist, braucht keine Kritik zu scheuen, und wo zur Befähigung die Reizung kommt, da vermag keine Kritik die Freudigkeit zu töten. Die Bengel da draußen sind schwer zu behandeln, das glauben auch wir. Aber wer dabei zu nicht einwandfreien Erziehungsmitteln greifen muß, der sollte lieber seine Hände davon lassen. Es wird ja niemand gezwungen, Erzieher für Verwahrloste zu werden. Und es ist keine Schande, nicht das Zeug zu einem solchen zu haben.

Das Privilegium der Volksernährung, das den Agrariern gewährleistet ist, macht sich in ganz gemeingefährlichem Umfange geltend. Der Magistratsberichterstatter meldet: Die städtischen Kontrollbeamten haben auch in der letzten Zeit wieder mehrfach frisch geschlachtetes, mit dem Stempel eines brantierten Tierarztes versehenes Fleisch vorgefunden, das sie als verdächtig beschlagnahmten und das sich dann später bei der amtlichen Untersuchung als mit Tuberkulose behaftet herausstellte. Ferner wurden im Monat Dezember wegen Fehlens eines ärztlichen Untersuchungsstempels oder des einer städtischen amtlichen Fleischschau beschlagnahmt: 1 Rinderrücken, 2 Kalbssteifen usw. Das nicht unterrichtete Fleisch war größtenteils verdorben. Ein Rinderrücken, das den Stempel eines Tierarztes trug und demnach tuberkulös war, wurde in dem Vorraterraum eines Fleischers vorgefunden. Wenn man erwägt, daß es in Berlin etwa 20000 Fleischverkaufsstellen gibt, und daß es ganz unmöglich ist, auch nur einen größeren Teil zu kontrollieren, so kann man ungefähr ermessen, wie viel nicht unterrichtetes, oder auch unterfuchtes und dennoch gesundheitsgefährliches Fleisch in Berlin verkauft wird, weil eine Nachuntersuchung in Berlin gesetzlich verboten ist. Wie viel Anglist, Glend und Krankeheiten durch den Genuß solchen Fleisches, das vielfach zu Würst und anderen Speisen verarbeitet wird, verbreitet werden, soll hier nicht näher abgemalt werden. Bemerkenswert ist aber die große Zahl der Beschagnahmen bei der Untersuchung frisch geschlachteter Tiere auf dem Schlachthof. Im Dezember vorigen Jahres wurden unter anderem: 350 ganze Rinder, 63 Kälber, 570 Schweine und 9 Schafe beschlagnahmt. Ferner teilweise: 4443 Rinder, 120 Kälber, 4775 Schafe und 9286 Schweine.

Die neue Polizei-Verordnung betreffend die Verfertigung von Bild aus Kahlhäusern während der Saisonzeit nach außerhalb, welche mit dem heutigen Tage in Kraft tritt, schreibt für den Landespolizeibezirk Berlin in erster Linie vor, daß alles Glas, Stot, Dam- und Nehwid (ganz oder zerlegt) bei der Verfertigung nach außerhalb mit einem Ursprungsscheine versehen sein muß, der, von dem Inhaber oder Bevollmächtigten desselben ausgefertigt, an jedem einzelnen Stück Bild zu befestigen ist. Dieser Schein soll enthalten: die Bildgattung, Namen und Wohnung des Eigentümers des Bildes, die Nummer der Gemarle bzw. Bezeichnung der Plombe nach Ursprungsart, die Verfertigung des Kahlhauses und dessen Inhabers, den Tag der Verfertigung und Ausfertigung, Firmenstempel usw. Hasen und Flugwild bedürfen keines Ursprungsscheines. Zuwiderhandlungen werden mit Geldstrafe bis zu 60 M. geahndet.

Zechnungsstich. Der Polizeipräsident erläßt folgende Bekanntmachung: Auf Grund des § 139e Absatz 2 Ziff. 2 der Gewerbeordnung bestimme ich für den Ortspolizeibezirk Berlin, daß alljährlich bis auf weiteres und vorbehaltlich etwaiger für das einzelne Jahr anzuordnender weiterer Einschränkungen alle offenen Verkaufsstellen, soweit für sie nicht bezüglich des Lebenslaufes eine besondere Anordnung auf Grund des § 139f Abs. 1 und 2 der Gewerbeordnung getroffen ist (8 Uhr-Ladenstich), an folgenden Tagen für den geschäftlichen Verkehr bis 10 Uhr abends geöffnet sein dürfen: a) an dem dem Karfreitag, Himmelfahrtstage und Totensonntage vorangehenden Tage, b) an dem dem Ofter- und Pfingstfesten vorhergehenden Sonntagen, c) an den neun letzten Wochentagen vor dem 24. Dezember, d) am 30. Dezember, sofern derselbe auf einen Wochentag fällt. Demgemäß ist z. B. für das Jahr 1905 das Öffnenhalten der Läden für den geschäftlichen Verkehr bis 10 Uhr abends am 20. und 22. April, 31. Mai, 10. Juni, 25. November, 14. bis 18., 18. bis 23. und 30. Dezember gestattet. Ferner teilt der Polizeipräsident mit, daß er auf Grund des § 139d Ziffer 3 der Gewerbeordnung für den Ortspolizeibezirk Berlin die Bestimmungen des § 139c dieses Gesetzes über die den Gehäusen, Lehrlingen und Arbeitern in offenen Verkaufsstellen und den dazu gehörigen Schreibstufen (Kontoren) und Lagerräumen zu gewährenden Ruhezeiten und Mittagspausen für folgende Tage des Jahres 1905 außer Anwendung gesetzt hat: 1. Bei den Händlern mit Blumen für den 28. Januar, 4., 11., 18., 25. Februar, 4., 11., 18., 25. März, 28. November, 2., 9., 16., 23., 29. und 30. Dezember. 2. Bei den Händlern mit Spielwaren für den 29. und 30. November, 1., 2., 4. bis 6., 11. bis 16., 18. bis 23. Dezember. 3. Bei allen übrigen offenen Verkaufsstellen für den 20. und 22. April, 31. Mai, 10. Juni, 25. November, 14. bis 18., 18. bis 23. und 30. Dezember.

Neuer Kaufmann. Unter den deutlichen Vurschenschaftern war bisher ein Wehlag, daß sie eben nicht so gut in Ansehen ständen wie die Korps. Wahrscheinlich um sich an gehöriger Stelle ein besseres Renommee zu verschaffen, haben die Herren dieser Lage auf dem außerordentlichen Vurschentag in Berlin folgende neuen Bestimmungen in ihre Zweifelsregeln aufgenommen:

Jedes aktive und inaktive Mitglied der Deutschen Vurschenschaft nimmt jede Pistolenforderung vorbehaltlich des Vurschenschaftler-Ehrenrates an. Jedes aktive und inaktive Mitglied der Deutschen Vurschenschaft darf auf Pistolen selbst fordern nur: 1. im Falle schwerer Familienbeleidigung, falls Ermahnung auf andere Waffen nicht erreicht werden kann; 2. im Falle körperlicher Unfähigkeit eines Teiles; die blanke Waffe zu führen; 3. im Falle, daß ein Kontrahent mit einer durch das Blut übertragbaren Krankheit behaftet ist. Jedes aktive und inaktive Mitglied der Deutschen Vurschenschaft ist verpflichtet, vor Austragung einer Pistolenforderung mit einem Nichtvurschenschaftler seinen Ehrenhandel einem Ehrenrat alter Vurschenschaftler vorzusetzen und diesem die Entscheidung anheimzugeben, ob es ihm erlaubt wird, den Ehrenhandel mit Pistolen anzutragen, ohne aus der Deutschen Vurschenschaft auszuschließen. Der Ehrenrat ist gehalten, auch für den Fall, daß der Vurschenschaftler der Beforderung ist, sich an die Bestimmungen des § 9a zu halten, wenn nicht die zwingendsten Gründe vorliegen, davon abzugehen. Zur Feststellung der förder-

lichen Unfähigkeit, die blanke Waffe zu führen, ist auf Verlangen des Ehrenrates das Zeugnis eines approbierten Arztes beizubringen. Diejenigen aktiven und inaktiven Mitglieder der Deutschen Vurschenschaft, welche einem militärischen Ehrengericht unterliegen, werden von den vorstehenden Bestimmungen nicht betroffen.

Die Ordnungspresse hat sich in diesen Tagen dadurch die Zeit vertreiben, daß sie gemeinsam mit dem preussischen Minister über den Kontraktbruch und den Mangel an Gesehlichkeitssinn bei den Bergarbeitern jammerte. Ueber die Verbesserung des Gesetzes, die in der Annahme der hier abgedruckten Bestimmungen dreist zutage tritt, war bisher ebensowenig ein Tadel zu vernehmen, wie über den Kontraktbruch der Grubenbarone. Wohl deswegen nicht, weil die akademischen und kapitalistischen Gesehewächter geborene Ordnungsgeliebten sind.

Diesen Hinweis wollen wir keinesfalls so gedeutet wissen, als ob uns ein Mitleid mit den Opfern antwandelte, die der Pistolenkomment künftig fordet. Wenn sein Leben so wenig wertvoll erscheint, daß er es der Pistole eines beliebigen Kaufhaldes preisgibt, der mag sich ruhig in ein besseres Jenseits befördern lassen. Das Vaterland und die Menschheit hat nichts an ihm verloren.

Für Ansicht-Postkarten-Besender dürfte die nachfolgende, soeben vom Reichs-Postamt erlassene Verfügung von Interesse sein: Im inneren deutschen Verkehr werden vom 1. Februar d. J. ab verkehrswise briefliche Mitteilungen auf der Vorderseite der Ansicht-Postkarten zugelassen werden. Der für die Mitteilungen bestimmte, durch einen senkrechten Strich abzugrenzende Raum darf aber keinesfalls die linke Hälfte der Karte überschreiten (so daß also für die Adresse mindestens die rechte Hälfte freibleibt). Auf den Verkehr mit dem Ausland findet diese Vorschrift keine Anwendung; jedoch sollen vom Ausland ohne den Stempel „T“ (d. h. taxiert) eingehende derartige Karten den Adressaten ohne Nachtrage ausgehändigt werden. — Man wird also gut tun, vom Ausland eingehende „T“-Ansicht-Postkarten nur dann anzunehmen, wenn sie des hohen Straßporto wert erscheinen.

Amerikanische Restaurants in Berlin. Ein ganz neuer Typ von Gasthäusern wird in kurzer Zeit in Berlin zur Einführung gelangen: die amerikanischen Frühstücksneipen. Ein jüngerer New Yorker Gastwirt will in den belebtesten Stadtteilen Restaurants eröffnen, in denen nach New Yorker Muster jeder Gast zum Bier einen Juhbis gratis erhält. Ein Restaurant dieser Art ist bereits in kleinem Umfange in der Großen Frankfurterstraße errichtet worden; da der Versuch ein günstiges Resultat ergeben hat, will der Unternehmer in den belebtesten Stadtteilen besser ausgestattete Filialen einrichten, die in wenigen Monaten eröffnet werden sollen. Weil durch die Gratiosgewährung von Frühstück zum Bier der Bierpreis nicht erhöht wird, droht aus den neuen Restaurants besonders den Automaten- und Schänken Konkurrenz. Von demselben Unternehmer werden auch billige Volkshäuser in Berlin eingerichtet werden. Die sogenannten American-Drinks, an denen in den eleganten Bars sehr viel verdient wird, sollen in diesen Volkshäusern zu einem billigen Preise ausgegeben und dadurch beim Berliner Publikum mehr eingeführt werden. Ob man damit dem Berliner Publikum einen besonders großen Dienst erweist, ist freilich eine andere Frage.

Der Schwindel auf Wohltätigkeitsfesten, von dem zuweilen in der Presse berichtet wurde, erhält eine neue Beleuchtung dadurch, daß die Gesellschaft zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit ihr am 8. Februar im Künstlerhaus stattfindendes Wohltätigkeitsfest die Einrichtung getroffen hat, daß alles Verkauftene nur gegen Wertmarken verabsichtigt wird. Den Damen in dieser Gesellschaft wird ja gewiß nichts Arges nachzusagen sein; aber es muß sich schon gegen die Wohltätigkeitsfesten im allgemeinen ein beträchtliches Quantum Mißtrauen aufgehäuft haben, wenn derartige Maßregeln für notwendig gehalten werden.

Neues vom Grafer Pädler. Der „Pädler-Wagen“, jenes Gefährt, das durch die Straßen Berlins gefahren wurde und an allen Seiten mit der großen Aufschrift versehen war: „Es lebe der Berliner Sozialismus! Letzte Pädler-Rede“, ist jetzt von der Polizei beschlagnahmt worden. Als der Wagen über den Spittelmarkt fuhr und dort Menschenansammlungen verursachte, wurde er durch Polizisten angehalten und nach der nächsten Wache in der Deutschstraße geschafft. Hier wurden die Säbier entfernt, auch die große rote Fahne wurde konfiszirt, auf der die Worte prangen: „Deutschland, Deutschland über alles“. Nachdem die Personalien des Autors und Begleiters des Wagens festgelegt waren, durfte der seiner Aufschrift beraubte Wagen weiterfahren.

Einsbrecher haben in Tegele eine Gastrolle gegeben. Sie zertrümmerten daselbst die Schaufensterscheibe des Goldwarengeschäftes von Linde in der Berlinerstraße und begannen dann sofort das Schaufenster auszuräumen. Dabei gingen sie mit großer Sachkenntnis zu Werke und wählten nur die wertvollsten Sachen aus. Das Mittren der Glasscherben hatte aber den Ladeninhaber gewetzt, der dann mit einem geladenen Revolver in der Hand den Laden betrat. Die Einsbrecher, drei an der Zahl, ergriffen nun mit ihrer Beute die Flucht. Unterwegs kam einer der Diebe zu Fall und bedrohte den ihn verfolgenden Herrn L. mit dem Messer. Linde brachte darauf von seinem Revolver Gebrauch und verlegte anscheinend einen der Diebe leicht. Dennoch entkamen alle drei. Die sofortige Aufsuchung des Waldes blieb ohne Ergebnis. Auf dem Felde fand man noch Uhren und Brotschen, welche die Verbrecher unterwegs verloren hatten. Der Schaden beträgt etwa 1000 M.

Die Folgen der Benzin-Explosion. In der schweren Benzin-Explosion im Hause Großgörschenstraße 36, über die wir gestern berichteten, wird mitgeteilt, daß der Zustand der schwer verletzten Marie Grunach außerordentlich bedenklich ist. Die Verletzungen, die die Flamme bei dem jungen Mädchen verursacht haben, haben sich als weit erheblicher herausgestellt, als man anfangs annahm, und es ist sehr zweifelhaft, ob die G. mit dem Leben davonkommen wird. Die furchtbaren Folgen aber, die die Explosion nach sich gezogen, dürften zur Warnung allen denen dienen, die beim Umgehen mit Benzin nicht die peinlichste Vorsicht walten lassen.

Ein Opfer des Eises. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich gestern auf dem Müggelsee. Die Nachricht von der Freigabe der größten Naturerlebnisbahn in der Umgebung Berlins lockte viele Hunderte von Personen nach Friedrichshagen, und so sammelten sich gestern nachmittag über tausend Personen auf dem See. Ein junger, etwa 20-jähriger Mann geriet in der Nähe der städtischen Wasserwerke, außerhalb der eigentlichen Bahnlinie in eine Röhre und versank augenblicklich in den Fluten. Alle Bemühungen, den Ertrinkenden zu retten, erwiesen sich als vergeblich. Es wurde nur ein schwarzer Pilzhut, welcher zweifellos dem Verunglückten gehörig hat, aufgefunden. Vielleicht dürfte der Gut zur Rekonnozierung des Ertrunkenen dienen.

Ein schwerer Eisenbahnunfall, der bedeutenden Schaden verursachte, erfolgte gestern Abend gegen 6 Uhr auf dem Nordring zwischen den Bahnhöfen Wedding und Pützlitzstraße. Auf dieser Strecke wird der Güterverkehr einseitig befahren. Gegen 6 Uhr kam nun vom Bahnhof Wedding, wie auch vom Bahnhof Pützlitzstraße ein Güterzug. Bei der Ueberführung des Hamburger Güterbahnhofes fuhr der vom Wedding kommende Zug über das Haltsignal hinaus und stieß mit dem vom Bahnhof Pützlitzstraße kommenden Zuge mit aller Gewalt zusammen. Hierbei wurde eine Maschine aus dem Gleise gehoben und vollständig umgekehrt. Der unmittelbar dahinter angehängte Postwagen und ein mit drei beladenen Waggons geriet in Brand, so daß die Flammen in die Höhe schossen. Die Feuerwehre wurde sofort alarmiert. Als der erste Löschzug aus der Turnstraße unter Brandmeister Hammer eintraf, hatten die Flammen sich bereits einen dritten Wagen erfaßt. Das Hauptaugenmerk wurde darauf gerichtet, daß der Personenverkehr des Nordringes nicht gehemmt wurde. Die Schlauchleitungen, die teilweise von großer Länge sein mußten, wurden unter den Schienen durchgegraben und von der Torfstraße aus kräftig Wasser gegeben. Inzwischen waren noch die Löschzüge aus der Pant-, Tied- und aus der Linienstraße herbeigeleitet. Fast zwei Stunden lang mußte Wasser gegeben werden, bevor die Flammen erlosch. Die entwidene Dampfkessel war so gewaltig, daß die eiserne Eisenbahnbrücke anfang zu schmelzen, weshalb man sie fortwährend unter Wasser halten mußte. Gegen 9 Uhr waren immer noch einzelne Schlauchleitungen in Tätigkeit, da immer wieder Flammen aufstiegen. Der verursachte Schaden ist ganz bedeutend, da die eine Lokomotive und sieben beladene Eisenbahnwaggons vollständig zerstört worden sind. Menschen sind glücklicherweise nicht verletzt worden. Der Führer des Zuges, der den Zusammenstoß herbeiführte, sprang im letzten Augenblick ab und heute vorläufig noch gesperrt bleiben, da die Bahngleise im Laufe der Nacht noch nicht freigelegt werden können.

Berlin, 20. Januar. (Amtliche Meldung.) Heute Nachmittag 5 Uhr 35 Minuten stießen auf dem Ringbahn-Gütergleise zwischen Raabitz und Wedding auf Kilometer 1,4 infolge Ueberfahrens des Halt-Signals durch den einen Güterzug zwei Güterzüge zusammen. Eine Lokomotive und mehrere Waggons entgleisten, zwei Waggons gerieten in Brand und wurden alsbald durch die Feuerwehre gelöscht. Zwei Beamte wurden leicht verletzt. Die Sperrung der Güterzugstrecke wird voraussichtlich zehn Stunden dauern.

Die Nebenklassen, die an den Berliner Gemeindeschulen für den Sonderunterricht schwachbegabter Kinder eingeführt wurden, waren zunächst einzeln auf möglichst viele Schulen verteilt worden. Später ging man dazu über, sie zu Gruppen von zwei oder drei und mehr aufsteigenden Klassen zu vereinigen, und so ist man allmählich zu richtigen kleinen „Nebenklassen“ gelangt. Die Zahl der Gemeindeschulen mit Nebenklassen nahm dabei ab. In diesem Winterhalbjahr 1904/05 bestehen 105 Nebenklassen (wenn man zwei Sonderklassen für schwerhörige Kinder mitschließt), die sich auf nur noch 34 Gemeindeschulen verteilen, während noch im vorigen Winter an den damals acht Nebenklassen 41 Gemeindeschulen beteiligt waren. Gegenwärtig sind einzelne Nebenklassen nur noch an 7 Schulen vorhanden, dagegen finden sich an 8 Schulen je zwei Klassen, an 7 Schulen je drei Klassen, an 6 Schulen je vier Klassen, an 2 Schulen je fünf Klassen, an 3 Schulen je sechs Klassen, an einer Schule sieben Klassen. Eine der Schulen mit je sechs Klassen besteht ganz für sich und ist in einem besonderen, gemieteten Schulhause untergebracht. Ihr sind auch die beiden Klassen für Schwerhörige angefügt, so daß diese „Nebenschule“ sogar acht Klassen hat.

Zu schnelles Fahren. In der Zeit vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1904 sind seitens des königlichen Amtsgerichts I wegen übermäßig schnellen Fahrens bezw. wegen Umliegens und Strafbedenken im Trabe unter teilweiser Annahme eines in der Gefährdung des Publikums gefahrenen großen Aufwags 54 Personen zu 30 R. Geldstrafe, eine Person zu 35, 11 Personen zu 40, 3 Personen zu 45, 11 Personen zu 50, 8 Personen zu 60 und eine Person zu 70 R. Geldstrafe verurteilt. 2 Personen erhielten einen Beweis, eine Person erhielt 2 Wochen Haft, eine zweite wurde mit 10 Tagen und eine dritte Person mit 24 Tagen Haft bestraft.

Die Tochter des Oberförsters. In der Regel ist es das starke Geschlecht, das das schwache Geschlecht auf den Leim lockt, um es zu rupfen. Das aber auch das Umgekehrte vorkommt, beweist wieder einmal ein Fräulein Else Rattai, die es mit ihrem hübschen Gesicht, ihrer ebenmäßigen Gestalt, ihrem beschreibenden Wesen und vor allem ihren „vielen Tausenden“ einer ganzen Reihe von jungen Männern angetan hat. Bekanntschaften zu machen, wurde der jungen Else bei ihren vielen Vorzügen nicht schwer. Aber als Tochter eines Oberförsters mit einer Mittgut von 40 000 Mark mußte sie die Männern auch so zu fesseln, daß sie ihr gern die Ehe versprochen und auf die künftige Mittgut bereitwillig größere oder kleinere Vorläufe gaben oder sonst ein Opfer brachten. Während wußte sie zu schildern, weshalb sie zu Hause nicht bleiben könne; bei der bösen Stiefmutter war es nicht auszuhalten. Bei jedem Viehöber füllte sie einen anderen Namen. Zuletzt hieß sie Anna Haase, weil sie einen Edlitten gestohlen hatte, in dessen gelber Krücke dieser Name eingeschrieben war. Früher hatte sie sich immer Bernhard ufm. genannt. Ein junger Mann, den sie unter Vorpiegelung einer Erbschaft, die jeden Tag eintreffen sollte, bedeutend erleichtert und dann verheiratet hatte, traf die „Oberförsterstochter“ gestern zufällig auf der Straße und ließ sie seufzen. Jetzt erfuhr er ihren richtigen Namen und die unangenehme Tatsache, daß Else Rattai schon zweimal im Zuchthaus gesessen hat.

Unter dem Verdacht des Heiratsschwindels wurde der 40 Jahre alte, angeblich aus Amerika stammende Kaufmann Albert Adams verhaftet, der unter dem Anschein eines reichen Kinen- und Bräutigams es verstand, sich in vornehme Kreise einzuführen. So hatte er durch eine hiesige Heiratsvermittlerin die Bekanntschaft einer verwitweten Frau O. aus Wilmersdorf gemacht, die in sehr guten Verhältnissen lebt und eine stattliche Rente besitzt. Auch ihr gegenüber gab sich Adams als reicher Gentleman aus, der jährlich über 175 000 Dollar und mehr verfüge. Frau O. schenkte diesen Angaben Glauben, sie fing an, mit dem angeblichen Amerikaner freundschaftlich zu verkehren, und entschloß sich, ihm die Hand zum Ehebande zu reichen. Standesamtliche Trauung und Hochzeit sollten in London stattfinden. Vorgestern Abend gedachte das Paar die Abreise vom Bahnhof Friedrichstraße anzutreten. Inzwischen aber hatten die beiden Schwäger der Frau O. sich genauer mit dem „Kinen- und Bräutigam“ beschäftigt; das Resultat ihrer Ermittlungen war bereit, daß sie ohne Rücksicht auf einen Haftbefehl gegen ihn erwirkten. Abends, gerade in dem Moment, als das Paar in den bereitstehenden Zug steigen wollte, wurde Adams festgenommen und dem Untersuchungsgefängnis zugeführt. Die weitere Untersuchung ergab, daß der Verhaftete das Vermögen der Frau O. um mehr als 20 000 Mark erleichtert hatte, und daß seine Angaben durchweg erfunden waren.

Zu dem Selbstmord des Hausdieners Mödiger wird uns gemeldet, daß er sich nicht wegen eines Konflikt mit seiner Frau, sondern wegen eines unheilbaren Nervenleidens das Leben genommen hat.

Ein schrecklicher Unglücksfall ereignete sich Donnerstag Abend in der Kirchhofstraße zu Rixdorf. Die Einfahrt zum Grundstück des Fuhrmanns Domack, Kirchhofstr. 44, war durch mehrere auf der Straße stehende Fuhrwerke der Firma Richard Hoffmann aus der Richardstraße versperrt, so daß D. nicht auf seinen Hof fahren konnte. Er rief daher einem der Fuhrer zu, Platz zu machen. Der Arbeiter Gustav Reichsmann, der dies hörte, wollte dem D. gefällig sein, sprang hinzu und nahm die Pferde des vordersten Wagens beim Kopf. Die Tiere bäumten sich, schauten und gingen durch, wobei A. umgerissen ward und unter die Räder des schweren Arbeitswagens geriet. Als man ihn ausloste, war er bereits tot. Die Leiche wurde polizeilich beschlagnahmt und nach dem Berliner Schauhause geschafft. Reichsmann stand im 38. Lebensjahre.

Die Liquidatoren der Krankenlage „Verolina“ schreiben uns: Der am 19. Januar im „Vorwärts“ genannte Herr Reumeyer hat mit der Abwicklung der restierenden Krankengeldforderungen nichts zu tun, auch kann infolgedessen von einer Auseinandersetzung mit ihm keine Rede sein. Daß Vergleiche geschlossen werden, ist selbstverständlich, da der Eingang der Kassenstände nicht so groß ist, um alle Forderungen voll decken zu können.

Im den schwarzen Boden gestorben ist der 34 Jahre alte Glasbläser Arthur André, der vor acht Tagen krank hier ankam. Der Mann kam aus Ruhland, um nach seiner belagerten Heimat zurückzukehren, wurde von einem Schuttmann nach dem Krankenhaus am Friedrichshain und von dort nach den Charité-Paraden gebracht. Hier befiel ihn der Podenverdacht, und André ist gestern der Krankheit erlegen.

Von schweren Schicksalschlägen ist die Dachdeckerfamilie Hoffmann in Friedrichshagen betroffen worden. Vorgestern stürzte H. während der Arbeit von einem Dache ab und blieb benimmungslos liegen. Der Verunglückte hatte eine Gehirnerschütterung sowie schwere innere Verletzungen davongetragen und mußte in fast hoffnungslosem Zustande nach dem städtischen Krankenhaus überführt werden. Gestern nachmittag unternahm der 24jährige Sohn, das einzige Kind der H.'schen Eheleute, auf dem Rügelsee eine Schlittschuhpartie. Im schnellsten Tempo raste er nach der Rahnendorfer Wähe zu. Der junge Mann hatte nicht bemerkt, daß er an eine verbotene Stelle herangeraten war, an welcher das Eis aufgehauen war. Blindlings stürzte er in die Oeffnung hinein und verschwand unter der Eisdäcke. Die sofort angestellten Rettungsversuche blieben erfolglos.

Wegen Kindes... wurde ein Dienstmädchen Verta Stedmann aus Pichewitz im Kreise Stolpe von der hiesigen Kriminalpolizei festgenommen. Die Verhaftete war in Wilmersdorf in Stellung, löste ihr neugeborenes Kind und veruchte, die Leiche durch das Klosettloch zu beseitigen. Die Hausfrau schöpfte Verdacht und ließ eine Hebamme holen. Dieser gefand das Mädchen, das Kind geboren und getötet zu haben.

Feuerbericht. Freitag früh gegen 9 Uhr wurde die Wehr nach der Ritterstr. 37 gerufen, wo in einem Keller des Ouergebundes Brechlofen in Brand geraten waren. Der 18. Löschzug konnte die Gefahr leicht beseitigen. — Längere Zeit gab es aber vorher wenige Häuser feuer, Nr. 23, zu tun. Hier hatte im zweiten Stock des linken Seitensüßels der Fußboden und die Balkenlage Feuer gefangen. Um es vollständig zu löschen, mußte das Zwischengeßall teilweise freigelegt werden. — Allelei Verpackungsmaterial und alter Handrat brannte dann in der Chausseest. 123 in einem Keller. — Nach dem neuen Amtsgerichtsgebäude in der Neuen Friedrichstr. 12 wurde die erste Löschkompanie gerufen, weil hier ein Keller unter Wasser stand. Die Wehr hatte lange Zeit mit dem Auspumpen zu tun. — Die übrigen Alarmierungen, die in den letzten 24 Stunden noch nach der Remelerstr. 63, Rühlstr. 4/5 usw. führten, waren auf „blinden Lärm“ zurückzuführen.

Arbeiter-Bildungsschule Berlin, Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15. Für den von seinem Lehramt zurückgetretenen Schriftsteller Dr. R. Steiner ist der Gemoffe Dr. M. Maarenbrecher eingetreten, der am nächsten Sonntag die von Dr. Steiner begonnene Rede-Übung für Fortgeschrittene weiter leiten wird (im Arbeitsnachweis des Metallarbeiter-Verbandes, Hof links III, über Saal 8). Ebenso beginnt der Unterricht in Geschichte unter seiner Leitung am Dienstag, den 24. d. Ms., im Saal 1, und in Rede-Übung am 27. d. Ms., ebenfalls im Saal 1. In zahlreichem Besuch wird eingeladen.

Für den sozialen Ausabend der Charlottenburger Volks-Kunst-Kommission am 22. d. M. in der Kaiser Friedrichschule zu Charlottenburg am Sabingplatz haben sich Dr. Gustav Henz und Maria Holgers für den registrierbaren Teil, Eugen Wrieger für den musikalischen Teil zur Verfügung gestellt. Die Begleitung der Lieder hat James Rothstein übernommen. Georg Engelbert Graf hält den einleitenden Vortrag. Karten a 50 Pf., einige nummerierte Plätze a 1 M. sind in allen Charlottenburger Buchhandlungen sowie im Verein zur Förderung der Kunst, Albrechtstr. 11, Dürerhaus, Kronenstraße 18, und Bloch, Brüderstr. 1, zu haben.

Der Bund für Mutterschutz, über dessen Gründung unlängst berichtet wurde, hat sich nunmehr organisiert. In einer dieser Tage zu Berlin abgehaltenen Sitzung konstituierte sich der leitende Ausschuß des Bundes, der im wesentlichen aus denselben circa 50 Persönlichkeiten besteht, welche den Aufw. des Bundes unterzeichnet hatten, und beschloß die Satzung. Nach § 1 derselben ist Zweck des Bundes: a) ledige Mütter und deren Kinder vor wirtschaftlicher und sittlicher Gefährdung zu bewahren und die herrschenden Verhältnisse gegen sie zu beseitigen. Diese Ziele sucht der Bund zu erreichen: a) indem er ledigen Müttern zur Erzeugung wirtschaftlicher Selbstständigkeit behilflich ist, insbesondere denjenigen, die ihre Kinder selbst aufziehen wollen, durch Schaffung von (ländlichen und städtischen) Mütterheimen; b) durch eine allgemeine Mutterschafts-Versicherung; c) durch Verbesserung der rechtlichen Lage der unehelichen Mütter und Kinder; d) durch Propaganda jeder Art (öffentliche Versammlungen, Artikel in der Presse, ausflärende Broschüren und Flugblätter, sowie ein eigenes Organ). Die Erledigung der laufenden Geschäfte wurde einem provisorischen Vorstande übertragen, bestehend aus den Damen Dr. phil. Helene Stöder, Ruth Oré und Maria Wischniewska, den Herren Dr. phil. W. Vorigius und Dr. med. Max Marcuse (letzterer als Vertreter der Geschäftsstelle, Berlin W., Leipzigerstr. 42). An den einzelnen Plätzen des Reiches sollen Orts- bezw. Bezirksgruppen mit weitgehender Freiheit hinsichtlich ihrer praktischen Betätigung und Finanzverwaltung gebildet werden. Alle zwei Jahre soll eine ordentliche Generalversammlung stattfinden.

Theater. Die Erstaufführung von Hugo von Hofmannsthal's Schauspiel „Das gerettete Venedig“ im Lessing-Theater beginnt ausnahmsweise um 7 Uhr. — Im Luisen-Theater geht heute Henri Jhens Schauspiel „Die Stützen der Gesellschaft“ in Szene. Die Hauptrollen liegen in den Händen der Damen Hüstel, Venken-dorf, Katrowska und den Herren Boehm, Dehning, Rajetwoki Alina, Wald. — Im Metropol-Theater ist heute der zweite Theaterball. Wegen der Wohlthätigkeits-Vorstellung am Sonntag beginnt die von der Freien Volksbühne veranstaltete Aufführung von „Madame Bonivard“ 8 1/2 Uhr.

Aus den Nachbarorten.

Adlershof.

Bei dem hochseligen Herrn v. Oppen war es Grundsatzen Kampf gegen die Sozialdemokratie durch bewußte Verletzung derselben Gesetze zu führen, deren Beachtung er in der Bürgererschaft erzwingen sollte. Von den Kampfmitteln dieses Amtsdorfherrn ist heute noch die Mahregelung arbeiterfreundlicher Wirte in vollem Flor. Sobald ein Saalbesitzer seine Räumlichkeiten auch zu sozialdemokratischen Versammlungen hergiebt, kann er daraus rechnen, daß er für diesen Akt der Gerechtigkeit entsprechend bestraft wird. Es dauerte nur kurze Zeit und die Behörde teil ihm mit, daß die Polizeistunde, die für sein Lokal bis 12 Uhr dauerte, auf 10 Uhr herabgesetzt ist. Nichtsozialdemokratische Vereine können sich Umzüge gestatten, ebenso dürfen sie zu ihren bis in die späte Nacht hinein dauernden Vergnügungen durch Plakate einladen; beanpruchen Sozialdemokraten dasselbe Recht, dann setzen die Polizeibehörden ein. Wie gestern mitgeteilt wurde, hat die Polizei es nunmehr mit einer ungeschicklichen Versammlungsauflösung versucht. In dieser Angelegenheit soll Sonntag nachmittag, pünktlich 2 1/2 Uhr, bei

Meißner, Bismarckstraße 60, eine Protestversammlung für Männer und Frauen abgehalten werden. Vom Lokal des Gastwirts Rau, Bismarckstraße 10, aus findet hierzu Sonntag, vormittags 8 Uhr, eine Flugblattverbreitung statt. Es ist wohl darauf zu rechnen, daß die Versammlung von Männern wie von Frauen zahlreich besucht wird. Wenn auch nicht zum wenigsten die behördlichen Drangsalierungen es dahin gebracht haben, daß bereits drei Viertel der Einwohnerschaft von Adlershof sozialdemokratisch sind und daher zur Agitation nur ein verhältnismäßig kleines Feld bleibt, so gilt es doch, die Augen der Öffentlichkeit auf die ortsüblichen Polizeitaten zu lenken. Die Bevölkerung soll sehen, welche Zustände hier Platz gegriffen haben!

Steglitz.

In einer Schadenersatzklage hat die achte Zivilkammer des Landgerichts II dahin entschieden: Es ist Pflicht der Gemeinden, denjenigen Schaden zu ersetzen, welchen die Feuerwehre — auch eine freiwillige Feuerwehre — beim Löschen eines Brandes (dem Nachbar des in Brand geratenen Gebäudes) in Ausübung ihrer Befugnis zufügt. In der Nacht zum 6. Juli 1903 brannte ein in der Nähe des Potsdamer Bahnhofes in Steglitz gelegener Schuppen des Brauereigewerks H. ab. Die freiwillige Feuerwehre zu Steglitz löschte den Brand, vernichtete aber bei ihren Löscharbeiten auf einem angrenzenden Grundstück 1/2 Morgen Gemüse vollständig, wodurch ein Schaden von 116 M. angerichtet wurde. Der Kläger klagte diese Summe gegen die Landgemeinde Steglitz ein. Diese machte die Einwendung, daß die freiwillige Feuerwehre in Steglitz kein Gemeinde-Institut, sondern nur ein von der Gemeinde subventionierter Privatverein und im übrigen Hilfsorgan der Polizei sei. — Die Gemeinde ist darauf in zwei Instanzen zum Schadenersatz verurteilt worden. Die Zivilkammer hat in dem in den „N. f. Rechtspf.“ abgedruckten Erkenntnis ausgeführt, daß hier ein zum Schadenersatz verpflichtender Eingriff in die Rechte eines Dritten vorliegt. Eine dem öffentlichen Wohle sich widmende Körperchaft habe in Ausübung ihrer von Polizei und Gemeinde beauftragten Wirksamkeit gehandelt und aus den Vorschriften des öffentlichen Rechts ist ihre Befugnis zu dem gegebenen Eingriff in die Rechte ebenso wie die Verpflichtung des Geschädigten, sich diesen Eingriff gefallen zu lassen, herzuleiten. Die Polizei habe die Aufgabe, in Ausübung der Staatshoheit das zur Abwendung von Feuergefahr Erforderliche im allgemeinen, wie auch im einzelnen Falle anzuordnen, und die von ihr als Hilfsorgane anerkannte Feuerwehre befindet sich also, sofern sie die öffentlich-rechtliche Befugnis zum Eingriff in Privateigentum ausübt, selber in obrigkeitlicher Funktion. Der Kläger kann nach §§ 71, 75 Einl. z. Allg. Landrecht den Ersatz seines Schadens verlangen und es darf seinen Entschädigungsanspruch gegen die Gemeinde richten. Die Ersatzpflicht des § 75 liegt nicht immer dem dort ausdrücklich genannten Staate als Pflicht, sondern sie liegt, sofern die Maßregel kleineren öffentlich-rechtlichen Verbänden ausschließlich zugute kommt, die jene ab, so der Provinz, dem Kreise, der Stadtgemeinde, dem Reichsverbande, den Gemeinden. Vorliegend hat offenbar die Gemeinde den Nutzen der getroffenen Maßregel, denn es liegt ausschließlich im Interesse der Gemeinde, daß die auf ihrem Gebiet entstehenden Brände schleunigst gelöscht werden. Die Gemeinde ist sonach zur Erstattung des angerichteten Schadens verpflichtet.

Teltow.

Die Stadtverordneten-Versammlung zu Teltow wählte Herrn Volkmar in ihrer letzten Sitzung wieder zum Vorsteher, sowie zum Stellvertreter Herrn Ebel. Eieben Stimmen vereinigten sich auf diesen Herrn, während vier auf unseren Parteigenossen Frank fielen. Unsere drei im Stadtparlament vertretenen Parteigenossen wurden u. a. in den Steueranschuß, in die Kommission für Hoch- und Tiefbau, in die Armenkommission und in den Wasserentwurf gewählt. Auf Vorschlag unserer Parteigenossen wurden auch drei Frauen in den Wasserentwurf, darunter unsere Genossin Frau Krüger. Für die Stadtkasse wurde eine weibliche Lehrkraft bewilligt. Sparamtsleiter rüchschickten die Mehrheit, den sozialdemokratischen Antrag auf bessere Straßenbeleuchtung in den Frühstunden abzulehnen. Ein Antrag auf Bildung eines Kanalisations-Verbandes zwischen den Gemeinden Wilmersdorf, Grunewald, Zehlendorf, Schmargendorf und Teltow lag noch der Stadtverordneten-Versammlung zur Beratung vor. Auf Vorschlag unserer Parteigenossen Räder wurde beschlossen, sich grundsätzlich mit dem Antrage einverstanden zu erklären und den Magistrat aufzufordern, der Stadtverordneten-Versammlung Projekte und Kostenanschläge vorzutragen.

Reinickendorf.

Bei der Abnahme der Gemeindefassen-Rechnung für das Jahr 1903 wurden in der letzten Sitzung der Gemeindevertretung zu Reinickendorf keine Einwendungen gemacht. Hervorgehoben wurde nur, daß der Ertrag der Gewerbesteuer und Forstualsteuer einen ganz erheblichen Rückgang aufweist. Eine Besserung ist aber bereits eingetreten. Ein an der Provinzialstraße gelegenes Grundstück soll gegen eine Entschädigung in Flächen Betrage der Grundwertigkeit der Stadt Berlin eingemeindet werden, um eine Bebauung des Grundstücks zu ermöglichen. Der Zentral-Grundbesitzerverein petitioniert um den Ertrag einer Polizeiverordnung, wonach das Auslösen und Aufhängen von Wäsche, Betten usw. auf Balkons und Fenstern, die nach der Straßenseite gelegen sind, verboten werden soll. Die Gemeindevertretung beschloß, die Verordnung am 1. April d. J. in Kraft treten zu lassen und eine Uebertretung mit Strafe bis zu 9 Mark zu belegen. Am Schluß der Sitzung wurde der Antrag angenommen, die Konfessionierung einer Apotheke im westlichen Ortsteil bei der Regierung zu befrworten. Die Einwohnerzahl des Ortes betrug am Anfang des Jahres 20 000 Seelen, das ist eine Zunahme gegen das Vorjahr um 2060 Seelen. — Einen recht bedauerlichen und hinterkommischen Beschluß faßte der Gemeindevorstand, indem er es ablehnte, die Schul-Kassen für die von der Zentralkommission der Klassenklassen Berlin und der Vororte arrangierten wissenschaftlichen sanitären Vorträge freizugeben. Es könnten durch die Benutzung Krankheitskeime und Bazillen eingeschleppt werden. Nun wissen wir's, wie man Volkskrankheiten bekämpft. Vielleicht könnten die Endeder so schädlicher Gründe auch einen Aufklärungs-Bazillus entdecken.

Niederschönhausen erhält eine neue Straßenbahn-Verbindung mit Berlin, indem die Strecke Mittelstraße—Pantow bis nach Niederschönhausen verlängert wird. Die Gemeindevertretung hat gestern den Vertrag mit der Firma Siemens u. Halske unter der Bedingung genehmigt, daß die Bahn am 1. Mai d. J. dem Betriebe übergeben werde. Die Bau- und Entschädigungskosten belaufen sich ohne die an Pantow zu zahlende Entschädigung von 20 000 M. auf 150 000 M. Durch Anlieger und Vaugesellschaften sind 75 000 M. aufgebracht, außerdem will die Territzing-Gesellschaft eine weitere Beisteuer von 10 000 M. leisten. Die fiskalische Brücke im Zuge der Lindenstraße muß jetzt von der Gemeinde Niederschönhausen übernommen werden. Der Gemeinde erwächst dadurch eine Ausgabe von 75 000 M., daß diese Brücke bedeutend verstärkt werden muß.

Am Zwischensch bei Gosen wird uns geschrieben: Zu dem Vorfalle, der vor einigen Tagen in Ihrem geschätzten Matie unter der Spigmarke „Gelingenes Rettungswerk“ veröffentlicht wurde, sei berichtigend bemerkt, daß der betreffende „Hugo“ nicht an einer morschen Stelle des Eises eingebrochen, sondern in eine durch Eisgewinnung freigelegte, seitens des Restaurateurs H. Gärtner durch nichts kenntlich gemachte Stelle geraten war. Hauptächlich den Bemerkungen des Arbeiters Wille ist es zu verdanken gewesen, daß der in großer Lebensgefahr Schwelbende gerettet worden ist. — Gleichzeitig spricht der Vorgang dafür, daß die Behörde nicht scharf genug darüber wachen kann, daß solche bei der Eisgewinnung freigelegte Stellen hinreichend kenntlich gemacht werden.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Sonnabend, 21. Januar.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Opernhaus. Samson und Dalila. Neues königl. Opern-Theater. Geschlossen.
Deutsches. Das Nachtmahl der Kardinal. — Die große Leidenhaft.
Berliner. Modell.
Leffing. Das gerechte Venedig. Westen. Die neugierigen Frauen.
Nachmittags 3 Uhr: Wilhelm Tell. National. Die Fledermaus.
Central. Madame Ferris.
Neues. Der Graf von Charolais.

Anfang 8 Uhr:
Schiller O. (Wallner-Theater.) Die Großstadtluft.
Schiller N. (Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater.) Die Haubenerche.
Kleines. Die Neuwermählten. Abschiedssouper.
Residenz. Herkulesspillen.
Lustspielhaus. Der Familientag.
Nachmittags 3 Uhr: Das böse Prinzchen.
Trionon. Die glückliche Gilberte. (Houmause.)
Deutsch-Amerikanisches. Revue Port. Ruffen. Die Söhne der Gesellschaft.
Kasino. In Vertretung.
Metropol. Die Herren von Maxim.
Welle-Milance. Lumpacivagabundus.
Carl Weiß. Geld und Name.
Nachmittags 4 Uhr: Rag und Korki.

Apollo. Berliner Luft. Spezialitäten.
Urania. Taubenstraße 18/19.
Im Theater abends 8 Uhr: Im Bannkreis der Jungfrau.
Vorank: Dr. B. Donath: Die Wellen und Strahlen elektrischer Kraft.
Invalidenstraße 57/62. Sternwarte. Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.
Im Theater abends 8 Uhr: Tierleben in der Wildnis.
Vossage-Theater. Bernardi. Will Prager. Anf. 5 Uhr.
Gerrnfeld-Theater. Prinz Levy in Ahlbeck.
Palast. Ein Allermwelsmädel. Spezialitäten.
Wintergarten. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Säng.

Kleines Theater
Abends 8 Uhr:
Die Neuwermählten
Hierauf: Abschiedssouper.
Sonntag nachm. 3 Uhr, ermäßigte Preise: Familienidyll. Liebesträume. Serenissimus-Zwischenstücke.
Abends: Die Neuwermählten.
Hierauf: Abschiedssouper.
Montag: Diefelben Vorstellungen.
Dienstag: Elektra.
Neues Theater.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Der Graf von Charolais.
Sonntag u. Montag: Der Graf von Charolais.
Dienstag: Die lustigen Weiber von Windsor.
National-Theater
Weinbergsweg 19.
Sonnabend, den 21. Januar:
Die Fledermaus.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Figaros Hochzeit. Abends 7 1/2 Uhr: Die Rauberglocke.
Zentral-Theater
Anf. 7 1/2 Uhr. Um 197. Male:
Madame Sherry
Operette in 3 Akten von Hugo Zeit. Jane: Mia Werber.
Sonntag nachm. in erster Besetzung: Die Gelaha. Rimoso: Mia Werber.
Abends: Der Zigeunerbaron. (Gustl Förster u. Oscar Braun.)
Donnerstag, den 26. Januar, zum 1. Male: Die Zigeuner. Operette v. Julius Bauer, Musik v. Franz Lehár.
Luisen-Theater.
Abends 8 Uhr:
Die Stützen der Gesellschaft.
Sonntag nachm.: Das Stiftungsfest. Abends: Kopfenraths Erben.
Apollo-Theater.
218 Friedrichstr. 218.
Täglich:
Berliner Luft
von Paul Lincke und das hochinteressante Januar-Spezialitäten-Programm.
Sonntag, den 22. Januar, nachm. 3 Uhr, ermäßigte Preise:
Venus auf Erden.
Dazu die Attraktionen des Januar-Spezialitäten-Programms.
Lustspielhaus
Sonnabend, den 21. Januar, nachm. 3 Uhr:
Das böse Prinzchen.
Täglich 8 Uhr:
Der Familientag
Vorger nachmittags: Der Familientag.

Urania, Taubenstr. 40/40.
8 Uhr:
Im Bannkreis der Jungfrau.
Im Hörsaal 8 Uhr:
Dr. B. Donath: Die Wellen und Strahlen elektrischer Kraft.
Sternwarte
Invalidenstr. 57/62.
8 Uhr:
Tierleben in der Wildnis.
P. CASTAN'S PANOPTICUM.
Friedrichstr. 165.
Der geheimnisvolle Hexentisch!!
das Mirakel des 20. Jahrhunderts.
Kasino-Theater
Lothringersstraße 37 (Rosenthaler Tor.)
Täglich 8 Uhr, Sonnt. 7 1/2-8 Konz.ert.
Nur noch kurze Zeit!
In Vertretung.
Sonntag 4 Uhr: Graphologie.
Residenz-Theater.
Dir.: Richard Alexander.
Heute und folgende Tage 8 Uhr:
Herkulesspillen.
Schwank in 3 Akten von Paul Bilhaud und R. Demmequin. Deutsch von W. Schönan.
Sonntag nachmittags 3 Uhr: Nora.
Metropol-Theater
Heute Sonnabend:
II. grosser Metropol-Theater-Ball.
Anfang 11 Uhr.
Alles näher besagen die Plakate.
Morgen u. die folgenden Tage
Die Herren von Maxim.
Gebrüder Herrnfeld-Theater.
Der bisher unübertroffene lachlustigste Herrnfeld-Schlager
mit seinen stürmisch bejubelten Situationen
Prinz Levy in Ahlbeck
Schwank in 3 Akten mit den Kuroren in den Hauptrollen.
Maguus Prinz Levy:
Donat Herrnfeld.
Präsident, dessen Reisebegleiter:
Anton Herrnfeld.
Anf. 8 Uhr. Biltottvorverk. 11-2 Uhr.
Passage-Theater.
Ausg. d. Abendvorstellung 8 Uhr.
Anf. nachm. 3 Uhr, Sonnt. 3 Uhr.
Arturo Bernardi,
der berühmte italienische Verwandlungskünstler.
Littke Carlsen.
Willy Pragers neues Repertoir.
14 erstklassige Nummern.
Carl Weiß-Theater.
Gr. Frankfurterstr. 132.
Nachmittags 4 Uhr, Kinderdarstellung (H. P. - fe), zum letzten Male:
Max und Moritz.
Abends 8 Uhr:
Geld und Name.
Schauspiel in 5 Akten (6 Bildern) von Rina Reyke.
Morgen nachm. 3 Uhr: Die Reise um die Erde in 80 Tagen.
Sonntag abend: Geld und Name.
Palast-Theater
Durgstr. 22, früher Beem-Palast.
Das epochenmachende Januar-Spezialitäten-Programm.
! 14 erstklassige Schannummern!
9 Uhr. Der größte Erfolg!
Ein Allermwelsmädel.
Turkische m. Gesang u. Tanz v. Braune.
Anfang 8 Uhr. Eröffnung 7 Uhr.
Entrée 50 Pf.
Sonntag nachm. 3 Uhr, keine Preise:
Die Grille.
Schauspiel in 5 Akten von Charlotte Birch-Pfeiffer.
Vorzeiger dieser Annonce zahlen wochentags die halben Kassenpreise.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Die Grossstadtluft.
Schwank in 4 Akten v. Oscar Blumen-thal und Gustav Kadelburg.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Wallensteins Lager.
Die Piccolomini.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Das grobe Hemd.
Montag, abends 8 Uhr:
Fuhrmann Henschel.
Schiller-Theater N. (Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater).
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Die Haubenerche.
Schausp. i. 4 Akten v. E. v. Wildenbruch.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Die Haubenerche.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Fuhrmann Henschel.
Montag, abends 8 Uhr:
Wallensteins Lager.
Die Piccolomini.

Deutsche Konzert-Hallen.
An der Spandauer Brücke 3.
Vollständig neu ausgestattet!
Täglich:
Gr. internationale Künstlerkonzerte. X Theater-Abteilung.
Spezial-Ausschank der Berliner Bock-Bräuerei.
Zirkus Schumann.
Heute Sonnabend, den 21. d. Mtz., abends präz. 7 1/2 Uhr:
XIII. Grande Solree. High Life.
Gala-Programm.
Neue Debüt und die beliebteste jugendliche Schauspielerin Frl. Dora Schumann.
Mr. Jon Hofigin. — Miss Oatsey. — Miss Stickney.
Berliner Taxameter, böhml. Parodie Geschw. Jungmann. — Talon u. Manolo. Original-Klohn Jan Clermont, Louischer Dressur-Akt.
Sämtl. Spezialitäten und Direktor Alb. Schumanns neue und moderne Dressur-Akt.
Um 9 1/2 Uhr: Sensations-Erfolg der groß Schumannschen Ausstattungs-Pantomime
Eine Nordlandreise.
Im Strahle der Winternachtskonne.
Komisch-phantastische Pantomime in 7 Akten.
Entworfen und auf das glanzendste inszeniert von Dir. Albert Schumann.
Sonntag: 2 Vorstellungen.
Nachm. 3 1/2 Uhr (ein Kind frei):
Harocco. große Ausstattungsphant.
Abends 7 1/2 Uhr: Eine Nordland-Reise.
In beide Vorst: Jan Clermont und sämtliche Spezialitäten.
Neues Konzerthaus
Grand Hotel Alexanderplatz.
Inhaber: Albert Moerner.
Heute
Gr. Perschke-Konzert
Jeden Abend: Salon-Komiker
Oskar Saldow
als Doktor Eisenbart.
Kinematograph,
bunte lebende Bilder.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Krug zum grünen Kranze.
Jeden Abend **Fidelitas.**
K. Ladeckes humor. Konzerte.
Meine drei Säle sind Sonntags bis 5 Uhr nachmittags für Versammlungen zu vergeben.
Verband der Möbelpolierer.
Montag, den 23. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im Märkischen Hof, Admitralstr. 18c:
Versammlung
Tagesordnung: 1. Bericht vom Delegiertentag. 2. Diskussion. 3. Jahresbericht der Kommission. 4. Wahl der Bezirksleitung. 5. Verschiedenes.
Montag, den 23. Januar, abends 8 1/2 Uhr, bei Wildner, Friedrichstr. 11:
Versammlung.
Tagesordnung: 1. Bericht vom Delegiertentag. 2. Diskussion. 3. Wahl der Leitung. 4. Verschiedenes.
145/4
Mittwoch, den 25. Januar, abends 8 Uhr, bei Schulze, Blumenstr. 35:
Vorstands-Sitzung.
Der Vorstand.
Zentralverband deutscher Brauerei-Arbeiter
Zweigverein Berlin, Sektion I. (Brau.)
Geschäftsstelle: Berlin C. 54, Bickerstr. 5, I.
Sonntag, den 22. Januar, nachm. 2 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15 (Zaal I):
General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vorstandsbericht. 2. Wahl des Vorstandes. 3. Kassenbericht vom vierten Quartal 1904. 4. Wahl der Agitationskommission. 5. Abrechnung vom letzten Stiftungsfest. 6. Sonstige Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes.
Die Mitglieder werden ersucht, zahlreich in dieser Versammlung zu erscheinen.
Der Vorstand.

Zirkus Busch.
19. Parade-Gala-Abend.
Katharina II.
Die Löwenbraut
Miss Claire Heliot
Die beiden Phänomene
Sisters Amalia-Léonora
und die vorzähl. Programmnummern.
Bernhard Rose-Theater
Gesundbrunnen, Badstraße 58.
Heute: **Geschlossen.**
Morgen Sonntag nachmittags 3 Uhr:
Am Altar.
Abends 7 Uhr:
Jägerliebchen.
Voll mit Gesang von L. Dreptum.
Musik von G. Siefens.
Nach der Vorstellung: **Gr. Ball.**
Entrée 50, Parteit 75 Pf., Sperrst. 1 M.
Sanssouci.
Rottbuser Tor — Stat. der Hochbahn.
Sonnt. u. Mont. Donnerst.:
Hoffmanns Norddeutsche Säng. u. Tanzkränzchen.
Jed. Dienstag u. Mittwoch **Theater-Abend.**
In Vorbereitung: **Keau oder Genie und Leidenschaft.**
Etablissement Buggenhagen
Moritzplatz.
Täglich von 12-4 Uhr: Mittagstisch.
In den unteren Sälen jeden Abend:
Bockbierfest.
Der dumme Rag u. der kluge Hans.
Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, Sonntag:
Fritz Steidl-Sänger.
Nach jeder Vorstellung im Kaiseraal: **Tanz.**

Zirkus Schumann.
Heute Sonnabend, den 21. d. Mtz., abends präz. 7 1/2 Uhr:
XIII. Grande Solree. High Life.
Gala-Programm.
Neue Debüt und die beliebteste jugendliche Schauspielerin Frl. Dora Schumann.
Mr. Jon Hofigin. — Miss Oatsey. — Miss Stickney.
Berliner Taxameter, böhml. Parodie Geschw. Jungmann. — Talon u. Manolo. Original-Klohn Jan Clermont, Louischer Dressur-Akt.
Sämtl. Spezialitäten und Direktor Alb. Schumanns neue und moderne Dressur-Akt.
Um 9 1/2 Uhr: Sensations-Erfolg der groß Schumannschen Ausstattungs-Pantomime
Eine Nordlandreise.
Im Strahle der Winternachtskonne.
Komisch-phantastische Pantomime in 7 Akten.
Entworfen und auf das glanzendste inszeniert von Dir. Albert Schumann.
Sonntag: 2 Vorstellungen.
Nachm. 3 1/2 Uhr (ein Kind frei):
Harocco. große Ausstattungsphant.
Abends 7 1/2 Uhr: Eine Nordland-Reise.
In beide Vorst: Jan Clermont und sämtliche Spezialitäten.
Neues Konzerthaus
Grand Hotel Alexanderplatz.
Inhaber: Albert Moerner.
Heute
Gr. Perschke-Konzert
Jeden Abend: Salon-Komiker
Oskar Saldow
als Doktor Eisenbart.
Kinematograph,
bunte lebende Bilder.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Krug zum grünen Kranze.
Jeden Abend **Fidelitas.**
K. Ladeckes humor. Konzerte.
Meine drei Säle sind Sonntags bis 5 Uhr nachmittags für Versammlungen zu vergeben.
Verband der Möbelpolierer.
Montag, den 23. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im Märkischen Hof, Admitralstr. 18c:
Versammlung
Tagesordnung: 1. Bericht vom Delegiertentag. 2. Diskussion. 3. Jahresbericht der Kommission. 4. Wahl der Bezirksleitung. 5. Verschiedenes.
Montag, den 23. Januar, abends 8 1/2 Uhr, bei Wildner, Friedrichstr. 11:
Versammlung.
Tagesordnung: 1. Bericht vom Delegiertentag. 2. Diskussion. 3. Wahl der Leitung. 4. Verschiedenes.
145/4
Mittwoch, den 25. Januar, abends 8 Uhr, bei Schulze, Blumenstr. 35:
Vorstands-Sitzung.
Der Vorstand.
Zentralverband deutscher Brauerei-Arbeiter
Zweigverein Berlin, Sektion I. (Brau.)
Geschäftsstelle: Berlin C. 54, Bickerstr. 5, I.
Sonntag, den 22. Januar, nachm. 2 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15 (Zaal I):
General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vorstandsbericht. 2. Wahl des Vorstandes. 3. Kassenbericht vom vierten Quartal 1904. 4. Wahl der Agitationskommission. 5. Abrechnung vom letzten Stiftungsfest. 6. Sonstige Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes.
Die Mitglieder werden ersucht, zahlreich in dieser Versammlung zu erscheinen.
Der Vorstand.

Skala-Theater.
Einmalig. 132 (a. d. Friedrichstr.)
Sensationelles Programm!
Die Dame von Maxim.
Voll mit Gesang in einem Akt, sowie
30 international. Spezialitäten.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Vor der Vorstellung: **Konzert.**
Uto Prirkow.
Amoritäten-Ausstellung
Ranzstraße 16.
Täglich Vorstellungen
Die Riesin Jiona
455 Pf. schwer, die schwerste Dame, die je gelebt.
Medizinische Rätsel, anatomische Wunder, Riesen! Zwerge!
WINTERGARTEN
Neues Programm
Tortajada, span. Tänzerin und Sängerin.
O. K. Sato, komischer Jongleur.
The Nightingale, Kraft-Gladiator.
Johnstone, Kunst-Radfahrer.
Das Mädchen mit dem goldenen Haar.
Pas de Fleurs, Blumentanz.
Otto Reutter.
De Bière, Zauberkünstler.
Johnson u. Dunn, Malatten-Gigol
Alexia, Pariser Tänzerin.
The Potters, Luft-Gymnastiker.
Der Biograph.
Achtung! Fliesenleger-Hilfsarbeiter.
Verband der Bau-, Erd- u. gewerbli. Hilfsarbeiter Deutschl.
Montag, 23. Januar, abends 7 1/2 Uhr, im Rosenthaler Vereinshaus, Rosenthalerstr. 57:
Außerordentliche Sektions-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Das Ergebnis der Verhandlungen mit den Arbeitgeberern. 2. Beschlußfassung über die Verlängerung des Vertrages. 3. Kollegen! In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist das Erscheinen unbedingt notwendig.
Die Ortsverwaltung. J. H.: Karl Heidemann.

Verband der Möbelpolierer.
Montag, den 23. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im Märkischen Hof, Admitralstr. 18c:
Versammlung
Tagesordnung: 1. Bericht vom Delegiertentag. 2. Diskussion. 3. Jahresbericht der Kommission. 4. Wahl der Bezirksleitung. 5. Verschiedenes.
Montag, den 23. Januar, abends 8 1/2 Uhr, bei Wildner, Friedrichstr. 11:
Versammlung.
Tagesordnung: 1. Bericht vom Delegiertentag. 2. Diskussion. 3. Wahl der Leitung. 4. Verschiedenes.
145/4
Mittwoch, den 25. Januar, abends 8 Uhr, bei Schulze, Blumenstr. 35:
Vorstands-Sitzung.
Der Vorstand.
Zentralverband deutscher Brauerei-Arbeiter
Zweigverein Berlin, Sektion I. (Brau.)
Geschäftsstelle: Berlin C. 54, Bickerstr. 5, I.
Sonntag, den 22. Januar, nachm. 2 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15 (Zaal I):
General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vorstandsbericht. 2. Wahl des Vorstandes. 3. Kassenbericht vom vierten Quartal 1904. 4. Wahl der Agitationskommission. 5. Abrechnung vom letzten Stiftungsfest. 6. Sonstige Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes.
Die Mitglieder werden ersucht, zahlreich in dieser Versammlung zu erscheinen.
Der Vorstand.

Skala-Theater.
Einmalig. 132 (a. d. Friedrichstr.)
Sensationelles Programm!
Die Dame von Maxim.
Voll mit Gesang in einem Akt, sowie
30 international. Spezialitäten.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Vor der Vorstellung: **Konzert.**
Uto Prirkow.
Amoritäten-Ausstellung
Ranzstraße 16.
Täglich Vorstellungen
Die Riesin Jiona
455 Pf. schwer, die schwerste Dame, die je gelebt.
Medizinische Rätsel, anatomische Wunder, Riesen! Zwerge!
WINTERGARTEN
Neues Programm
Tortajada, span. Tänzerin und Sängerin.
O. K. Sato, komischer Jongleur.
The Nightingale, Kraft-Gladiator.
Johnstone, Kunst-Radfahrer.
Das Mädchen mit dem goldenen Haar.
Pas de Fleurs, Blumentanz.
Otto Reutter.
De Bière, Zauberkünstler.
Johnson u. Dunn, Malatten-Gigol
Alexia, Pariser Tänzerin.
The Potters, Luft-Gymnastiker.
Der Biograph.
Achtung! Fliesenleger-Hilfsarbeiter.
Verband der Bau-, Erd- u. gewerbli. Hilfsarbeiter Deutschl.
Montag, 23. Januar, abends 7 1/2 Uhr, im Rosenthaler Vereinshaus, Rosenthalerstr. 57:
Außerordentliche Sektions-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Das Ergebnis der Verhandlungen mit den Arbeitgeberern. 2. Beschlußfassung über die Verlängerung des Vertrages. 3. Kollegen! In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist das Erscheinen unbedingt notwendig.
Die Ortsverwaltung. J. H.: Karl Heidemann.

Verband der Möbelpolierer.
Montag, den 23. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im Märkischen Hof, Admitralstr. 18c:
Versammlung
Tagesordnung: 1. Bericht vom Delegiertentag. 2. Diskussion. 3. Jahresbericht der Kommission. 4. Wahl der Bezirksleitung. 5. Verschiedenes.
Montag, den 23. Januar, abends 8 1/2 Uhr, bei Wildner, Friedrichstr. 11:
Versammlung.
Tagesordnung: 1. Bericht vom Delegiertentag. 2. Diskussion. 3. Wahl der Leitung. 4. Verschiedenes.
145/4
Mittwoch, den 25. Januar, abends 8 Uhr, bei Schulze, Blumenstr. 35:
Vorstands-Sitzung.
Der Vorstand.
Zentralverband deutscher Brauerei-Arbeiter
Zweigverein Berlin, Sektion I. (Brau.)
Geschäftsstelle: Berlin C. 54, Bickerstr. 5, I.
Sonntag, den 22. Januar, nachm. 2 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15 (Zaal I):
General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vorstandsbericht. 2. Wahl des Vorstandes. 3. Kassenbericht vom vierten Quartal 1904. 4. Wahl der Agitationskommission. 5. Abrechnung vom letzten Stiftungsfest. 6. Sonstige Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes.
Die Mitglieder werden ersucht, zahlreich in dieser Versammlung zu erscheinen.
Der Vorstand.

Skala-Theater.
Einmalig. 132 (a. d. Friedrichstr.)
Sensationelles Programm!
Die Dame von Maxim.
Voll mit Gesang in einem Akt, sowie
30 international. Spezialitäten.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Vor der Vorstellung: **Konzert.**
Uto Prirkow.
Amoritäten-Ausstellung
Ranzstraße 16.
Täglich Vorstellungen
Die Riesin Jiona
455 Pf. schwer, die schwerste Dame, die je gelebt.
Medizinische Rätsel, anatomische Wunder, Riesen! Zwerge!
WINTERGARTEN
Neues Programm
Tortajada, span. Tänzerin und Sängerin.
O. K. Sato, komischer Jongleur.
The Nightingale, Kraft-Gladiator.
Johnstone, Kunst-Radfahrer.
Das Mädchen mit dem goldenen Haar.
Pas de Fleurs, Blumentanz.
Otto Reutter.
De Bière, Zauberkünstler.
Johnson u. Dunn, Malatten-Gigol
Alexia, Pariser Tänzerin.
The Potters, Luft-Gymnastiker.
Der Biograph.
Achtung! Fliesenleger-Hilfsarbeiter.
Verband der Bau-, Erd- u. gewerbli. Hilfsarbeiter Deutschl.
Montag, 23. Januar, abends 7 1/2 Uhr, im Rosenthaler Vereinshaus, Rosenthalerstr. 57:
Außerordentliche Sektions-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Das Ergebnis der Verhandlungen mit den Arbeitgeberern. 2. Beschlußfassung über die Verlängerung des Vertrages. 3. Kollegen! In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist das Erscheinen unbedingt notwendig.
Die Ortsverwaltung. J. H.: Karl Heidemann.

Verband der Möbelpolierer.
Montag, den 23. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im Märkischen Hof, Admitralstr. 18c:
Versammlung
Tagesordnung: 1. Bericht vom Delegiertentag. 2. Diskussion. 3. Jahresbericht der Kommission. 4. Wahl der Bezirksleitung. 5. Verschiedenes.
Montag, den 23. Januar, abends 8 1/2 Uhr, bei Wildner, Friedrichstr. 11:
Versammlung.
Tagesordnung: 1. Bericht vom Delegiertentag. 2. Diskussion. 3. Wahl der Leitung. 4. Verschiedenes.
145/4
Mittwoch, den 25. Januar, abends 8 Uhr, bei Schulze, Blumenstr. 35:
Vorstands-Sitzung.
Der Vorstand.
Zentralverband deutscher Brauerei-Arbeiter
Zweigverein Berlin, Sektion I. (Brau.)
Geschäftsstelle: Berlin C. 54, Bickerstr. 5, I.
Sonntag, den 22. Januar, nachm. 2 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15 (Zaal I):
General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vorstandsbericht. 2. Wahl des Vorstandes. 3. Kassenbericht vom vierten Quartal 1904. 4. Wahl der Agitationskommission. 5. Abrechnung vom letzten Stiftungsfest. 6. Sonstige Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes.
Die Mitglieder werden ersucht, zahlreich in dieser Versammlung zu erscheinen.
Der Vorstand.

Skala-Theater.
Einmalig. 132 (a. d. Friedrichstr.)
Sensationelles Programm!
Die Dame von Maxim.
Voll mit Gesang in einem Akt, sowie
30 international. Spezialitäten.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Vor der Vorstellung: **Konzert.**
Uto Prirkow.
Amoritäten-Ausstellung
Ranzstraße 16.
Täglich Vorstellungen
Die Riesin Jiona
455 Pf. schwer, die schwerste Dame, die je gelebt.
Medizinische Rätsel, anatomische Wunder, Riesen! Zwerge!
WINTERGARTEN
Neues Programm
Tortajada, span. Tänzerin und Sängerin.
O. K. Sato, komischer Jongleur.
The Nightingale, Kraft-Gladiator.
Johnstone, Kunst-Radfahrer.
Das Mädchen mit dem goldenen Haar.
Pas de Fleurs, Blumentanz.
Otto Reutter.
De Bière, Zauberkünstler.
Johnson u. Dunn, Malatten-Gigol
Alexia, Pariser Tänzerin.
The Potters, Luft-Gymnastiker.
Der Biograph.
Achtung! Fliesenleger-Hilfsarbeiter.
Verband der Bau-, Erd- u. gewerbli. Hilfsarbeiter Deutschl.
Montag, 23. Januar, abends 7 1/2 Uhr, im Rosenthaler Vereinshaus, Rosenthalerstr. 57:
Außerordentliche Sektions-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Das Ergebnis der Verhandlungen mit den Arbeitgeberern. 2. Beschlußfassung über die Verlängerung des Vertrages. 3. Kollegen! In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist das Erscheinen unbedingt notwendig.
Die Ortsverwaltung. J. H.: Karl Heidemann.

Skala-Theater.
Einmalig. 132 (a. d. Friedrichstr.)
Sensationelles Programm!
Die Dame von Maxim.
Voll mit Gesang in einem Akt, sowie
30 international. Spezialitäten.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Vor der Vorstellung: **Konzert.**
Uto Prirkow.
Amoritäten-Ausstellung
Ranzstraße 16.
Täglich Vorstellungen
Die Riesin Jiona
455 Pf. schwer, die schwerste Dame, die je gelebt.
Medizinische Rätsel, anatomische Wunder, Riesen! Zwerge!
WINTERGARTEN
Neues Programm
Tortajada, span. Tänzerin und Sängerin.
O. K. Sato, komischer Jongleur.
The Nightingale, Kraft-Gladiator.
Johnstone, Kunst-Radfahrer.
Das Mädchen mit dem goldenen Haar.
Pas de Fleurs, Blumentanz.
Otto Reutter.
De Bière, Zauberkünstler.
Johnson u. Dunn, Malatten-Gigol
Alexia, Pariser Tänzerin.
The Potters, Luft-Gymnastiker.
Der Biograph.
Achtung! Fliesenleger-Hilfsarbeiter.
Verband der Bau-, Erd- u. gewerbli. Hilfsarbeiter Deutschl.
Montag, 23. Januar, abends 7 1/2 Uhr, im Rosenthaler Vereinshaus, Rosenthalerstr. 57:
Außerordentliche Sektions-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Das Ergebnis der Verhandlungen mit den Arbeitgeberern. 2. Beschlußfassung über die Verlängerung des Vertrages. 3. Kollegen! In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist das Erscheinen unbedingt notwendig.
Die Ortsverwaltung. J. H.: Karl Heidemann.

Uto Prirkow.
Amoritäten-Ausstellung
Ranzstraße 16.
Täglich Vorstellungen
Die Riesin Jiona
455 Pf. schwer, die schwerste Dame, die je gelebt.
Medizinische Rätsel, anatomische Wunder, Riesen! Zwerge!
WINTERGARTEN
Neues Programm
Tortajada, span. Tänzerin und Sängerin.
O. K. Sato, komischer Jongleur.
The Nightingale, Kraft-Gladiator.
Johnstone, Kunst-Radfahrer.
Das Mädchen mit dem goldenen Haar.
Pas de Fleurs, Blumentanz.
Otto Reutter.
De Bière, Zauberkünstler.
Johnson u. Dunn, Malatten-Gigol
Alexia, Pariser Tänzerin.
The Potters, Luft-Gymnastiker.
Der Biograph.
Achtung! Fliesenleger-Hilfsarbeiter.
Verband der Bau-, Erd- u. gewerbli. Hilfsarbeiter Deutschl.
Montag, 23. Januar, abends 7 1/2 Uhr, im Rosenthaler Vereinshaus, Rosenthalerstr. 57:
Außerordentliche Sektions-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Das Ergebnis der Verhandlungen mit den Arbeitgeberern. 2. Beschlußfassung über die Verlängerung des Vertrages. 3. Kollegen! In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist das Erscheinen unbedingt notwendig.
Die Ortsverwaltung. J. H.: Karl Heidemann.

Uto Prirkow.
Amoritäten-Ausstellung
Ranzstraße 16.
Täglich Vorstellungen
Die Riesin Jiona
455 Pf. schwer, die schwerste Dame, die je gelebt.
Medizinische Rätsel, anatomische Wunder, Riesen! Zwerge!
WINTERGARTEN
Neues Programm
Tortajada, span. Tänzerin und Sängerin.
O. K. Sato, komischer Jongleur.
The Nightingale, Kraft-Gladiator.
Johnstone, Kunst-Radfahrer.
Das Mädchen mit dem goldenen Haar.
Pas de Fleurs, Blumentanz.
Otto Reutter.
De Bière, Zauberkünstler.
Johnson u. Dunn, Malatten-Gigol
Alexia, Pariser Tänzerin.
The Potters, Luft-Gymnastiker.
Der Biograph.
Achtung! Fliesenleger-Hilfsarbeiter.
Verband der Bau-, Erd- u. gewerbli. Hilfsarbeiter Deutschl.
Montag, 23. Januar, abends 7 1/2 Uhr, im Rosenthaler Vereinshaus, Rosenthalerstr. 57:
Außerordentliche Sektions-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Das Ergebnis der Verhandlungen mit den Arbeitgeberern. 2. Beschlußfassung über die Verlängerung des Vertrages. 3. Kollegen! In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist das Erscheinen unbedingt notwendig.
Die Ortsverwaltung. J. H.: Karl Heidemann.

Uto Prirkow.
Amoritäten-Ausstellung
Ranzstraße 16.
Täglich Vorstellungen
Die Riesin Jiona
455 Pf. schwer, die schwerste Dame, die je gelebt.
Medizinische Rätsel, anatomische Wunder, Riesen! Zwerge!
WINTERGARTEN
Neues Programm
Tortajada, span. Tänzerin und Sängerin.
O. K. Sato, komischer Jongleur.
The Nightingale, Kraft-Gladiator.
Johnstone, Kunst-Radfahrer.
Das Mädchen mit dem goldenen Haar.
Pas de Fleurs, Blumentanz.
Otto Reutter.
De Bière, Zauberkünstler.
Johnson u. Dunn, Malatten-Gigol
Alexia, Pariser Tänzerin.
The Potters, Luft-Gymnastiker.
Der Biograph.
Achtung! Fliesenleger-Hilfsarbeiter.
Verband der Bau-, Erd- u. gewerbli. Hilfsarbeiter Deutschl.
Montag, 23. Januar, abends 7 1/2 Uhr, im Rosenthaler Vereinshaus, Rosenthalerstr. 57:
Außerordentliche Sektions-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Das Ergebnis der Verhandlungen mit den Arbeitgeberern. 2. Beschlußfassung über die Verlängerung des Vertrages. 3. Kollegen! In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist das Erscheinen unbedingt notwendig.
Die Ortsverwaltung. J. H.: Karl Heidemann.

Uto Prirkow.
Amoritäten-Ausstellung
Ranzstraße 16.
Täglich Vorstellungen
Die Riesin Jiona
455 Pf. schwer, die schwerste Dame, die je gelebt.
Medizinische Rätsel, anatomische Wunder, Riesen! Zwerge!
WINTERGARTEN
Neues Programm
Tortajada, span. Tänzerin und Sängerin.
O. K. Sato, komischer Jongleur.
The Nightingale, Kraft-Gladiator.
Johnstone, Kunst-Radfahrer.
Das Mädchen mit dem goldenen Haar.
Pas de Fleurs, Blumentanz.
Otto Reutter.
De Bière, Zauberkünstler.
Johnson u. Dunn, Malatten-Gigol
Alexia, Pariser Tänzerin.
The Potters, Luft-Gymnastiker.
Der Biograph.
Achtung! Fliesenleger-Hilfsarbeiter.
Verband der Bau-, Erd- u. gewerbli. Hilfsarbeiter Deutschl.
Montag, 23. Januar, abends 7 1/2 Uhr, im Rosenthaler Vereinshaus, Rosenthalerstr. 57:
Außerordentliche Sektions-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Das Ergebnis der Verhandlungen mit den Arbeitgeberern. 2. Beschlußfassung über die Verlängerung des Vertrages. 3. Kollegen! In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist das Erscheinen unbedingt notwendig.
Die Ortsverwaltung. J. H.: Karl Heidemann.

Uto Prirkow.
Amoritäten-Ausstellung
Ranzstraße 16.
Täglich Vorstellungen
Die Riesin Jiona
455 Pf. schwer, die schwerste Dame, die je gelebt.
Medizinische Rätsel, anatomische Wunder, Riesen! Zwerge!
WINTERGARTEN
Neues Programm
Tortajada, span. Tänzerin und Sängerin.
O. K. Sato, komischer Jongleur.
The Nightingale, Kraft-Gladiator.
Johnstone, Kunst-Radfahrer.
Das Mädchen mit dem goldenen Haar.
Pas de Fleurs, Blumentanz.
Otto Reutter.
De Bière, Zauberkünstler.
Johnson u. Dunn, Malatten-Gigol
Alexia, Pariser Tänzerin.
The Potters, Luft-Gymnastiker.
Der Biograph.
Achtung! Fliesenleger-Hilfsarbeiter.
Verband der Bau-, Erd- u. gewerbli. Hilfsarbeiter Deutschl.
Montag, 23. Januar, abends 7 1/2 Uhr, im Rosenthaler Vereinshaus, Rosenthalerstr. 57:
Außerordentliche Sektions-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Das Ergebnis der Verhandlungen mit den Arbeitgeberern. 2. Beschlußfassung über die Verlängerung des Vertrages. 3. Kollegen! In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist das Erscheinen unbedingt notwendig.
Die Ortsverwaltung. J. H.: Karl Heidemann.

Uto Prirkow.
Amoritäten-Ausstellung
Ranzstraße 16.
Täglich Vorstellungen
Die Riesin Jiona
455 Pf. schwer, die schwerste Dame, die je gelebt.
Medizinische Rätsel, anatomische Wunder, Riesen! Zwerge!
WINTERGARTEN
Neues Programm
Tortajada, span. Tänzerin und Sängerin.
O. K. Sato, komischer Jongleur.
The Nightingale, Kraft-Gladiator.
Johnstone, Kunst-Radfahrer.
Das Mädchen mit dem goldenen Haar.
Pas de Fleurs, Blumentanz.
Otto Reutter.
De Bière, Zauberkünstler.
Johnson u. Dunn, Malatten-Gigol
Alexia, Pariser Tänzerin.
The Potters, Luft-Gymnastiker.
Der Biograph.
Achtung! Fliesenleger-Hilfsarbeiter.
Verband der Bau-, Erd- u. gewerbli. Hilfsarbeiter Deutschl.
Montag, 23. Januar, abends 7 1/2 Uhr, im Rosenthaler Vereinshaus, Rosenthalerstr. 57:
Außerordentliche Sektions-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Das Ergebnis der Verhandlungen mit den Arbeitgeberern. 2. Beschlußfassung über die Verlängerung des Vertrages. 3. Kollegen! In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist das Erscheinen unbedingt notwendig.
Die Ortsverwaltung. J. H.: Karl Heidemann.

Uto Prirkow.
Amoritäten-Ausstellung
Ranzstraße 16.
Täglich Vorstellungen
Die Riesin Jiona
455 Pf. schwer, die schwerste Dame, die je gelebt.
Medizinische Rätsel, anatomische Wunder, Riesen! Zwerge!
<

Deutsch - Amerikanisches Theater. Kopenickerstr. 67/68.
Jeden Abend 8 Uhr:
Gastspiel Ad. Philipp:
NEW-YORK
Sonntag nachm. 3 Uhr, halbe Preise
Ueber'n grossen Teich.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sanger.
Anfang: 8 Uhr, Sonntag 7 Uhr.

Eine Mark
wöchentliche Zeitungslieferung
eleg. fertige Herren-Moden.
Spezial-Geschäft für Herren-Bekleidung.
Kein Waren-Kreditkaus.
J. Kurzberg
An der Jannowitzbrücke 1, I.
Bahnhof Jannowitzbrücke.

Kleiner Saal
zu 150 Personen
mit anschliessendem
Vereinszimmer
Sonnabends u. Sonntags
noch zu vergeben.
Ergobott: **Anton Boeker,**
Weberstr. 17.
1769L*

Vorarbeiter
per sofort gesucht bei gutem Lohn. Derselbe muss mit Fabrikation von Trockenelementen vollkommen vertraut sein. Dauernde Stellung. 68/4
Americas Electrical Novelty & Mfg. Co.
Berlin SW., Ritterstr. 71/75.

Trianon-Theater.
Heute und folgende Tage:
Die glückliche Gilberte
Anfang 8 Uhr.
Sonntag nachm.: Das alte Gebot.

Volksgarten-Theater
(früher Weimann).
Sonnabend: Massenball des
Ostvereins der Maschinenbauer
und Metallarbeiter.
Sonntag nachm.: Christusgold
goldene Puppe.
Sonntag abend: Die Wandse.

W. Noacks Theater.
Direktion: Rob. Dill. Brunnenstr. 16.
Heute wegen Privat-Festlichkeit
geschlossen.
Sonntag: Mein Heidelberg.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf. Ball.
Montag: Die dicke Borstelung.

Allen Freunden und Bekannten
die traurige Nachricht, dass unser
lieber hoffnungsvoller Sohn und
Bruder
Gustav
im Alter von 13 Jahren am
18. Januar beim Schlittschuh-
laufen durch Gefallen aus dem
Leben geschieden ist. 14018
Dies zeigt tiefbetrabt an die
trauernden Hinterbliebenen
Gustav Stolte und Familie,
Adlershof.
Die Beerdigung findet Sonntag,
den 22. Januar, nachmittags
3 Uhr, vom Trauerhause Sedan-
strasse 28 aus statt.

Unserem Mitglied und Bekannten
Hermann Kraatz,
Dienstadtstr. 31.
an seinem 43. Geburtstag ein donner-
des Hoch! 14796
Der Sparklub „Ebbe“!
Allen Freunden und Bekannten
zur Nachricht, dass unser lieber
Onkel, der Posthof-Arbeiter
Emil Steinecke
am 18. Jan., nachm. 7 Uhr, nach
schwerer Krankheit verstorben ist.
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 22. Januar, nachm.
1 Uhr, von der Leichenhalle des
Zentral-Friedhofes in Friedrichs-
felde aus statt. 14868
Um stille Teilnahme bitten
Gastwirt Gottfried Schaler
und Frau,
Samariterstrasse 25.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Berlin.
Haupt-Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher Amt IV, 9679.
Arbeitsnachweis Zimmer 31, Amt IV, 3353.

Sonntag, den 22. Januar,
vormittags 10 Uhr anfangend:
**1. Ersatzwahl für den ausscheidenden
Bureaubeamten Kollegen Scheffler.**
**2. Wahl von zwei Delegierten zum
fünften Gewerkschaftskongress.**

Die Wahl wird in folgenden Lokalen vorgenommen:
Bernhard Rose-Theater, Badstrasse 58,
Rabe, Kolberger Salon, Kolbergerstrasse 23,
Wernaus Festsale, Schwedterstrasse 23,
Graumanns Festsale, Ranninstrasse 27,
Kumpke, Bulowstrasse 59,
Anton Bokers Festsale, Weberstrasse 17,
Kronen-Brauerei, Alt-Modabit 47/49,
Thiel, Rixdorf, Bergstrasse 152,
Volkshaus, Charlottenburg, Rojinenstrasse 3,
Bohle, Spandau, Neumeisterstrasse 5,
Kaufhold, Ober-Schoneweide, Wilhelminenhofstrasse 18,
Tempel, Rummelsburg, Alt-Borghagen 56.
Jeder Kollege kann nur einmal wahlen und erhalt zur Kontrolle einen Stempel ins
Mitgliedsbuch. Ohne Mitgliedsbuch kann niemand wahlen. Am Eingang zum Saal erhalt
jedes Mitglied zwei Stimmzettel, einen für die Wahl des Beamten und einen für die Wahl
der Delegierten zum Gewerkschaftskongress. Die Wahl dauert von 10 bis 1 Uhr. Spater
werden keine Stimmzettel mehr abgenommen. Das Wahlergebnis wird im „Vorwarts“ ver-
öffentlicht. Wir ersuchen alle Kollegen, an der Wahl teilzunehmen.

Montag, den 23. Januar, abends 8 1/2 Uhr, bei Stechert, Andreasstr. 21:
Versammlung der Klempner.
Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Umbreit, Redakteur des „Korrespondenzblattes“
der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands: Zur Frage der Tarif- und kollektiven Arbeits-
vertrage. 2. Diskussion. 3. Bericht von der Schlichtungs-Kommission. 4. Verbandsangelegenheiten.
Zu dieser Versammlung sind die Verstaatlichungs-Klempner und die in unserer Branche beschaftigten
Kolleginnen ganz besonders eingeladen. 110/20
Zahlreichen Besuch erwartet
Die Ortsverwaltung.

**Kranken- und Sterbekasse
aller gewerb. Arbeiter für
Schoneberg und Berlin.**
Eingeschr. Hilfskasse No. 115.
Sonntag, den 29. Januar 1905,
vormittags 10 Uhr:
General-Versammlung
im Besale des Herrn Cbdt (Kunne)
Schoneberg, Reiningestr. 8.
Tages-Ordnung:
1. Bericht des Vorstandes.
2. Jahrlicher Kassenbericht.
3. Neuwahl des Gesamt-Vorstandes.
4. Verschiedene Kassenangelegenheiten.
Mitgliedsbuch legitimiert.
Um punktliches Erscheinen ersucht
Der Vorstand.
270/3*

Kraft-Rothwein
für Blutarms
u. Kranke,
artlich
empfohlen
F. 1.50
u. 2 M.
uberal
kauflich
Santa Lucia
Wochenausgaben
zururckweisen.

**Enorm
billig**
selbst zum Verkauf die
aus feinsten Massstoffen
aufgetragenen, odern letzten
Fason vorbekanntesten
vernehmsten Herren-
**Anzuge
Paletots**
deren sonstiger Masspreis
10-12 M. ist, jetzt 3-4 M.
schon abzugeben. Jetzt 7-12 M.
Herren-Hosen jetzt 7-12 M.
Deutsches Versandhaus,
Jagerstr. 63, 1 Treppa.
Montag 8-2 offnet.

**Invaliden - Unterstutzungskasse
d. Steindrucker u. Lithographen.**
Die Beerdigung des am 14. Jan.
verstorbenen Steinbruders
Karl Fenselau
findet statt am Sonntag, den
22. Januar cr., nachm. 2 1/2 Uhr,
von der Leichenhalle des Danies-
Kirchhofes (Blankestrasse) aus.
14878 Das Komitee.

**Deutscher
Metallarbeiter-Verband**
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, dass
unser Mitglied, der Mechaniker
Max Brandt
am 17. d. M. im 37. Lebensjahre
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
21. Januar, nachmittags 3 Uhr,
von der Leichenhalle des Gnaden-
Kirchhofes in der Vorpostenstrasse
aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
110/19 Die Ortsverwaltung.

Allen Verwandten, Freunden
und Bekannten die traurige Mit-
teilung, dass meine liebe Frau
und unsere gute Mutter
Marie Guse
18852 geb. Woltinger
am 18. Januar von ihrem langen,
qualvollen Leiden erlost wurde.
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 22. Januar, nach-
mittags 1 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des neuen Rixdorfer Fried-
hofes, Mariendorfer Weg, aus statt.
Otto Guse nebst Kindern.

Kleine Anzeigen.
Jedes Wort: 5 Pfennig.
Das erste Letzgedruckte
Wort 10 Pf. Worte mit mehr
als 15 Buchstaben zahlen doppelt.
Anzeigen für die nachste
Nummer werden
in den Anzeigenspalten für Berlin
bis 1 Uhr, für die Vororte bis 2 Uhr,
in der Hauptexpedition Linden-
strasse 69 bis 8 Uhr angenommen.

Verkaufe.
Raumungsverkauf verfallener
Gander, Ausnahmestage. Pfandlei-
chen Weidenweg 19. 1483*

Bekanntmachung. Heute und
folgende Ausnahmestage werden im
Pfandleichenhaus Weidenweg 19 Betten,
Winterpaletots, Gardinen, Kustchen-
wische, Mobelstucke, Tischgarnituren,
Regulatoren, Freischwinger, Stopp-
beden u. Sportgerate verkauft.
Besuchenden wird hiermit gunstige
Gelegenheit gegeben. 1483*

Winterpaletots. Anzuge, Golen,
Betten, Bettwische, Teppiche u. sport-
liche Pfandleiche Rattenerstr. 7. *

Winterpaletots. Herrenanzuge,
wenig getragene Monatsgarderobe von
6 Mark an, große Auswahl, für jede
Figur, auch neue zurugelegte, kann
man an billigen direkt nur beim
Schneidermeister Rattenerstr. 7, 51/52

Herrenanzuge, Paletots, zuru-
gelegte, hochparade, 18,00 - 28,00.
Deutsches Versandhaus, Jager-
strasse 63, 1 Treppa. 2468*

**Paletots, Herrenanzuge, Monats-
garderobe,** sowie aus Pfandleichen
verfallene Sachen ausfallend billig
wegen vorgerateter Saison. Jordan
Nachfolger, Rinaldstrasse 14. 2348*

**Weie Herrenhute, gute Qualitat,
Stuck 5 Pfennig.** Besere Sachen
ebenfalls billig. Ostfabrik, Comptoir
Rene Friedrichstrasse 81 I, Ede Ronig-
strasse, u. Holzmarktstrasse 37 a
partierre, fruber Kaiserstrasse 25 A.
Sonntags geoffnet. 1978*

**Gardinen, Golores, Kustbettdecken,
Anentur:** Kette, 1-5 Fenster, norm-
billig. Gardinen-Versandhaus Kranen-
strasse 35, Dobhoffplatz. 13299*

**Teppiche (feinster) in allen
Groen für die Halle des Hauses**
im Leipziger Lager Stamm, Dachliche
Markt 4, Bahnhof Borse. 14212*

Raumverkauf bediegene, neu,
auch einzeln. Tischgarnituren 15,00, Vase-
stucke, Bett- u. Kustchenmobel
billig. Beschigung empfohlen, auch
Sonntags. Berlinerstrasse 14
Restauratur. 14928

**Kanarienhuhne, Selbstzucht, Buch-
weiden, billig.** Rattenerstr. 60, Golter-
strasse 33, 2. Handstr. 1411*

Stoppbeden. Gelegenheitskauf
Dunst Grottoe 2,85, Einmalstucke 4,85,
Wolltapis 4,85, feinstes Schlaf-
beden 1,50, 2,50, 2,85, Teppichhaus
Orni Veskov, Oranienstrasse 158. *

Sofas, grote Auswahl, von
21 Mark an, direkt in der Fabrik
Blumenstrasse 35 b. 2018*

Kinderwagen, Kinderbettchen,
gebrauchte, zurugelegte sportbillig.
Schneider, Kurfurstenstrasse 172.

**Teppiche mit farbenreichen Fabrik-
niederlage Große Franzfurterstrasse 9,
partierre. 14848**

**Hochlegante Herrenanzuge und
Paletots** aus feinsten Stoffen 25 - 40
Mark Verkauf Sonnabend- und Son-
ntags. Versandhaus Germania, Unter
den Linden 21. Keine Filialen. *

Nahmaschinen jamlicher Systeme,
ohne Anzahlung, Woche 1,00. Ge-
braucht 10,00. Postkarte genugt.
Franfurter Allee 10 am Ringbahnhof
und Alt-Borghagen 4, Ede Rene Baum-
hoffstrasse. 7140*

**Wasch- und Stringmaschinen, beste
Qualitat, billigste Preise.** Bei An-
zahlung laufende Bedingungen.
E. Bellmann, Gollnowstrasse 36, nahe
der Landbergerstrasse. 2208*

**Malstrapier, blaubildend, für
Bankarte, Druckfrische, Schonwache,
Gewebeherstellung, bessere Geschit-
terbe, ubersehend, 14 Blocken
3 Mark 1/2, Tonne 3,50 erlassen.
Nicht fahig, Qualitat
entscheidet. Rattenerstr. 119. 13025***

Stoppbeden billig feinst Große
Franfurterstrasse 9, partierre. 1487*

**Restauratur, großer Umsatz, zu
verkauften Grunauerstrasse 30. 1410**

**Federbetten, Stand 30 Mark,
5 Zimmer Mobel Aufgabe halber billig**
Dresdenerstrasse 38, vom II. Hof. *

**Mobelverkauf in meiner Mobel-
fabrik** Ballstrasse 80-81, nahe Eitner-
markt. Anfolge des großen Umsatzes
bestehen sich am Lager viele zuru-
gelegte und verklebte gemene Mobel,
die wie neu sind, Kleiderstand,
Vertiko 27,00, Ausgehuck 16, Mobel-
bestelle mit Federmatratze und
Kleiderschrank, Tischgarnituren 50, Vase-
stucke 70, Kustchenstucke 20, Kust-
bett 25, ganze Einrichtungen billig.
Transport frei. 631*

**Stand Betten 17,00. Mobel,
Dresdenerstrasse 38. 14356**

**Ringschliffen, Bobbin, Schnei-
naher, ohne Anzahlung, Woche 1,00,
gebraucht 12,00. Postkarte genugt.**
Rattenerstrasse 60/61. Große Fran-
furterstrasse 43. Preussenerstrasse 59/60.

**Gardinenhaus Große Franzfurter-
strasse 9, partierre. 1487***

**Popagieren, Sprechend, Garantie,
Kanarienhuhne, Selbstzucht, Eichel,
tiefes Holz, viele Hellen, Anore,
Wagner, Kommandantenstrasse 92.**

**Kanarienhuhne, mehrfach pramiiert,
gutes Huhnermaterial, billig.** Wolf, Jog-
strasse 14. 14848

**Zentralleichenhaus für Damen-
Bekleidung, Jagerstrasse 70, Damen-
Kamm, Dachliche, Capes, Kostume,
Hute, Mantel, neu und getragene,
zurugelegte Preise. 14768**

**Kanarienhuhne, Nachzucht, Eichel,
tiefes Holz, viele Hellen, Anore,
Wagner, Kommandantenstrasse 92.**

**Eiserne Ofen aller Systeme, alt,
neu, Kochmaschinen, billig.** Carl Kauf-
mann, Rattenerstrasse 18. 6719*

**Profifarbe, Wirkung garantiert,
Rezept verlaulich.** Schranzel, Dachliche-
strasse 14, II. 14828

**Waschmaschinen, Teppich, zwei
englische Bettstellen, Truhen, sofort
Wirtschaftsaufgabe wegen junger
Frau. Brautleuten Gelegenheits, weil
die Mobel noch wie neu sind. Rattener-
strasse 8, II. 14818**

**Brante, komplette Brautaus-
stattung 59 Mark. Brautstand gratis.**
Waschfabrik Salomonstuck, Dachliche-
strasse 21, Alexanderplatz. 130/8

**Kanarienhuhne 4,00 - 30,00,
Seltener, Schloßplatz 2. 68/3**

Kanarienhuhne verkauft Weiden-
weg 39. 1410

**Raumungshalber schwarze Kleider-
hose sportbillig** Charlottenburg,
Goethestrasse 70. Kein Laden. *

Rechtsbureau (Andreasplatz)
Gannerweg vierundzwanzig. Lang-
jahriger Erfolgserfolg! 130/7*

**Rechtsbureau (Alexander-Platz),
Kurfurstenstrasse 41/42. Gerichts-
hand, Schiedsgerichte, Interventionen,
Strafsachen! Eingabengeld! Ri-
sikofrei! Katerleistung. 130/5***

**Wer Stoff hat? Reiche Herren-
anzuge mit Futterstoffen 15,00.
Wagner, Schneidermeister, Rattener-
bergerstrasse 9. Anzuge billig!**

Wasserwagen repariert Ge-
minst, Kopenstrasse 21. 1409*

**Antipolierer! Sofa 5,00, Matratze
4,00, auch auerem Danke. Bachmann,
Blumenstrasse 35 b. 2028***

**Veitshaus Grundbes, Friedrich-
strasse 221, Ede Postkammerstrasse. ***

**Veitshaus und alle anderen Bucher
kann, belebt Antiquariat, Koch-
strasse 56 I. Am I 8831.**

**Vereinigungsraum 25, 40, Saal
150 Personen, Piano, zwei Regel-
bahnen, vergibt Ladeweg, Alte Jakob-
strasse 83. 2478***

**Handwascherie, Bische wird
sauber, schonend gewaschen, Bettwische,
Zeltwische, 4 Handtucher, 4 Tisch-
tucher 0,10. Wolung Rattener-
str. 41/42, Rattener, Rattenerstrasse-
strasse 33. 2558**

**Rechtsbureau u. Gerichtsekretar,
fruber, Rattenerstr. 38. Sonntags-
dienst. 14778**

**Kleber, Morgenstrasse, Stephan,
Wienerstrasse 31. 1411**

Fahrad kauft Schmidtstrasse 37,
Laden. 14945

**Kauf! Restauratur oder
Tischlerwerkstatt, bei welchem am
Sonntag Uhr mit Kette und Metallkett
als Pfand gelassen, Waldstrasse 47,
abgeben. Anlosien vergugt. 1484**

**Theaterverein, aller wunschig
junge Dame mit schoner Singstimme,
ebenso jungen Mann (Metzgerstrasse),
ubersehend (Koffler) Herrn Sudan,
Sternbergerstrasse 49. 14926**

Sohner Laden mit Stube Rixdorf,
Berlinerstrasse 76/77, sofort billig zu
vermieten. Naheres daselbst in der
Zoologischen Handlung. 1483*

Wohnungen.
Sarnerstrasse 19. Wohnungen,
Stube, Kuche, Speisekammer, Klosett,
billig zu vermieten. 11735*

**Billig ein- und zweizimmerige
Wohnungen, vorn und Hof, sofort und
April Jahresfrist 15. 60/1***

**Billig ein- und zweizimmerige
Wohnungen, vorn und Hof, sofort und
April Jahresfrist 5. 60/2***

**Zweizimmerige Wohnwohnungen,
sofort und April, einzimmerige sofort
billig Jahresfrist 6. 60/3***

**Stube, Kuche, alleiniger Korridor,
Gezuglerstrasse 3. 2518***

**Cubenarderstrasse 36, 37, 38 sofort
und spater freundliche gefunde Woh-
nungen billig zu vermieten. Naheres
beim Bur, Cubenarderstrasse 37. ***

**Reinickendorf-West, Auguste-
Viertel, Allee 33, Bahn Berlin von und
nach Zehlendorf, sind keine Wohnungen
sofort zu vermieten. Gasochorvor-
richtung. Naheres Hermannstrasse 1483***

Billig zu vermieten: Berliner-
strasse 76/77, Rixdorf, per 1. April im
Vorderhaus: 3 Zimmer, Bad, Kuche
und Zubehor; per sofort: 2 Zimmer,
Kuche und Zubehor. Naheres daselbst
im Hofe links beim Vortier. 1412*

Schlafstellen.
Teilnehmer zur moblierten
Schlafstelle (sagt Jacoben, Rattener-
strasse 28.

Arbeitsmarkt.
Stellengesuche.
„Schmeier“, Gesangschorist,
Steinbergerstrasse 57. 1409*

Stellenangebote.
Bakenleber, tuglichen, sucht
Krause, Alexanderstrasse 35. 14595*

**Arbeitslose zum Verkauf des
Berliner Kalender-Kalenders** Ver-
dergweg 14. 14928

**Lehrbuch mit gutem Schul-
ergebnis per halb im Alter von
15 Jahren gesucht.** Meldungen
12-1 Uhr. Max Salomon, N.,
Rinaldstrasse 13. 1480

**Kaufbureau für Laden und ein
Zimmer an der Ringbahn** Franzfurter
Allee, welche auch einseitig Mittag-
essen nach schlesischer Art für einen
Herrn mitkocht, gesucht. Adressen
unter II. S. Filiale dieses Blattes,
Kronprinzenstrasse 60. 14141

**Mantelstucke an glatte Kamm-
Strich, Brunnenstrasse 139. 14785***

Sammchen - Kabnerinnen auerem
Hause. Post, Stralauerstrasse 12. III.

**Lehrmaschinen mit guter Schul-
bildung zum sofortigen eventuell
spateren Eintritt gesucht. Meldungen
nur in Begleitung der Eltern oder
des Vormundes mittags 1-2 oder
8-9 Uhr. A. Jander u. Co., SW.,
Belle-Alliancestrasse 1/2. 2548***

**Frauen finden durch Zeitung-
anzeigen dauernde und lohnende
Beschaftigung. Meldungen** vormittags
9-12 Uhr Pringelstrasse 41 im Keller.

**Im Arbeitsmarkt durch
besonderen Druck hervorgehobene
Anzeigen folgen 40 Pf. pro Zeile.**

Rahmenmacher!
Die Firma Gost u. Co., Kurfursten-
strasse 146, ist fur Rahmenmacher,
Tischler, Glaser, Vergolter und Bo-
leer wegen Differenzen gesperrt.
77/14 Die Crosverwaltung.

**Musikinstrumenten-Arbeiter,
Tischler u. Polierer!**
In der Pianofabrik von Rosner
bestehen sich die Kollegen nach im
Streik. Der Betrieb ist fur sämtliche
Arbeiter gesperrt.
Die Jehnerkommission.

Kurzhauer! Gutmacher!
Der Junge nach der Firma Frankel
u. Rohr, Kommandantenstr. 12/13, ist
fur organisierte Kollegen und Kolle-
ginnen gesperrt.
Zentral-Verband der Gutmacher
Filiale Berlin.
Zentral-Verband der Kurzhauer
Filiale Berlin.

Für die streifenden Bergleute des Ruhrreviers

gingen bei dem Unterzeichnen ein: Sozialdemokratische Partei Deutschlands 25000, Leipzig, 12. und 13. schächter Reichstagswahlkreis 2000, Berlin: Drei Brüder 200, Hünen 100, ...

Zwei Niederlagen.

Rom, den 17. Januar.

Wie wir bereits telegraphisch berichtet haben, hat die Italienische Partei bei den Wahlen am vorigen Sonntag zwei schwere Niederlagen erlitten. In Reggio Emilia und in Genua ist sie unterlegen. Der Wert und die Bedeutung dieser beiden Niederlagen für das innere Leben der Partei ist aber himmelweit verschieden und es lohnt der Mühe, die beiden Kämpfe und ihre Vorgeschichte näher zu betrachten.

7 Genossen. Die Mehrheit war in Händen der Merikalen. Man ist an sozialistischer Organisation noch nicht so weit wie in Reggio vor 10 Jahren. Die Arbeiterorganisationen von Genua sind numerisch stark, besonders die der Hafenarbeiter, aber sie haben wenig Vertrauen auf die leitenden Männer.

In dieser traurigen Verfassung hätte die lokale Partei sich bescheiden sollen und eine Minoritätsliste mit zwölf Namen aufstellen, ohne Bündnisse mit anderen Parteien zu schließen. Statt dessen schließt die Partei ein offenes Bündnis mit Republikanern und Radikalen, ein geheimes mit den Liberalen, d. h. mit den antiklerikalen Konservativen, deren Vertreter sich aus dem hohen und höchsten Adel Genuas rekrutieren.

Turati hat das Beispiel Genuas, das Bündnis der Volksparteien wieder zu schaffen, mit hohen Worten verherlicht und Genua die erste unter den Städten Italiens genannt. Das Arbeiterblatt „Il Lavoro“, das ursprünglich rein Gewerkschaftspolitik trieb, später aber zum reformistischen Sozialismus überging, verstieg sich bis zu einem Loblied auf den alten Adel und seinen glorreichen Traditionen, der dem Proletariat verwandt ist als das schnell reich gewordene Bürgertum.

Das Resultat dieser unwürdigen Streberpolitik der Sozialisten war dem das folgende. Von den Wahlberechtigten machte nicht die Hälfte von ihrem Rechte Gebrauch. Die vereinigte Liste der Großindustriellen und Merikalen kommt mit einem Durchschnitt von 7000 Stimmen durch und erobert alle 48 der Mehrheit reservierten Plätze. Es folgen die liberal-volksparteilichen Kandidaten, die „Liste der Marquis“, wie der Volkswitz sie nennt: von den 12 Sitzen der Minorität fallen 11 dem hohen Adel zu, 1 einziger einem Republikaner. Die Sozialisten bleiben draußen.

Eine bessere Lektion kann man ihnen nicht wünschen. Vielleicht lernen sie nun, daß man mit Genossenschaften vielleicht die Lage der Arbeiter bessert, aber durch sie allein keine sozialistische Organisation schafft und beiseite endlich, daß ein über die Prinzipien fortschreitender Opportunismus das aller inopportuniste ist, weil dabei die Arbeiter nicht mitmachen. Die Großindustriellen und Merikalen frohlocken über die sozialistische Niederlage. Mit ihrem Proleten — und das soll unser Trost sein — die Klassenbewußten sozialistischen Arbeiter Genuas, die am vorigen Sonntag nichts für ihre Sache tun konnten, als der Wahl fern bleiben.

Wirtschaftlicher Wochenbericht.

Berlin, 20. Januar 1905.

Streit und Kontraktbruch.

Der Bergarbeiterstreik und die Eisenindustrie. — Streit und Börse. — Rentabilität des Kohlenbergbaus. — Kontraktbruch-Gewisser. — Aus der Zeit der Kohlennot. — Bruch der Lieferungsverträge durch das Kohleisen-Syndikat. — Zweierlei Moral.

Erst wenige Tage dauert der Bergarbeitern durch den Uebermut der Kohlenmagazine ausgezwungene Niesenstreik, und schon sehen wir, wie gleich einem verheerenden Flugspeer seine Wirkung von einem Wirtschaftsgebiet auf das andere übergreift. Ein Teil der Eisen- und Stahlwerke Rheinlands und Westfalens hat bereits den Betrieb eingestellt oder dessen Stilllegung für die nächsten Tage beschlossen; ein anderer Teil hat vorläufig die Arbeitszeit verkürzt oder Feiertagsarbeiten eingelegt. Aber selbst in den Betrieben, in denen heute noch gearbeitet wird, reicht meist der Kohlenvorrat nur noch für eine, höchstens zwei Wochen, und wenn es bis zum Ablauf dieser Frist nicht gelingt, neue Kohlen heranzuschaffen, wofür zurzeit die Ausfahrten recht gering sind, so wird der größte Teil der Werke schließen müssen.

Im heißen Kampf mit der auswärtigen Konkurrenz hat in den letzten Jahren die deutsche Eisenindustrie ihr ausländisches Absatzgebiet ausgedehnt und es sich gegen den englischen und amerikanischen Wettbewerb zu erhalten gesucht. Und gerade seit einigen Wochen ist in ihr nach der Stille des letzten Halbjahres wieder eine gewisse Umgegend zum Durchbruch gelangt, die zum wesentlichen Teil auf den vermehrten Eingang größerer Aufträge aus dem Ausland beruht. Wird jetzt die Leistungsfähigkeit und Lieferungsvermögen der rheinisch-westfälischen Eisenindustrie unterbunden, sieht sie sich gezwungen, nicht nur das ausländische, sondern auch ihr inländisches Absatzterrain der rivalisierenden fremden Konkurrenz zu überlassen, so ist zweifellos, daß sie ihre mit gewaltiger Anstrengung auf dem Weltmarkt erlangte Position vielleicht auf Jahre hinaus verlieren wird, das es bedeutende Opfer und Mühen kosten wird, die heutige Stellung zurückzugewinnen. Und die Wirkungen des Streiks wird, wenn er sich auch nur einige Wochen hingiert, nicht auf die große Eisen- und Stahlindustrie beschränkt bleiben: die Maschinenindustrie, die Kleinfabrik- und Messerwaren-Industrie, die bedeutende rheinische Textilindustrie, die Jemantfabrikation, die chemische Industrie, das ganze Wirtschaftsleben Westdeutschlands wird in Mitleidenschaft gezogen. Schon wird vielfach auch aus den Kreisen dieser Industriezweige über Kohlenmangel geklagt: ein Beweis, wie sehr die kapitalistische Presse vor dem Ausbruch des Generalstreiks übertrieben hat, als sie, gestützt auf die Angaben der Kohlenindustriellen, verstande, nicht nur auf den Zechen- und auf den Lagerplätzen des Kohleisensyndikats resp. der von diesen abhängigen Verkaufsgesellschaften seien riesige Vorräte aufgehäuft, sondern auch die sogenannte Schwereisenindustrie hätte sich reichlich mit Vorräten versorgt.

Allerdings an der Börse herrscht noch immer fröhlicher Optimismus, und wer nach dem Kursen-Barometer die Situation beurteilt, der muß zu der Ansicht gelangen, daß kein Wölken den wirtschaftlichen Horizont trübt. Aber die Börse hat ihre Fähigkeit als Wirtschafts-Barometer mehr und mehr verloren; die tiefe Konzentration des Bankwesens, die enge Koalition der Bankfinanz mit der Großindustrie, die Verzeitelung der Spekulation: sie haben neben anderen kleineren Ursachen die wirtschaftliche Reflexivität der Börse merklich gelähmt. Wie auf dem Gebiet der Warenpreisbildung (insolange der Kartelle und Syndikate), so ist auch auf dem Warenmarkt das „freie Spiel der Kräfte“, für das einst die liberale Volkswirtschaft schwärmte, heute nur noch als Ueberbleibsel einer früheren Phase der kapitalistischen Wirtschaftsentwicklung vorhanden. Der größte Teil der Kohlenaktien befindet sich heute infolge der Fusionen und Parteilichkeiten im Besitz der großen Finanz- und einiger weniger das Ruhrrevier beherrschender Bergwerksdynastien, der souveränen Sippen der Thyssen, Stinnes, Daniel usw. Diese beiden Gruppen von Besitzern haben aber vorläufig großes Interesse daran, die Kurse zu halten. Und was nach

Abzug dieses Hauptteils der Aktien noch übrig bleibt, daß befindet sich auch größtenteils in sogenannten „leeren Händen“, im Besitz kleinerer Kapitalisten, die darin teilweise ihr Vermögen angelegt haben und die in Rücksicht auf die großen Reserven ihrer Gesellschaften und auf die hohen Dividenden, die sie in den letzten Jahren ausgezahlt erhalten haben, an ihren einträglichen Papieren festhalten. Und als recht vorteilhaft hat sich ja allerdings bisher für sie ihr Aktienbesitz erwiesen. Die komische Behauptung, die vor dem Streik von einigen Syndikats-offiziellen Blättern aufgestellt wurde, daß der Kohlenbergbau wegen seiner ungünstigen Lage die Forderungen der Bergarbeiter nicht zu bewilligen vermöchte, ist völlig verstimmt. Sie stellte sich bei einem Vergleich der Lohnverhältnisse mit dem Dividendenlegen der Bergengesellschaften 1903 deutlich als unterbäumte Lage heraus. Beträgt doch selbst für 1903, das noch unter schweren Nachwirkungen der Krise stand, die Durchschnittsdividende der preussischen Kohlenbergbau-Aktiengesellschaften nach der jüngst veröffentlichten Berechnung des Königlich Preussischen Statistischen Bureau 10,3 Proz. — ein Prozentsatz, der unter allen industriellen Branchen nur noch von der chemischen Industrie mit 11,0 Proz. und der Lederindustrie mit 11,4 Proz. übertroffen wird. Dieser Satz von 10,3 Proz. bezieht sich jedoch auf den gesamten preussischen Kohlenbergbau; zieht man allein das Ruhrgebiet in Betracht, so ergibt sich, wie wir bereits vor vierzehn Tagen feststellten, daß die dreizehn das Revier beherrschenden Aktiengesellschaften für 1903 eine Durchschnittsdividende von 19 Proz. verteilt haben.

Mit der Lage, die Zechenverwaltungen vermöchten die Forderungen der Bergarbeiter nicht zu bewilligen, ist es also nichts; umso mehr wagt sie jetzt die konservative und liberale Presse darauf, über den von den Bergarbeitern verübten Kontraktbruch zu stolzen und in sittlicher Entrüstung die schreckliche Schuld wider den heiligen Geist des Kapitalismus zu belagern, welche die Bergarbeiterschaft durch die Nichtinhaltung der vierzehntägigen Rindigungsfrist auf sich geladen haben soll. Die eigenartige, bei anderen Gelegenheiten viel mehr angebrachte Empörung, die sich am Dienstag im Abgeordnetenhaus die in kapitalistischer Reinkultur gezüchtete Moralität des Herrn Handelsministers Möller leistete, hat in kapitalistischen Blättern sofort fröhlichen Widerhall gefunden.

Es soll hier nicht untersucht werden, inwieweit die Zechenbesitzer durch die Hinwegsetzung über die zwar nicht offiziell von ihnen sanktionierten, wohl aber stillschweigend gutgeheißenen Abmachungen, die im Mai 1889 zwischen den Bergwerksbesitzern und dem Reichstags-Abgeordneten Hammacher als Vertreter der Kohlenindustriellen abgeschlossen worden sind, sowie durch die Verweigerung der Deputatskollektoren sich zuerst selbst des Kontraktbruchs schuldig gemacht haben; wir beurteilen den sogenannten Kontraktbruch der Arbeiter überhaupt von einem anderen Standpunkt, als dem des kapitalistischen Arbeitstrakt-Ausruferes, auf den sich unser heutiges Recht stellt. Mag unter dem heutigen Wirtschaftssystem die Arbeitskraft eine Ware sein wie andere Waren auch, wie Apfelsinen oder Streichhölzer, so ist sie doch nicht etwas von dem Arbeiter Unabhängiges, etwas Keuherliches, das sich von seiner Person trennen läßt, sondern ein Stück von ihm selbst, und jede Maßnahme, jede Anwendung, welche seine Arbeitskraft schädigt, ist zugleich eine Schädigung seines Ichs, eine Verunächtigung seiner Existenz. Und mag das nach kapitalistischer Moralbegriffen auch noch so verkehrt sein, höher als das Recht des „Arbeitsherrn“ auf die Ausnutzung der von ihm gelauteten Arbeitskraft, höher als seine Mehrwertproduktion, steht und die Existenz des Arbeiters, Jovietens aber ist unter den heutigen Umständen der „freie Arbeitsvertrag“ nichts als eine bloße Fiktion, denn der Arbeiter ist, was der Verlauf der Arbeitskraft anbelangt, nicht frei, er steht unter einem Zwange. Er muß sie verschandern, will er existieren.

Doch lassen wir diese Frage beiseite, und untersuchen wir, wie sich die „Arbeitskraft“ selbst zum Kontraktbruch stellen, wenn er ihrem Profitinteresse dient. Sehr lehrreich ist in dieser Hinsicht das Verhalten der großen Syndikate vor ungefähr fünf Jahren, zur Zeit der Hochkonjunktur. Zwar das Kohleisen-Syndikat hat sich damals formell des Kontraktbruchs nicht schuldig gemacht; aber es hat, indem es die Kohlenförderung einschränkte und große Kohlenmengen ins Ausland warf — im Jahre 1900, zur Zeit der größten Kohlennot, noch über 5801 000 Tonnen — die Kohlenpreise höher und höher getrieben; und es hat ferner, um diesen Zweck zu erreichen, den industriellen Werken die von ihnen bestellten Mengen stark beschnitten. So ergab die V. Kommerzialrat Voelker-Renscheid in der Sitzung der Kartell-Enquetekommission am 27. Februar 1903, ohne daß die Leiter des Kohleisensyndikats seine Ausführungen zu widerlegen vermochten:

„Unser Bezirk wurde in den ihm zugeordneten Mengen ganz außerordentlich beschnitten, und das traf die Kleinfabrik-Industrie, die ausschließlich vom Händler bezieht, noch stärker als die Firmen, die zum Teil vom Händler beziehen, zum Teil mit dem Kohleisensyndikat direkt in Verbindung stehen. Das Kohleisensyndikat ging damals dazu über, dem einen Großhändler nur 50 Proz. seiner bisherigen Bezüge zu überweisen und einen andern auf drei Fünftel seiner Mengen heruntersetzen. Dadurch entstand natürlich für die Händler die Lage, daß sie den an sie herantretenden Forderungen nicht entsprechen konnten, und der Händler, der auf 50 Proz. seines Bedarfs gesetzt wurde, suchte sich außerdem in der Preissteigerung schädlos zu halten. ... Tatsache war, daß diese große Beschnitzung in den zuerteilten Mengen eine ganz außerordentliche Kohlennot bei uns hervorrief, und direkte Vermählungen beim Syndikat führten zunächst zu keinem Resultate. Diese Anforderungen seitens der Verbraucher wurden damals abgelehnt.“

Einen ganz offenen Bruch seiner Lieferungsverträge aber leistete sich das Kohleisen-Syndikat. Es wurde von ihm in 1900 der Preis für Qualitäts-Puddelisen auf 90 Mark pro Tonne hinaufgesetzt. Gemäß der in 1899 abgeschlossenen Lieferungsverträge hatte aber das Siegener Syndikat manchen Werken das Puddelisen noch für 59 resp. 60 Mark oder für 75 Mark (pro zweites Halbjahr 1900) zu liefern. Diese Verpflichtung pagte jedoch der Syndikatsverwaltung nicht in ihren Plan und so griff sie, unter Berufung auf einen Paragraphen des Lieferungsvertrages, der sie nur soweit zur Lieferung verpflichtete, als die Leistungsfähigkeit der Hochöfenwerke gestatte, zu dem Mittel, nachträglich die Lieferungen zu verkürzen. Schon am 27. November 1899, zweieinhalb Monate nach seiner Offerte für das zweite Halbjahr 1900, erließ das Syndikat folgendes Rundschreiben:

„Zu unserem lebhaften Bedauern stellt sich nach unausgesetzten Bemühungen die tatsächliche Unmöglichkeit heraus, die für das nächste Jahr vorgemerkten reduzierten Mengen Kohleisen, namentlich Qualitätspuddel- und Stahleisen, bei unseren Hochöfenwerken zur Lieferung unterzubringen, da fast sämtliche Hochöfenwerke mit ihren Lieferungen pro 1899 ganz erheblich im Rückstande bleiben, was vornehmlich auf ungenügende Versorgung mit Brennmaterial zurückzuführen ist. Wir sehen uns daher leider genötigt, eine gleichmäßige Verkürzung vorzunehmen, und zwar auf Ihren Auftrag vom April dieses Jahres pro erstes Semester nächsten Jahres und auf denjenigen aus September pro zweites Semester nächsten Jahres usw.“

Die Angabe, die Hochöfen vermöchten die bestellten Mengen nicht zu liefern, war absolut unrichtig. Während das Siegener Syndikat seinen inländischen Abnehmern die Lieferungen kürzte, verschaltete die ihm angeschlossenen Werke bedeutende Mengen von Puddelisen in das Ausland. Man wollte nur für 1900 die inländischen Abnehmer knapp halten, um sie zu zwingen, für das Jahr 1901, mit dessen Beginn der höhere Preis von 90 Mark pro Tonne in Kraft trat, ihre Aufträge um so reichlicher zu bemessen. Diese Absicht geht deutlich daraus hervor, daß für den Fall hoher Be-

folchen, der weitere Kreise umfasse. Es komme oft vor, daß sich Leute anschließen, die einer ähnlichen, aber nicht derselben Berufsklasse angehören, um den Streik wirksamer zu machen. Im vorliegenden Falle, wo der Wagenwäscher beim selben Unternehmer tätig gewesen sei, handele es sich zweifellos um einen der in Betracht kommenden „anderen“ im Sinne des § 153. Aber das Urteil des Landgerichts müsse aufgehoben werden, weil nicht zu erlernen sei, wie weit die tatsächlichen Feststellungen gingen und wo die Befragungen des Landgerichts angingen, so daß die Möglichkeit eines Rechtsirrtums nicht ausgeschlossen wäre. Es werde nötig sein, daß das Landgericht I bei der nochmaligen Verhandlung mit fünf Richtern besetzt sei, da eventuell § 240 des Strafgesetzbuchs (Möschung) in Frage komme.

Achtung, Gutmacher und Käufner! Bei der Firma Frankel u. Köhr in der Kommandantenstraße sind Differenzen ausgebrochen. Die Firma ist für organisierte Arbeiter und Arbeiterinnen gesperrt.

Herr Hofschülermeister Groschuld erucht uns, ganz überflüssigerweise unter Hinweis auf den § 11 des Verfassungsgesetzes, um Aufnahme einer Verurteilung dahin, daß er nach Abschluß des Vertrages keine neuen Arbeiter eingestellt habe, daß es sich vielmehr um Arbeitswillige handele, die schon während des Streiks bei ihm in Arbeit waren. Von einer Seite, die es wissen kann, wird uns jedoch bestätigt, daß unsere Meldung richtig war und zwei Leute neu eingestellt worden seien. Vielleicht handelt es sich bei dem Streik um eine Auffassungsverschiedenheit über die Frage, was unter Neueinstellung zu verstehen sei.

Husland.

Die Arbeiter der West-Telephon-Ges. zu Antwerpen befinden sich seit vier Wochen im Streik wegen niedriger Löhne, schlechte Arbeitsverteilung und willkürlicher Bezahlung der Nacht- und Sonntagsarbeit. Die Zahl der Streikenden beträgt 1000. Da in verschiedenen deutschen Zeitungen Arbeiter für diese Firma gesucht werden und auch bereits deutsche Arbeiter in Antwerpen eingetroffen sind, die an die Stelle der Streikenden treten sollen, wird eindringlich vor Zugang von Telephonarbeitern nach Antwerpen gewarnt.

Gerichts-Zeitung.

Mutter und Sohn. Ein Skandalprozess, dessen Heldin ein leichtfertiges Weib ist, spielte sich gestern vor der Strafkammer in Dresden ab. Vor Jahren hielt es der Vorsitzende der Kaufmannschaft zu Göditz, der hochangesehene Kaufmann Nittinghausen, für geraten, noch einmal das Ehejoch auf sich zu nehmen. Er heiratete die bildschöne Tochter des Göditzer Baumwollschneiders Scholze, welche dem „Aldermann“ weiter nichts mitbrachte als eine schöne Larve und ein sündiges Herz. Der alte Herr Nittinghausen machte mit seiner zweiten Gattin bald sehr böse Erfahrungen. Sie verkehrte in gewissen Göditzer Kreisen und brach ihrem Manne die Treue, so daß der Verräter einen Ehescheidungsprozess anstrebte. Die Ehe wurde auch wegen Ehebruchs der Frau aufgelöst. Bald darauf segnete der alte N. das Zeitliche. Der seltsamen Ehe war ein Sohn entsprossen, Herbert Emil Moritz Nittinghausen, der jetzt im 21. Lebensjahre steht. Mutter und Sohn siedelten nach dem Tode des Herrn N. zunächst nach Wiesbaden über. Die immer noch schöne Mutter erregte das Wohlgefallen eines Freierren v. B., der der Frau nach und nach 25 000 M. opferte. Wehmalts wechselte Frau N. ihren Wohnsitz, bald tauchte sie in Dresden, dann wieder in Wiesbaden und sehr häufig auch in Berlin auf, wobei sie in den Kreisen der Lebenslust eine große Rolle gespielt haben soll. Aber die Berliner Polizei sah ihr etwas scharf auf die Finger, und eines Tages erschien sie in Rußland auf der Anlagebank, um als Kupplerin bestraft zu werden. Jetzt ging es mit der einst hochangesehenen Göditzer Patrizierin rapide bergab. Nur kurze Zeit verließ sie jener Verführer zur Verfügung, als die Sittenpolizei sich der Gefallenen „annahm“ und sie als „Kontrollidiotin“ einschrieb. Später ist sie wieder von der „Sittlichkeit“ losgelassen. Der Sohn dieser Frau besuchte inzwischen ein Berliner Vorbereitungs-Institut. Er wollte Fähnrich werden, aber der Lebenswandel der Mutter hinderte ihn daran. Dann sollte er auf der „Presse“ zum Reichsanwalt-Volontär bearbeitet werden, aber das Schicksal, ein bildschöner junger Mann, zog es vor, in Berlin und Wiesbaden unzählige Liebschaften anzuknüpfen und unschuldigen Mädchen die Köpfe zu verdrehen. Die Echtheit des Sohnes gab nun der Mutter einen teuflischen Plan ein. Der Bürsche sollte in Verbindung mit irgend einer reichen Dresdener Familie treten, dann sich mit der Tochter des Hauses verloben, zu dieser intime Beziehungen unterhalten und letztere dann unter der Androhung, sie der Öffentlichkeit preiszugeben, zu Erpressungen ausbeuten. Der Plan wäre beinahe gelungen. Der würdige Sohn jener verkommenen Frau machte tatsächlich die Bekanntschaft einer vornehmen reichen Dresdener Familie, verlobte sich mit der Tochter und schied dann den von der Mutter erforschten Plan in Szene. Mutter und Sohn verlangten 5000 M. Schweigegeld, und als die gefälligste Familie diese Erpressung ablehnte, beauftragte Frau N. den Detektiv Wilhelm Moritz Rathke, die Erpressungsversuche fortzusetzen. Dem aus Stargard gebürtigen Agenten gelang es 1000 M. zu erlangen. Als dann aber immerfort neue Erpressungsversuche gemacht wurden, erstatte die schänderbetroffene Familie Anzeige. Gestern hatte sich nun die Erpressergesellschaft vor der fünften Strafkammer zu verantworten. Nach fünfjähriger geheimer Verweigerung wurden Frau N. als die Seele des Komplotts zu 2 1/2 Jahren Gefängnis, der Detektiv Rathke zu 2 1/2 Jahren und der Sohn Herbert N. zu 1 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt. Der Frau N. und dem Detektiv N. wurden die Ehrenrechte auf 5, dem Sohn auf 2 Jahre aberkannt.

Aus Halle a. S. meldet uns ein Privattelegramm, daß dort unser Parteigenosse, der Schriftsteller Dr. Wolkmann, in Eisenach wegen Verleumdung des Geh. Regierungsrats Prof. Conrad zu Halle vom Schöffengericht zu 300 M. Geldstrafe verurteilt worden ist. Wolkmann hatte gegen Conrad den Vorwurf erhoben, daß er als Reichsrichter parteiisch gehandelt habe.

Verfassungen.

Verband der Väter (Mitgliedschaft Berlin). Am Dienstag nachmittag fand eine Generalversammlung statt, wo die Geschäfts- und Kasserberichte für das Jahr 1904 als erster Punkt auf der Tagesordnung standen. Das größte und bedeutendste Ereignis des vergangenen Jahres war für die Berliner Väter der erfolgreiche Streik. Dieses Ereignis spiegelt sich denn auch in dem Vorstandsbericht an hervorragender Stelle wieder. Daneben hat die Berliner Mitgliedschaft aber noch andere für die Organisation notwendigen und nützlichen Arbeiten erlebt. Sie hat einen Teil ihrer Kraft für die Aufnahme einer Statistik verwendet, die wertvolles Material für die Agitation geliefert hat. Ferner ist zu erwähnen eine Protestbewegung gegen die Anstellung gewerkschaftlicher Stellenvermittler als Sprechmeister der Konfordia-Annahme. — Die Streikbewegung des vorigen Jahres brachte der Organisation einen ganz bedeutenden Zuwachs an Mitgliedern, von denen jedoch der größte Teil schon im Laufe des Jahres dem Verbande wieder den Rücken gekehrt. Am Schlusse des Jahres 1903 hatte der Verband in Berlin 728 Mitglieder. Im Jahre 1904 sind 4610 Neuaufnahmen erfolgt, außerdem

sind 293 Mitglieder eingetreten, die aus anderen Verbänden kamen, zugerechnet waren usw. Von den neuangeworbenen Mitgliedern mußten im Laufe des Jahres 3008 wegen rückständiger Beiträge gestrichelt werden, 398 reichten ab oder traten aus anderen Ursachen aus. Es verblieb demnach am Jahresschlusse ein Mitgliederbestand von 1623, das ist ein Zuwachs von 902 Mitgliedern oder etwa 125 Proz. Das ist neben den materiellen Verbesserungen, welche der Streik brachte, ein recht erfreuliches Resultat der Lohnbewegung. — Ein Erfolg, der im wesentlichen auf die seit Jahren von den Vätern betriebene Agitation zurückzuführen ist, ist die vor Weihnachten 1904 ergangene Polizei-Verordnung, durch die den Väterarbeitern die längst geforderte Freinacht an den hohen Festen gewährt wird. — Aus der Tätigkeit des Verbandes ist ferner zu erwähnen eine Erhebung über das Unwesen der gewerkschaftlichen Stellenvermittlung durch die Kommissionäre. Durch diese Erhebungen wird wieder bestätigt, was schon so oft öffentlich erklärt worden ist, nämlich die schändliche Ausbeutung der Arbeitslosen durch die Kommissionäre. Die geringste Vermittlungsgebühr für eine Arbeitsstelle, die oft nur von kurzer Dauer ist, beträgt 3 M., es werden aber auch Gebühren von 10—15 M. für eine Stelle bezahlt. Die Feststellungen erstrecken sich auf einen Zeitraum von zwei Jahren. In dieser Zeit haben 14 Gesellen für 42 Arbeitsstellen 215,50 M. an einen Kommissionär bezahlt, das macht durchschnittlich 15,03 M. für jeden Gesellen. — Einem anderen Kommissionär wurden von 33 Gesellen für 85 Arbeitsstellen 303 M., durchschnittlich 11 M. für jeden Einzelnen gezahlt. Fünf andere Kommissionäre erhielten von 17 Gesellen für 33 Stellen 203,50 M., durchschnittlich 11,97 M. von jedem. An Einzelheiten aus dem Vermittlungswesen wird unter anderem berichtet, daß ein bekannter Kommissionär seinem Arbeitsuchenden eine Stelle zuweist, der nicht zuvor wenigstens ein Dutzend Fingerringe aus dem Geschäft des Kommissionärs gekauft hat. Dadurch wird die Vermittlungsgebühr aber keineswegs geringer. Einem Arbeitsuchenden, der die Gebühr nicht sofort bezahlen konnte, nahm der Kommissionär die Uhr als Pfand ab, als er aber sah, daß die Uhr wertlos war, erhielt der Betreffende keine Arbeit. Andere Fälle werden berichtet, wo die Arbeit, trotz hoher Gebühr nur ganz kurze Zeit währte, was der Kommissionär zweifellos im voraus gewußt haben muß. Der Arbeitsnachweis des Verbandes, der sich Ende Juni zugunsten des neuerichteten paritätischen Arbeitsnachweises aufloste, hat im letzten Halbjahre seines Bestehens 3942 feste und 869 Ausfallsstellen vermittelt. Die festen Stellen verteilen sich auf 534 Ofenarbeiter, 988 Aneker, 2420 Dritte und Bierte. — Der paritätische Arbeitsnachweis hat in den ersten sechs Monaten seines Bestehens (Juli bis einschließlich Dezember) 871 Ausfalls- und 818 feste Stellen (ohne Kost und Logis) vermittelt. Die letzteren verteilen sich auf 120 Ofenarbeiter, 174 Aneker, 518 Dritte. Außerdem wurden 90 Gesellen mit Kost und Logis in Arbeit gebracht. Im ganzen hat demnach der paritätische Arbeitsnachweis in den sechs Monaten 1719 Stellen besetzt.

Der Kasserbericht zeigt eine Einnahme von 41 803,31 M., eine Ausgabe von 41 497,20 M. und einen Bestand von 306,11 M. Das vergangene Jahr wird hinsichtlich der Kasserverhältnisse als das günstigste seit dem Bestehen der Mitgliedschaft Berlin bezeichnet. Es wurden 44 758 Mitgliedsbeiträge mehr eingenommen wie im vorhergehenden Jahre. An die Hauptkasse sind 18 002,60 M. mehr abgeführt worden.

Die Geschäftsberichte, welche der Vorsitzende Schneider und der Kassierer Barth erstatteten, wurden ohne Debatte entgegengenommen. Dann erfolgte die Wahl des Vorstandes und der Funktionäre. Diefelbe hatte folgendes Resultat: 1. Vorsitzender Schneider, 2. Vorsitzender Freese, 1. Kassierer Barth, 2. Kassierer Frey Krüger, 1. Schriftführer Köhr, 2. Schriftführer Hanke, Revisoren Hummel, Rosemann, Galling, Kott, Lieblander. Der Gauleiter Hehschold soll laut Beschluß sich und Stimme im Vorstande haben. — Als Obmänner wurden gewählt: Lindner für den Osten, Richter für den Süden, Hilsche für den Westen, Rachtigall für den Norden, Jädle (Stellvertreter Kraus) für die Wotbäder.

Gegen Schluß der Versammlung wurde unter allseitigem Beifall zur Unterstützung der streikenden Bergarbeiter aufgefodert.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 22. Januar, vorm. 8 1/2 Uhr, im Bürgerhause des Rathauses, Eingang Königsstr. 15—18: Versammlung. „Freireligiöse Vorlesung.“ — Um 10 1/2 Uhr vormittags in der Schul-Halle, H. L. Frankfurterstr. 6: Versammlung. Vortrag des Herrn Dr. Bruno Wille: „Die Lebensmysterien.“ Gäste, Damen und Herren, sehr willkommen.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter (E. S. Hamburg), Filiale Berlin 6. Sonnabend, den 21. d. Mts., abends 9 Uhr, bei Diefle, Adenstr. 123: Mitglieder-Versammlung. — Filiale Berlin 9. Sonnabend, den 21. d. Mts., abends 9 Uhr, Brunsstr. 22 (früher Gohlke): Versammlung. — Filiale Charlottenburg. Sonntag, den 22. d. M., vormittags 10 Uhr, im Volkshause, Rosinestr. 3: Mitglieder-Versammlung.

Vermischtes.

Ueber den Felssturz von Naesdal liegen weitere eingehende Mitteilungen vor. Danach kam das Unheil über die Bewohner wie das jüngste Gericht. Es dauerte nur einen Augenblick. Die Wassermaße stand wie eine Mauer zu beiden Seiten des Sees voran, sie schlug stehend und donnernd über die Häuser nieder und kam unmittelbar über das zum Tode verurteilte Dorf, durch nichts aufgehalten; die meisten Einwohner werden im Schlaf getötet worden sein. Von Naesdal ist sozusagen nicht ein Stein übrig geblieben. Die wenigen Ueberlebenden sind fast ausnahmslos schwer verletzt; zunächst war nur ein Arzt und eine Krankenpflegerin aufzutreiben gewesen. Es fehlte nicht an wunderbaren Lebensrettungen; der von einer ganzen Familie übrig gebliebene fünfjährige Knabe wurde auf einem Baum umweilt des Sees in äußerster kläglicher Zustände aufgefunden; die Welle hatte ihn dorthin geschleudert. Aus dem von den Wellen fortgespülten Hofhause trieb gleichfalls ein kleiner Knabe auf einer Planke an das Land. Auch er ist der einzig Ueberlebende seiner Familie. Fast noch schlimmer sieht es in Bedal aus, top noch Ruinen stehen; Pferde, Kühe, Schweine, Röhel und Eshwarden liegen in großen Haufen übereinander und dazwischen viele Lagen von Nied; sieht man aber näher zu, dann ist er, wie mit Blut gesättigt, die Folge der vielen Leichen und Kadaver. Ein furchtbarer Anblick, den man nie vergessen wird. Bezeichnend genug hatte man schon früher einen Zusammenstoß des Sees befürchtet, aber nichts dagegen zu tun für notwendig oder möglich gehalten. Der materielle Schaden ist von dem aus jener Gegend stammenden Großhändlermitglied Taraldset auf 65 000 Kronen für die Gebäude und 20 000 Kronen für das Inventar veranschlagt worden, wird aber vermutlich bedeutend größer sein. Da der Sturm jetzt nachzulassen begonnen hat, kommt Privat-Hilfe von allen Seiten. Eine ministerielle Anfrage wegen Staats-Hilfe ist von dem Distrikt-Bezirksamtmann für jetzt abgelehnt worden; sobald er den Umfang des Schadens übersehen kann, wird er Bericht erstatten und Anträge stellen.

Sitzung haben Sonnabend:

Deutscher Arbeiterverein Brüssel. Verkehrs- und Vereinslokal Maison du peuple.
Arbeiter-Verein Berlin und der Umgegend. Änderungen im Vereinsstatut sind zu richten an Albert Liebetrau, Berlin, Postulstr. 16, IV. „Mäher“, Penning, Postulstr. 26. — „Freie Allianz“, Frisch, Drontheimerstr. 1a. — „Guter Tag“, Heiser, Buchholzerstr. 5. — „Wilde Rose“, Seibert, Neu-Wehnen, Händelbergstr. 15. — „Kriegler I“,

Dissenberger, Zimmerstraße 50. — „Fortuna“, Lehmann, Stollberg, Händelbergstr. — „Aller Stamm I“, Jreland, Rotawes, Karlsruherstr. — „Carana II“, Gogglitz, Rotawes, Briestrafstraße 31. — „Guter Tag“, Dery, Teltow, Jelenborgerstraße 4. — „Glad auf“, Geise, Händelbergstr. 19. — „Weißblau I“, Rotenburg, Stargarderstr. 17. — „Pappel“, Dahn, Buchholzerstraße 1. — „Kommune“, Wepel, Pringen-Allee 38. — „Gemeinschaft V“, Bier, Händelbergstr. Kirchplatz. — „Carana I“, Pflug, Richard, Juliusstr. 59. — „Blauer Dampf“, Doye, Müllerstr. 32a. — „Einigkeit III“, Henke, Herzfelde, Hauptstr. 56. — „Perolina“, Kubitz, Teltow, Hoher Steinfeld 41 (alle 14 Tage). — „Grüne Rose“, Kube, Friedenstraße 91. — „Doffnung“, Jürgens, Neu-Wehnen, Wilhelm- und Langhansstraße-Ende. — „Einigkeit“, Hübner, Neu-Wehnen, Charlottenburger- und Händelbergstr. — „Grüne Eiche II“, Schmidt, Richard, Bergstr. 84. — „Waldmeister“, Barck, Lasdorf. — „Gemeinschaft VI“, Knobloch, Charlottenburg, Wismarstr. 23. — „Nordpol“, Steinfle, Liebenwalderstr. 22. — „Gestoppte Pflanze“, Loboda, Winkstr. 59.

Arbeiter-Radsfahrerbund „Solidarität“. Gau 9 (Provinz Brandenburg). Alle Zuschriften und Anfragen, den Bund betreffend, sind zu richten an H. O. Ritter, Christenstraße 33. **Arbeiter-Radsfahrerbund „Fort I“.** nach dem 1. und 15. Güntenberg-Platz 13. — „Bomardier“, Rauen, jeden Sonnabend nach dem 1. Schützenhaus. — „Frei Weg“, Searnund, jeden Sonnabend nach dem 15. bei Hildebrandt. — „Bamberger“, Trebbin, jeden Sonnabend nach dem 15. in Köpenick. — „Arbeiter-Radsfahrerbund“, Marienfelde und Umgegend, nach dem 1. und 15. Berlinerstr. 48. — „Frei Weg“, Dreßow, jeden dritten Sonnabend bei Pahlmann. — „Arbeiter-Radsfahrerbund“ (Fort) nach dem 1. und 15. im Trebbin-Gesellschaftshaus. — „Frei Weg“, Jämsdorf, vor dem 1. und 15. im Gasthof zur Eisenbahn. — „Frei Weg“, Marwitz bei Belten, nach dem 15. bei Schurbaum. — „Doffnung“, Neu-Jützin, nach dem 1. bei Bild. Adm. — „Oberpre“, Ober-Schöneweide, Wühlminnenhofstr. 4. bei Romm. — „Vormärts“, Schönow, jeden letzten Sonnabend bei Auf. Wölle. — „Vormärts“, Slamen, jeden ersten Sonnabend bei Lemke. — „Bamberger“, Sommerfeld, vor dem 1. im Kurfürstentempel. — „Arbeiter-Radsfahrerbund“ Spremberg, jeden ersten Sonnabend im Gesellschaftshaus.

Arbeiter-Radsfahrerbund „Freiheit“. Geschäftsstelle bei H. Meier, Weinstr. 3, I. „Glad auf“, J. Schmidt, Ramlow- und Swinemünderstraße-Ende.

Arbeiter-Turnerbund „Fichte“. Geschäftsstelle Berlin O. 17, Kopenstr. 24 II. Abends 8—10 Uhr: 1. Männer-Abt. Friedenstr. 37. — 2. Männer-Abt. Boedstr. 17/20. — 3. Männer-Abt. Hochstraße 30/37. — 4. Lehrlings-Abt. Skalitzerstr. 55—56. — 4. Lehrlings-Abt. Siemensstr. 20 (Nordst.). — 5. Lehrlings-Abt. Kerkstr. 67. — 6. Lehrlings-Abt. Reichenbergerstr. 131/132. — 7. Lehrlings-Abt. Kerkstr. 158. — 10. Lehrlings-Abt. Petersburgerstr. 4. — 11. Lehrlings-Abt. Fürstingerstr. 33. — 12. Lehrlings-Abteilung Eberwalderstr. 10. — „Freie Turnerschaft Johannisplatz“ abends 9—10 Uhr bei Seiffenleben. — Turnerschaft d. V. „Kerens“ (gegründet 1882). — 1. Lehrlings-Abt. 8—10 Uhr abends Mantelstr. 7. — Turn-Abteilung des Arbeitervereins „Bomardier“: 6—8 Uhr Schüler-Abteilung; 8—10 Uhr Männer- und Lehrlings-Abteilung; Wäldhof, Wäldhof Lustgarten. — Turnverein „Jahn“, Treptow-Baumhulshausweg. In der Turnhalle Kiehlstr. 274 von 8 1/2—10 1/2 Uhr: Männer- und Lehrlings-Abteilung.

Arbeiter-Schwimmerbund. Begr. 1897. Anfragen sind zu richten an H. Danziger, Burgdorferstraße 14. — Sitzung: „Vormärts“ (Abteilung Steglitz) jeden Sonnabend nach dem Ersten bei Kramer, Steglitz, Warsteinstraße 1.

Gesellige Vereine. Damarischer Verein „Du ahnst es nicht“, bei Wäldes, Wäldesstr. 24. — Jütherverein „Accordia 1904“ (gemischter Chor), im Ruhshause, Dohnstr. 2.

Verein ehemaliger Gütergüter zur Bekämpfung der Tuberkulose tagt jeden zweiten Sonnabend nach dem 1. des Monats im Rauscherhaus, Kaiser Wilhelmstr. 18 M. — Verein ehemaliger Grabmaler, Beelitzstr. bei Koch, Neue Friedrichstr. 20.

Marktpreise von Berlin am 19. Januar. Nach Ermittlungen des Igl. Vorkauf-Büros. Für 1 Doppel-Zentner: Weizen**), gute Sorte 17,50—17,58 M., mittel 17,56—17,54 M., geringe 17,52—17,50 M. Roggen**), gute Sorte 13,90—13,90 M., mittel 13,90—13,90 M., geringe 13,90—13,90 M. Futtergerste**), gute Sorte 16,00—14,80 M., mittel 14,70 bis 13,60 M., geringe 13,50—12,40 M. Hafer**), gute Sorte 16,50—15,70 M., mittel 15,00—14,80 M., geringe 14,70—13,90 M. Erbsen, gelbe, zum Kochen 45,00—30,00 M., Speiseerbsen, weiße 50,00—30,00 M., Viken 30,00—30,00 M. Kartoffeln 10,00—7,00 M. Nüchtrros 0,00—0,00 M. Eier 0,00—0,00 M. Für ein Kilogramm Butter 2,80—2,00 M. Eier per Schod 5,00—3,20 M. *) Drei Wagen und ab Wahn. **) Ab Wahn.

Wasserstand am 19. Januar. Elbe bei Ruffig + 1,82 Meter, bei Dresden + 1,85 Meter, bei Regensburg + 0,61 Meter. — Unstrut bei Straußfurt + 1,35 Meter, — O der bei Rasthof + 1,59 Meter, bei Dresden Ober-Regel + 4,92 Meter, bei Breslau Unter-Regel + 0,90 Meter, bei Frankfurt + 1,08 Meter. — Weichsel bei Brahmünde + 4,52 Meter. — Warthe bei Polen + 1,24 Meter. — Neze bei Ulf —, — Meter.

Briefkasten der Redaktion.

Pferde-Stärken. Im Viehzüchterverein Oberpre sowie in der Zentrale Roßh (zum Berliner Viehzüchterverein gehörig) sieben Dampfmaschinen von 5000 P. S. Es dürfte dies die größten Dampfmaschinen sein, welche in Deutschland existieren. Da jedoch die Dampfmaschinen-Technik zur Erzielung höchster Ausbeute bestrebt ist, immer größere Typen zu bauen, so dürfte es nicht ausgeschlossen sein, daß neuerdings 5000 P. S. noch überschritten werden. — 177. K. Rein. — Mars. 1. Jan. 2. Romath. 3. Rein. — London. Jahres 1903 in der preussischen Staatsforst-Verwaltung 159 000 Arbeiter. Berg, Hütten- und Salinen-Verwaltung 1903 durchschnittlich in Staatsbetrieben Beschäftigten 80 000 Arbeiter. Im eigentlichen Bergbau 75 000. Preussische Eisenbahnen: 2 190 000 Arbeiter und Hilfskräfte. Für weitergehende Angaben fehlt der Raum. — Ch. 115. Fragen Sie den beizustellenden Arzt. — W. M. Fortbildungsschule, Reichenbergerstraße, Unterrichtsamtgehilf. — 4206. Nicht der Fall.

Juristischer Teil.

Die juristische Erbschaftsänderung täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends. Öffnung: 7 Uhr.
N. 2. 77. 1. und 3. Rein. 2. Nach richtiger Ansicht nein. Mit Erstattung der Krankenkassenkosten verhält es sich in Preußen, wie wir wiederholt ausführlich darlegten, folgendermaßen. Nach Ansicht des Ober-Berwaltungsgerichts verliert der in einem Krankenhaus aufgenommen oder das Familienhaupt, dessen Familienmitglieder in einem Krankenhaus Aufnahme fanden, ohne daß ein Vertrag vorlag oder Vorauszahlung erfolgte, sein Wahlrecht. Dieser Verlust erstreckt sich auf das dem Tage der Entlassung aus dem Krankenhaus folgende Jahr. Das Wahlrecht L. II ohne weiteres nach Ablauf dieses Jahres wieder auf. Es wird für die Dauer des Jahres wieder durch volle Nachzahlung, noch durch Vorauszahlung wieder erworben. Es ist deshalb dem entlassenen zu widerraten, eine Zahlungsverpflichtung anzuerkennen, und das um so mehr, als eine rechtliche, gesetzliche Verpflichtung zur Erstattung der Kosten seit dem 1. Januar 1900 überhaupt für Preußen nicht mehr besteht. — N. 100. Weider nein. — N. 85. 1. Das richtet sich nach der Art und der Höhe des Lohnes. 2. Ja; welche Klasse der Arbeitermarken zu stehen ist, ist Seite 479—481 der 4. Auflage des „Arbeiterrechts“ ausführlich dargelegt. Dies Buch liegt in den öffentlichen Bibliotheken aus. — W. 2. 122. Rein. — 3. S. 95. Das minderjährige Mädchen kann Forderungen aus dem Arbeitsverhältnis selbstständig geltend machen. Der Minderjährige kann somit ohne Bestand, Vater, Vormund usw. klagen, als er vertragsfähig ist. Das minderjährige Mädchen ist insoweit der ihm erteilten Arbeitserlaubnis für das Arbeitsverhältnis vertragsfähig. Dagegen könnte es nicht auf Zahlung einer verbotenen Summe, Erfüllung eines Kaufvertrages u. dergl. klagen.

Witterungsbericht vom 20. Januar 1905, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C	Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C
Solmsdorf	777	SD	1	wolkent	-8	Caparanda	777	SS	2	heiter	-9
Hamburg	774	D	7	wolkent	-4	Petersburg	764	SD	1	hebel	-15
Berlin	775	SD	4	wolkent	-7	Stilly	766	SD	5	hebel	-7
Frankfurt a. M.	771	SD	2	wolkent	-3	Berden	773	SD	4	heiter	5
München	770	SS	3	hebel	-9	Paris	769	SD	3	bedeckt	-0
Wien	775	SD	1	bedeckt	-2						

Weiter-Prognose für Sonnabend, den 21. Januar 1905. Trocken und vorwiegend heiter bei mäßigen östlichen Winden. Nachts strenger, am Tage gelinder Frost. Berliner Wetterbureau.

Die Sunlight Roman-Bibliothek

bringt die Original-Romanentwürfe unserer ersten und beliebtesten deutschen Romanchriftsteller (Maxim. Böttcher, Ernst Georgy, Otto Höder, C. v. Eynatten etc.). Komplette Romane, welche in Lieferungs-Bändchen, Großformat und tadellos ausgestattet sind, illustriert erscheinen, kosten im Buchhandel komplett 1,25 M. bis 1,50 M. (Einzelbändchen 25 Pf.) Den Käufern der Sunlight Zeise werden dieselben kostenlos und portofrei zugewandt. Die Bezugsbedingungen sind aus der jedem Paket Sunlight Zeise beigegebenen Erklärung ersichtlich. Jedes einschlägliche Geschäft führt diese hervorragende Haushaltungseife.

